

KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 191 Mai / Juni 2017 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 191 Mai/Juni 2017





Istanbul: Entwickelt sich aus der »Nein-Kampagne« eine neue Widerstandswelle in der Türkei?



Wan: Ob im Osten oder Westen der Türkei, die »Nein-Kampagne« bringt Tausende Menschen auf die Straße.



Die türkische Armee bereitet einen Großangriff auf die Medya-Verteidigungsgebiete und Şengal vor und zieht ihre Truppen und Gerät an der Grenze zusammen.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Türkei bekommt eine neue Verfassung, die Präsidialdiktatur der AKP wurde am 16. April unter ungleichen Abstimmungsbedingungen und einer ganzen Reihe von Fällen des Abstimmungsbetrugs abgesegnet. Und doch wackelt der Thron des selbsternannten Sultans Erdoğan stärker denn je. Denn aus der Propagandaphase für das Referendum, aus der »Nein-Kampagne« ist eine neue Widerstandswelle erwachsen. In den Tagen nach dem 16. April sind die Menschen überall in der Türkei zu Zehntausenden auf die Straße gegangen. Sie lassen sich von der Atmosphäre der Angst, die das Regime mittels abermals verlängerten Ausnahmezustands geschaffen hat, nicht mehr einschüchtern. Nein, man kann definitiv nicht davon sprechen, dass die AKP das Referendum gewonnen hat. Die Sieger sind die widerstandleistenden Menschen des Landes. Und wenn nun der »parlamentarische« Weg für die Opposition auch beseitigt worden ist, so wird der Widerstand gegen Erdoğan auf der Straße ausgetragen werden.

Und während in Istanbul und anderen Metropolen der Türkei die Menschen in Scharen auf den Straßen demonstrieren, hat die Bevölkerung in Nordkurdistan eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass ihr Widerstandswille ungebrochen ist. Die Menschen haben dem Krieg, der Zerstörung und den Massakern des Regimes getrotzt. Sie haben sich weder am 8. März, dem Weltfrauentag, noch zum Newrozfest am 21. März vom Terror der AKP in die Knie zwingen lassen. Und auch die Abstimmungsergebnisse am Referendumstag, die von massiven Fälschungen in den nordkurdischen Gebieten gekennzeichnet waren, haben unter Beweis gestellt, dass die AKP im Kampf gegen die kurdische Opposition trotz allem nicht erfolgreich sein kann.

Nun besteht die Herausforderung darin, die Widerstandstradition in Nordkurdistan mit den Protesten im Westen des Landes zusammenzuführen und eine breite und ausdauernde Widerstandsfront gegen den Faschismus zu bilden. Dass die kurdische Freiheitsbewegung zu einer solchen Leistung fähig ist, hat sie in der Vergangenheit bewiesen. Und ein Blick über die Grenze nach Rojava/Nordsyrien zeigt, welche Dynamik dieser gemeinsame Kampf über ethnische und religiöse Schranken hinweg entfalten kann. Dort schreitet nämlich nicht nur der Kampf gegen den IS mit großer Geschwindigkeit voran. Die Bevölkerung macht sich auch sofort daran, in den befreiten Gebieten das Neue, namentlich die Demokratische Autonomie, aufzubauen.

Die Ideen der kurdischen Freiheitsbewegung bringen Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt zusammen. Es handelt sich schon längst nicht mehr um einen kurdischen Freiheitskampf oder einen Kampf um die Befreiung des Mittleren Ostens. Die Impulse für diesen Kampf mögen zwar derzeit noch vor allem von dieser Region ausgehen. Doch es handelt sich um einen globalen Kampf für die demokratische Selbstbestimmung, für die Geschlechterbefreiung und für eine ökologische Gesellschaft. Wie groß das Potential dieses Kampfes ist, konnten wir am Osterwochenende auf der 3. Konferenz des »Network for an Alternative Quest« in Hamburg miterleben. Deswegen lasst uns mit den Ideen der kurdischen Freiheitsbewegung gemeinsam die kapitalistische Moderne herausfordern und die demokratische Moderne entfalten.

Eure Redaktion

Der Bedeutungswandel zwischen Nationalstaat und non-state actor

Die Türkei – von »null Problemen« zu »null Freunden«

Aktuelle Bewertung von Nilüfer Koç, KNK

Manch einer mag es als übertrieben empfinden, dass sich die kurdische Politik ständig auf die Türkei bezieht. Aber es ist berechtigt. Denn wo immer es politisch um Kurdistan geht, wird man auch schnell der türkischen Hand begegnen. Das gilt im Falle Syriens, des Irak oder des Iran und natürlich auch, wenn es um die Kurden in der Türkei geht. Die kurdenfeindliche Politik der türkischen Regierung wird für die Kurden überall dort sichtbar, wo sie für ihre Rechte einstehen oder zu neuen Errungenschaften kommen. Die Türkei befindet sich also in einem permanenten Krieg mit den Kurden. Daher wäre es zu einfach zu behaupten, es ginge dabei nur um einen Krieg gegen die PKK. Mag sein, dass die Türkei ihre Priorität nach wie vor auf die Bekämpfung der PKK legt, da diese für die treibende Kraft der demokratischen Autonomie für Kurden in der Türkei, Syrien und dem Iran steht. Doch letztlich geht es der Türkei nicht um die eine oder andere kurdische Organisation, sondern um die Kurden an sich.

Der Krieg der Türkei gegen die Kurden in den verschiedenen Staaten weist nur in seinen Methoden Unterschiede auf. In der Türkei sind es die brutale Gewalt, der Ausnahmezustand und die Verhaftungswellen. In Nordsyrien/Rojava bekämpft sie militärisch allein und in Bündnissen mit islamistischen Gruppierungen die Errungenschaften der Kurden. In Südkurdistan (Nordirak) ist sie um Destabilisierung bemüht und mischt sich in irakische innere Angelegenheiten ein wie das Referendum über die »umstrittenen Gebiete« nach Artikel 140 der irakischen Verfassung. So intervenierte sie sehr aggressiv in der Debatte um das Hissen der irakisch-kurdischen Flagge in Kerkuk. Weiterhin hetzt sie die sunnitischen Turkmenen und Araber in Kerkuk gegen die Kurden auf. Sie droht in Şengal (Sindschar) mit einer Militäroperation und bombardiert ununterbrochen die Kandil-Berge. In geheimen Treffen versucht die Türkei nun auch das iranische Regime gegen die Kurden aufzuhetzen, da Ostkurdistan (Nordwestiran) gegenwärtig der einzige Teil Kurdistans ohne militärische Auseinandersetzungen zwischen kurdischen und staatlichen Kräften ist. Im Iran wird es im Mai Parlaments- und Präsidentschaftswahlen geben. Die Kurden bemühen sich, über ihre politische Partizipation das Regime zu überzeugen. Die Türkei will mit den Geheimtreffen auch die nur minimale Option einer politischen Lösung der kurdischen Frage im Iran verhindern. Kurzum, die Kurden fokussieren sich bei ihrer Politik nicht zu Unrecht auf die Türkei.

Die Türkei führt Krieg gegen die Demokratisierung des Mittleren Ostens

Nordsyrien ist zum Albtraum für die Türkei geworden. Dort haben die Kurden nämlich gemeinsam mit allen Volksgruppen im Dezember 2016 das demokratisch-föderale System Nordsyriens ausgerufen. Dem waren fast sechsjährige Aufbauarbeiten für eine demokratische Autonomie vorausgegangen. Die Panik der Türkei ob dieser Demokratie veranlasste sie zur Abschottung von 511 km der 900 km langen Grenze zu Syrien mit einer Mauer. Ähnlich wie beim Bau der Berliner Mauer erhofft sie sich, die kurdischen Errungenschaften auf der syrischen Seite nicht auch auf die kurdischen Gebiete auf der türkischen Seite überschwappen zu lassen. Die Grundlagen der demokratischen Autonomie in Bakur (Nordkurdistan/Türkei) wurden hier bereits 2005 gelegt und schrittweise umgesetzt. Nicht zuletzt deshalb hat der türkische Staat Ende 2015 mehrere kurdische Ortschaften in Schutt und Asche gelegt. Aus diesem Grund hatten selbst die UN, die sich in den letzten vierzig Jahren des Befreiungskampfes in Bakur kaum zu Wort gemeldet hatten, mit einem Bericht auf die Gräueltaten des Staates reagiert. Mit der Mauer an der syrisch-türkischen Grenze sollen die demokratischen Autonomien von Rojava und Bakur voneinander isoliert gehalten werden. Im Gegensatz zu der Zeit der Berliner Mauer können Kurden mithilfe der Telekommunikationstechnik und von kurdischen TV-Kanälen miteinander in Verbindung treten. Die Mauer demonstriert nur die Phobie der Türkei, auf die Kurden wird sie keinen relevanten Einfluss haben.

Die Türkei führt nicht nur Krieg gegen die Kurden, sondern zugleich auch gegen die Demokratie im Mittleren Osten. Denn sowohl in Bakur als auch in Rojava arbeiten die Kurden

für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaftsstruktur. Das unterscheidet sie von allen anderen regionalen und globalen Akteuren, die sich aktuell in der Region bewegen. Diese Demokratie wird von der Basis her entwickelt und kennt keine ethnischen oder religiösen Grenzen. Sowohl die syrische als auch die türkische Verfassung lehnen dies jedoch ab. In den bestehenden Nationalstaaten ist kein Platz für Demokratie und Pluralismus. Bei dem einen ist die türkische Identität dominant und beim anderen die arabische.

Als dritter wichtiger Punkt im Zusammenhang mit der Türkei ist anzuführen, dass die von Erdoğan geführte AKP-MHP-Macht das kurdische Demokratieprojekt nicht nur aus ideologischen Gründen als Hindernis betrachtet. Denn ein Sieg über die Kurden würde den Machthabern dieses Blocks die Möglichkeit bieten, die Rückgewinnung der mit den Verträgen von Sèvres 1920 und Lausanne 1923 »verlorenen« osmanischen Provinzen Aleppo und Mosul in Angriff zu nehmen. Der Kriegszustand sowohl im Irak als auch in Syrien begünstigt die großtürkischen Träumereien.

Während die Kemalisten als treibende Kraft der türkischen Republik jahrzehntelang den Lausanner Vertrag als Sieg ihres Führers Kemal Atatürk interpretiert hatten, erklärte ihn Erdoğan im Oktober vergangenen Jahres als Verrat. Atatürk hatte damit nach dem Ersten Weltkrieg den Siegermächten die heutigen Grenzen der Türkei abgerungen. Bis zum hundertsten Jahrestag des Vertrages am 24. Juli 2023 will Erdoğan nun so viele Provinzen des Osmanischen Reiches zurückbekommen wie möglich. Seine gegenwärtige Priorität gilt Nordsyrien und dem Nordirak (Südkurdistan). Nach seinem Verständnis gehören die »Provinz« Aleppo, also das gesamte Nordsyrien, und die »Provinz« Mosul, was den gesamten Nordirak ausmacht, eigentlich zur Türkei. Das ist auch der Grund, warum die Türkei im vergangenen Jahr ihre Armee sowohl nach Nordsyrien als auch nach Baschika/Mosul schickte. Trotz internationaler Kritik hat sich an der neoosmanischen Ausrichtung der Politik Erdoğans wenig geändert. Die einzige Veränderung ist, dass er gegen die Kurden von nun an noch stärker militärisch vorgehen wird.

Das Erste, was Erdoğan jetzt als verfassungsrechtlich abgesicherter Diktator einige Stunden nach dem Referendum vom 16. April verkündete, war die Absicht, die Todesstrafe wiedereinzuführen. Dass er damit auf den Vorsitzenden der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Abdullah Öcalan, abzielt, war allen Kurden klar. Seine erste deutliche und drohende Botschaft war gegen die Kurden gerichtet. Obwohl er im Dezember mehrere kurdische Städte wie Şirnex (Şırnak), Cizîr (Cizre), Colemêrg (Hakkari), Mêrdîn (Mardin) und Stadtteile von Amed (Diyarbakır) in Schutt und Asche gelegt hatte, votierten die Kurden gerade in diesen Städten mit deutlicher Mehrheit mit einem Nein zur Verfassungsänderung. Am 18. April, also zwei Tage nach dem Volksentscheid, bombardierten türkische Kampfflugzeuge in einer großen Offensive die Kandil-Berge. Erdoğan verschaffte seiner Wut auf die Kurden Luft! Er ist wütend und zornig auf sie, da sie zu Millionen an den Newroz-Feiern in Bakur teilgenommen und die kurdischen Gebiete hier mit Nein gegen sein Projekt gestimmt hatten. Dabei hatte er die Bürgermeister, Politiker, NGO-Vertreter, Journalisten, also alle, die das Volk für Newroz und das Referendum hätten mobilisieren und organisieren können, einsperren lassen.

Doch die Bevölkerung ist in weiten Teilen Kurdistans so sehr politisiert, dass sie sich auch ohne Führungskraft selbst mobilisieren konnte. Das hat Erdoğan nicht erwartet und er war entsprechend schockiert. Dass er als erste Botschaft mit der Einführung der Todesstrafe kam, hat also seine Vorgeschichte. Denn Öcalan ist die rote Linie der Kurden. Ohnehin hatte Erdoğan alles unternommen, um die Kurden mundtot zu machen. Dennoch ist es ihm nicht gelungen. Und so bleiben ihm nur noch Drohungen gegen eine politische Geisel, nämlich Abdullah Öcalan. Das illustriert auch zugleich seine Ausweglosigkeit, die ihn dazu treibt, mit dem Feuer zu spielen. Kein Kurde wird das Übertreten seiner roten Linie erlauben. Erdoğan ist daher gut beraten, sich an 1999 zu erinnern.

Die Türkei: ein regionales Problem

Aber nicht nur die Kurden haben ein Problem mit der türkischen AKP-Regierung, sondern nunmehr fast die gesamte Region des Mittleren Ostens. Gegen Syrien führt die Türkei seit 2012 Krieg. Da der Iran das Baath-Regime unter Assad als strategischen Bündnispartner und Garantie für die eigene Expansion in der Region betrachtet, hat er vehemente Konflikte mit der Türkei. Aber auch in der Mosul-Frage stehen Iran und Türkei in rivalisierenden Lagern. Die Türkei will Mosul zur sunnitischen Hochburg machen, während es der Iran als Pufferzone für die schiitische Einflusssphäre will. Da Bagdad sich aufgrund seiner schiitischen Orientierung dem Iran nahe fühlt, versucht die Türkei den Irak durch den Erdölhandel mit den Kurden in dessen Norden zu schwächen. Das Verhältnis zwischen Bagdad und der Regionalregierung Kurdistan (KRG) im Norden ist sehr lädiert. Ein großer Vertrauensverlust ist die Folge.

Mit ihren bisherigen strategischen Bündnispartnern Saudi-Arabien und Katar hat die Türkei ebenfalls große Probleme. Nachdem sie letztes Jahr im Dezember den Krieg in Aleppo verloren hatte und infolge dieser Niederlage mit Russland, dem Iran und Syrien hatte verhandeln müssen, hat sie einen Seitenwechsel in das sogenannte schiitische Lager vollzogen.

Sie kehrte dem sunnitischen Lager den Rücken, weshalb Saudi-Arabien und Katar als Erzfeinde des Iran verstärkt bei den USA und Israel Unterstützung suchten. Mit Ägypten als einem der Hauptzentren der arabischen Politik hat die Türkei auch Probleme, da sie nach wie vor über die Muslimbrüder das Land im Inneren zu destabilisieren sucht. Die ägyptischen Muslimbrüder haben freie Hand in der Türkei. Von hier aus organisieren sie ihre Politik gegen die ägyptische Regierung.

Kurzum, das Motto »null Probleme mit den Nachbarn« der vom Westen lange Zeit hochgepriesenen Außenpolitik der Türkei hat sich verwandelt: »nur Probleme mit allen Nachbarn«. Nicht zuletzt kommen auch noch die Probleme mit Griechenland und Bulgarien hinzu. Bei seinem Generalangriff auf den Lausanner Vertrag hatte Erdoğan auch auf Griechenland Bezug genommen und auf bestimmte griechische Inseln Ansprüche angemeldet. Ein weiterer Grund für den Streit mit Griechenland ist die Asylgewährung der Regierung in Athen für mehrere türkische Offiziere, die wegen Gülen-Mitgliedschaft in der Türkei gesucht wurden. In Bulgarien hat sich die Türkei bei den Wahlen im März sehr direkt eingemischt und über die türkische Minderheit in Bulgarien Einfluss auf die Politik zu nehmen versucht. Ferner veranlasste die AKP-Regierung mehrere tausend türkischstämmige Bulgaren in der Türkei, die im Besitz der doppelten Staatsbürgerschaft sind, als Drohung gegen die bulgarische Regierung zu fungieren. Mit radikalen panturkistisch-nationalistischen Forderungen sollten sie in Bulgarien für Unruhe sorgen. Das machte aus Protest die Grenze dicht.

Die Türkei: ein internationales Problem

Als NATO-Mitglied hat sich die Türkei weder an die Regeln des Militärbündnisses noch an die der internationalen Koalition zur Bekämpfung des Islamischen Staates (IS) gehalten. Vielmehr hat sie im Alleingang jegliche Aussicht auf eine politische Lösung verhindert und alimentiert nach wie vor den IS und andere Banden in Nordsyrien. Während für die USA und Russland im Bodenkrieg gegen den IS die Hilfe der Demokratischen Kräfte Syriens vonnöten ist, in denen auch die kurdischen Volksverteidigungs- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) organisiert sind, versucht die Türkei eine internationale Zusammenarbeit mit diesen mit allen Mitteln zu unterbinden. Die Beendigung der Kooperation mit den kurdischen YPG-/YPJ-Kräften ist zu einer politischen und diplomatischen Vorbedingung der Türkei geworden. Sie droht allen, die mit den Kurden gemeinsam gegen den IS kämpfen. Auch wenn die USA bei den türkischen Angriffen auf die PKK in den Kandil-Bergen ein Auge zudrücken, so können sie die Türkei nicht restlos überzeugen. Sie betonen permanent, im Kampf gegen die PKK an der Seite der Türkei zu stehen, können sie aber dennoch nicht zufriedenstellen.

Genauso wie die USA und Russland hat auch Europa viel in den Krieg im Nahen Osten investiert. Man erhofft sich viel vom dritten Aufteilungskrieg, der gegenwärtig dort wütet. Europa war allerdings nicht bereit, auch für die Konsequenzen des Krieges geradezustehen. Der Flüchtlingsstrom nach Europa wurde nicht einkalkuliert, da man sich auf die Türkei



Der Protest gegen die offensichtliche Wahlfälschung beim Referendum am 16. April hält weiterhin an und bringt Tausende auf die Straße. Foto: ANF

verließ. Sowohl die USA als auch einzelne EU-Staaten haben die AKP lange nicht richtig eingeschätzt. In einem waren sie sich alle einig: Die Grenzen des Lausanner Vertrages von 1923 bleiben unangetastet. Da die PKK das Nationalstaatsmodell an sich ideologisch klar kritisiert und Öcalan zur Thematik des Nationalstaats mehrere kritische Bände geschrieben hat, kann die Türkei die internationale Politik nicht mehr mit der Gefahr des »kurdischen Separatismus« überzeugen. Öcalans Strategie entsprechend bemühen sich die Kurden in Rojava und Nordkurdistan um demokratische Autonomie. Die Türkei selbst akzeptiert ihre heutigen Grenzen allerdings nicht mehr. »Wir werden nicht Gefangene auf 780 000 Quadratkilometern sein«, äußerte Staatspräsident Erdoğan noch im November letzten Jahres, »Krim, Kaukasus, Aleppo, Mosul mögen zwar jenseits der türkischen Grenzen liegen, aber sie sind innerhalb der Grenzen unserer Herzen.« Bereits zuvor hatte er sich zu Aussagen verleiten lassen wie »Mosul gehört uns« und »Die Grenzen dieses Landes haben wir nicht freiwillig akzeptiert«. Die Hegemonialbestrebungen der Türkei erweisen sich zunehmend als Störfaktor für ihre Nachbarländer, aber auch weit darüber hinaus.

Die Türkei: Europas Problem

Im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen konnten die EU und einzelne europäische Staaten bis 2012 in einem bestimmten Maße Einfluss auf die Türkei nehmen. Das änderte sich mit dem Syrienkrieg. Bis dahin hatte sich die EU mittels ihrer Reformpakete auch in die »inneren Angelegenheiten« einmischen sowie wirtschaftspolitische Themen des Landes mitbestimmen können. Doch mit dem Syrienkonflikt wurde das Verhältnis quasi auf den Kopf gestellt. Die klaren Aufrufe einzelner EU-Staaten zu einem Nein beim jüngsten Verfassungsreferendum in der Türkei waren im Grunde Ausdruck von Wut und Verzweiflung. Die verbal sehr aggressiv ausgetragenen Auseinandersetzungen sind deutlicher Beleg dafür. Beim Nein zum Verfassungsreferendum war interessanterweise Deutschland am lautesten. Auch wenn andere europäische Staaten wie Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Österreich, die skandinavischen Staaten usw. sich auch auf die Nein-Seite gestellt haben, so war Deutschland an vorderster Front. Sicherlich spielt dabei auch die hohe Zahl der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger eine Rolle. Doch die Ursache liegt tiefer. Letztlich waren selbst die Kurden erstaunt, welche Tragweite die Erdoğan-unfreundliche Stimmung in Deutschland hatte. Für die kurdischen Organisationen hierzulande war es irgendwann praktisch nicht mehr nötig, das wahre Gesicht Erdoğans und seiner AKP zu entlarven. Das taten andere bereits zur Genüge. Dabei unterscheidet sich die »kurdische« von der »deutschen« AKP-Kritik, dennoch war es für die Kurden sicherlich hilfreich, dass Erdoğans Maske auch hier fällt. Der türkische Staatspräsident verfügt über keine politische Kultur, geschweige denn ethische Normen. Die Nazivergleiche beweisen es nur zu eindrucksvoll. Denn eigentlich ist Erdoğan selbst auf dem besten Wege, zum Hitler des 21. Jahrhunderts zu werden.

Erdoğan betrachtet die chaotische Situation im Mittleren Osten als passende Gelegenheit, sich seinen Traum vom »großtürkischen Reich« zu erfüllen. Um diesen Weg zu beschreiten, installiert er ein autokratisches System mit ihm als »starkem Führer« an der Spitze. Damit alles reibungslos funktionieren kann, schaltet er die Opposition aus. Und mit der Verfassungsänderung hat er nun die letzten verfassungsrechtlichen Hindernisse für seine nationalistische Expansionspolitik aus dem Weg geschafft. Die Parallelen zu Deutschland Anfang der 1930er sind unverkennbar.

In Europa ist vor allem Deutschland durch die türkische Strategie herausgefordert. Es glaubt immer noch daran, die hundertjährige Waffenbrüderschaft mit der Türkei wie gewohnt aufrechterhalten zu können. Doch der langjährige Bündnispartner hat sich radikal gewandelt, ist außer Kontrolle geraten und verfolgt seine Politik im Alleingang. Die alten strategischen Abkommen sieht Ankara nur mehr als Hindernis auf seinem Weg zu einer regionalen Großmacht.

Erdoğan ist davon überzeugt, dass weder Deutschland noch die USA noch andere Staaten die Türkei verstehen. Er ist sich dessen bewusst, dass die Türkei mit ihrem Nationalstaatscharakter aus dem vergangenen Jahrhundert stark gefährdet ist. Der fast hundertjährige türkische Nationalstaat als »Konzept« des europäischen Staatensystems ist durch die kurdische demokratische Revolution in der Türkei und Syrien in Frage gestellt worden. Zwar weckt auf der anderen Seite der Niedergang der arabischen Nationalstaaten in Syrien und dem Irak auch den Appetit der Türkei. Insgesamt überwiegt allerdings deutlich die Angst, vor allem vor den Kurden, zumal der türkische Nationalstaat von 1923 ohnehin aus den Nähten platzt. Keine der bislang unterdrückten und diskriminierten Volks- und Religionsgruppen will sich nunmehr nach fast hundertjähriger Leugnung Ankaras Politik unterwerfen. Sie alle wollen autonome Rechte und folglich eine dezentralisierte Türkei. Deutlich hat dies die AKP bereits bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 zu sehen und zu spüren bekommen, als mit der Demokratischen Partei der Völker (HDP) achtzig Abgeordnete als Vertreter verschiedener ethnischer und religiöser Gemeinschaften, die laut türkischer Verfassung bislang als nichtexistent galten, ins türkische Parlament gewählt wurden. Diesen Erfolg empfand die Führung des Nationalstaats als Erschütterung der nationalistischen Staatsdoktrin. Der Staat betrachtete die Demokratie als Gefahr und setzte vorgezogene Neuwahlen an. Das Projekt der demokratischen Autonomie,

das auf der Philosophie der demokratischen Nation aufbaut, ist in Bakur seit 2005 entwickelt und praktiziert worden. Bei den Wahlen am 7. Juni 2015 wurde dieses, von Öcalan initiierte, Projekt bestätigt. Zum ersten Mal wurde dem Nationalstaat eine demokratische Alternative aufgezeigt. Panikartig wurden dann Neuwahlen für November 2015 angesetzt. Es folgte das Bündnis mit der MHP, die zwar ebenfalls für ihren Panturkismus bekannt ist, aber auch radikal zum Faschismus tendiert. Mit Nationalismus glaubte die AKP-MHP-Macht den türkischen Nationalstaat retten zu können.

Dagegen treten die Kurden und alle Oppositionellen weiterhin und mit aller Vehemenz für die Demokratisierung des Landes und folglich für autonome Selbstorganisierung und eine starke Dezentralisierung der Türkei ein. Was aber Deutschland und Europa von der Türkei wollen, ist nicht nachvollziehbar.

Eines ist jetzt vor allem nach dem Referendum klar und deutlich geworden. Erdoğan wird trotz Infragestellung des Abstimmungsergebnisses nicht mehr so leicht aufzuhalten sein. Verbalkritik aus Berlin wird Erdoğan nun erst recht nicht hören wollen.

Es ist zu erwarten, dass Erdoğan jetzt nach dem Referendum zunächst viele seiner Parteigenossen zur Rechenschaft ziehen wird für das schlechte Abstimmungsergebnis. Das heißt, eine interne Säuberungsaktion wird folgen. Denn er hat das Plebiszit in etlichen strategisch wichtigen Städten wie Istanbul, Ankara, Izmir, Hatay in der Grenzregion zu Syrien sowie in kurdischen Großstädten wie Wan, Amed und Mêrdîn verloren. Daher wird sowohl eine interne Säuberung in den Reihen der AKP als auch eine Intensivierung des Krieges gegen die Kurden zu erwarten sein, ferner Diffamierungskampagnen gegen mögliche Rivalen Erdoğans. So wurde bereits der ehemalige Staatspräsident und Weggenosse Erdoğans, Abdullah Gül, aus den Reihen der AKP als »Mann der Briten« tituliert. Auf diese Weise werden wohl noch weitere Personen aus dem religiöskonservativen Spektrum, die nicht auf Erdoğans Linie sind, als Zielscheibe dienen.

Mit diesen Begleiterscheinungen ist aus dem einst vielfach hochgepriesenen Land, das als Paradebeispiel des moderaten Islams galt und dem der EU-Beitritt winkte, eine Türkei geworden, die von keiner Seite mehr irgendein Vertrauen genießt. Aus dem überall respektierten Land mit den »null Problemen mit den Nachbarn« ist ein Land geworden, das überall zur Ursache von Problemen wird. Die Politik der »null Probleme« hat sich zur Realität der »null Freunde« entwickelt.

Weder das AKP-MHP-Bündnis noch Erdoğans Autokratie können die Türkei wieder in die Lage vor dem Syrienkrieg zurückversetzen. Der türkische Nationalstaat ist zum Scheitern verurteilt. Weder die Kurden noch alle anderen Oppositionskräfte werden zum Schweigen zu bringen sein. Im Gegenteil, nach dem Referendum wird sich die Opposition in der Türkei noch effektiver, noch zielgerichteter bewegen. Die starke politische Polarisierung im Zusammenhang der Debatten um die Verfassungsänderungen wird die Türkei anfälliger machen für Interventionen von innen wie außen. Denn politische Polarisierung befördert auch die politische Spaltung.

Die erfolgreiche Strategie des dritten Weges öffnete viele Türen

Gleichzeitig werden sich die Kurden in Syrien aufgrund ihrer jetzigen günstigen politischen Lage noch intensiver um internationale Anerkennung für die Demokratische Föderation Nordsyriens bemühen. Die Strategie des dritten Weges hat ihnen in diplomatischen und politischen Bereichen viele Türen geöffnet. Sie genießen aufgrund ihrer konsistenten Haltung als dritte Kraft in der Syrienpolitik regionales wie internationales Vertrauen. Erdoğan wird es nicht gelingen, der Unterstützung und Anerkennung der Kurden und ihrer politischen Konzepte in Syrien einen Riegel vorzuschieben. Schneller kann dieser Prozess ablaufen, wenn die Kurden notwendige politische und diplomatische Unterstützung vor allem aus Europa und Deutschland erhalten. Zwischen den Kurden, den USA und Russland ist ein gewisses Niveau der Zusammenarbeit in Nordsyrien erreicht worden. Europa und vor allem Deutschland könnten sich anschließen und für den Prozess eines neuen demokratischen Syriens förderlich wirken.

Die Türkei kann längst nicht mehr der strategische Partner sein, für den sie bislang gehalten wurde. Sie hat ihre strategische Bedeutung verloren, weshalb alle, die darauf bauten, auch durcheinandergeraten sind. Während sie sich aufgrund ihrer fehlerhaften Politik zu einem Land mit schwindender taktischer Bedeutung entwickelt hat, sind die Kurden auf dem besten Wege zu einer neuen strategischen Kraft. Während die Türkei immer mehr Freunde verliert, gewinnen die Kurden immer mehr Freunde dazu, da sie in den letzten fünf Jahren in Syrien die Strategie des dritten Weges erfolgreich verfolgt haben. Für Europa wird das selbstverständlich schmerzlich sein, da es die kurdische Frage als eine taktische Karte und den türkischen Nationalstaat zu einer strategischen Institution für seine Mittelostpolitik entwickelt hat. Nun gibt es im 21. Jahrhundert einen Rollenwechsel. Nicht ein Nationalstaat, sondern ein staatenloses Volk als non-state actor wird zu einem Aktivposten. Es bleibt abzuwarten, ob Europa das ernst nimmt. Jedenfalls werden die Kurden auch ohne eigenen Staat ihre Politik erfolgreich fortzusetzen wissen. ♦

Ein kurzes Resümee des Verfassungsreferendums

Mit der AKP verliert die Türkei ihre Zukunft

Kenan Kirkaya, Journalist

Die Türkei durchlebt eine der kritischsten und wichtigsten Phasen ihrer Geschichte. Der Krieg in Nordkurdistan, die Einmischung in regionale Konflikte und das Verlangen nach dem Präsidialsystem, all das führt sie geradewegs in eine Sackgasse.

Die nach dem gescheiterten Militärputsch erzeugte »Atmosphäre der Angst« hat in den letzten zwei Monaten vor dem Referendum einen neuen Höhepunkt erreicht. Doch je mehr die Angriffe auf die Opposition zunahmen, desto mehr richteten sich die Blicke selbstverständlich auch auf die Kräfte, die für sich in Anspruch nehmen, den gesellschaftlichen Widerstand gegen die Regierenden zu organisieren.

Es verwundert wenig, dass viele ihre Aufmerksamkeit dabei zunächst auf die kurdische politische Bewegung mit ihrer langen Widerstandstradition richteten. Aber auch die AKP richtete aus verschiedenen Gründen ihre Angriffe während des Ausnahmezustands vor allem gegen die kurdische Bewegung. Der wichtigste Grund dafür war selbstverständlich das Ziel, diese dynamischste und organisierteste Kraft zu neutralisieren, um auf diese Weise den wichtigsten Widerstandspol gegen die eigene Agenda aus dem Weg zu schaffen. Es gibt unzählige Beispiele, wie in den vierzig Jahren des Widerstands der kurdischen Bewegung unterschiedlichste Kräfte innerhalb des Staates Bündnisse schließen, um gemeinsam gegen die Kurden vorzugehen. Zugleich dient der im Kampf gegen die Kurden stets geschürte Nationalismus auch als Instrument, um andere Missstände im Lande zu übertünchen.

Doch die Geschichte hat auch gezeigt, dass dieser immer wieder eingeschlagene politische Kurs alles andere als nachhaltige Lösungen für die Türkei mit sich bringt. Im Gegenteil, die Angriffe auf die Kurden, der Krieg gegen sie haben das Land immer tiefer in die Krise und ins Chaos getrieben. Die Türkei steckt in einem Teufelskreis, aus dem sie nicht herauskommt. Und alle politischen Akteure, die über die Jahre in diesen Teufelskreis gerieten, sind nicht mehr lebend herausgekommen. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist Tansu Çiller, die in den 1990er Jahren für den berüchtigten schmutzigen Krieg gegen die Kurden verantwortlich war. Heute hingegen kann sie als politisch tot bezeichnet werden.

Seit dem Ende der »Lösungsverhandlungen« setzt nun die AKP-Regierung auch auf einen gnadenlosen Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Eigentlich hatte sie propagiert, die kurdische Bewegung bis zum Frühjahr 2017 völlig zu vernichten. So sollten die Angriffe auf die kurdischen Städte, die 2014 mit den Ausgangssperren begonnen hatten, noch vor dem Referendum ihren Abschluss finden. Das hatte Innenminister Süleyman Soylu mit den Worten »die PKK wird vernichtet werden« gleich mehrfach öffentlich angekündigt.

Die Mission von Innenminister Soylu

Auf der Gedenkzeremonie für den durch einen Anschlag getöteten Landrat von Derik, Muhammed Fatih Safitürk, sagte Soylu: »Gott ist mein Zeuge, dass wir die PKK vernichten werden. Niemand wird mehr den Namen der PKK in den Mund nehmen.« Diese Worte spiegelten nicht nur die Meinung der Person Süleyman Soylu, sie beschrieben die politische Zielsetzung der AKP. Soylu wurde trotz seiner in der Vergangenheit wiederholten öffentlichen Beleidigungen der AKP eigens mit dem Posten des Innenministers betraut, um die Mission »Vernichtung der PKK« umzusetzen.

Die Bedeutung des Frühlings für die AKP

In den Frühling 2017 fiel auch die beabsichtigte Verfassungsänderung der AKP. Es scheint, dass die Regierungspartei einen fünfjährigen Fahrplan hin zu diesem Systemwechsel verfolgt hat. Als diese fünf Jahre sich dann jüngst ihrem Ende zuneigten, nahmen auch die Angriffe der AKP auf die Opposition deutlich zu. Kurz vor dem Ziel sollte nichts mehr dem Zufall überlassen werden.

Und so sorgte die AKP in Kooperation mit der MHP und der freundlichen Unterstützung der CHP zunächst für die Aufhebung der parlamentarischen Immunität der HDP-Abgeordneten. Anschließend kam es dann zu deren Festnahme. Die kurdischen Kommunen wurden unter Zwangsverwaltung gestellt, dutzende Bürgermeister festgenommen. Im März, also als die kurdische Bewegung angeblich vernichtet worden sein sollte, nahmen die Angriffe nochmals an Fahrt auf. Und so kam es dann auch, dass die HDP-Kovorsitzende Figen Yüksekdağ aufgrund einer Rede ihr Mandat verlor, bevor schließlich die Justiz auch ihre Parteimitgliedschaft kappte.

Auf dem Weg zum Referendum: 8. März und Newroz

Laut HDP wurden allein in den letzten neun Monaten 11 000 ihrer Mitglieder festgenommen und davon 5 000 inhaftiert. 84 Co-Bürgermeister wurden verhaftet, nur einige wenige von ihnen wieder freigelassen.

Doch trotz all dieser Angriffe zeichnete sich relativ schnell ab, dass die Kurden keinen Schritt zurückweichen würden. Und so wandelte sich der März 2017 aus ihrer Sicht zu einem Monat des permanenten Aufstands gegen die Vernichtungsangriffe der AKP. Der erste Funke des Widerstands ging am 8. März von den Frauen aus. Über ganz Nordkurdistan und den Westen der Türkei verteilt gingen hunderttausende Frauen auf die Straße. Und das, obwohl mit den Anschlägen vom 5. Juni 2015 in Amed (Diyarbakır), vom 20. Juli 2015 in Pirsûs (Suruç) und vom 10. Oktober 2015 in Ankara die Menschen dazu hatten gebracht werden sollen, fortan die Straße als Ort des Widerstands zu meiden …

Die Aktionen des 8. März in diesem Jahr galten zugleich auch als Startschuss der Referendumskampagne und brachten zum Ausdruck, weshalb die Frauen »na | hayır« (nein) sagten zur Präsidialdiktatur der AKP.

Darauf folgte dann das diesjährige Newrozfest am 21. März. In vielen kurdischen Städten wurden die Feierlichkeiten vorab verboten. Es kursierten zudem Gerüchte, dass es bei den



Trotz starker Einschüchterungsversuche des Staates feierten allein in Amed Hunderttausende das diesjährige Newroz. Foto: ANF

Newrozfeiern zu Angriffen und Massakern kommen könnte. Dennoch gingen die Menschen am 21. März zu Millionen auf die Straße und sandten eine eindeutige Botschaft an die Regierenden. Allein in Amed feierten Hunderttausende. Aus dem diesjährigen Newroz gingen gleich mehrere Botschaften hervor: Zunächst einmal wurden die Spekulationen darüber beendet, wie sich die Kurden wohl beim Referendum entscheiden würden: eindeutig »hayır« bzw. »na«. Eine andere Botschaft lautete, dass die Bevölkerung nach wie vor hinter Abdullah Öcalan und seinen Bemühungen für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage steht. Und zu guter Letzt zeigte Newroz 2017, dass die kurdische Bewegung, die ja eigentlich genau dann vernichtet sein sollte, wie eh und je auf den Beinen steht.

Verzweifelte Versuche, die Kurden zu umgarnen

Dieses Gesamtbild brachte Aufruhr in die Reihen der AKP. Sie glaubte nämlich, dass sie im Bündnis mit der MHP problemlos das Präsidialsystem durchbringen würde und der Wille der Kurden ohnehin gebrochen sei. Doch mit Newroz merkte sie, dass das nicht der Fall war. Und von Neuem wütete sie mit ihrer Repressions- und Kriegspolitik gegen die Kurden. Dass der Besuch Mesûd Barzanîs, des Präsidenten der kurdischen Autonomieregion in Südkurdistan, in Ankara auch in diese Phase fiel, war kein Zufall. Die Einladung war aus Ankara erfolgt und bei seiner Ankunft wurde am Flughafen die Fahne der kurdischen Autonomieregion gehisst. Die PDK-nahen Medien werteten dies als Zeichen, dass die Türkei die Unabhängigkeit Südkurdistans anerkennen werde. Aus diesem Grund erklärten die PDK-assoziierten Splitterparteien in Nordkurdistan auch ihre Unterstützung für das »Evet« (Ja) beim Verfassungsreferendum.

Doch nur kurze Zeit später intervenierten Erdoğan und seine AKP, als in Kerkuk die südkurdische Fahne gehisst wurde. »Holt diese Fahne sofort herunter!«, forderte der türkische Staatspräsident und stellte den kurdischen Verantwortlichen ein Ultimatum. Und wieder parallel dazu begann die AKP in Amed, mit Plakaten mit dem Konterfei Şêx Saids Werbung für ein Ja beim Referendum zu machen. Die islamistisch-kurdische Partei HÜDA-PAR, die in Nordkurdistan im Bündnis mit der AKP arbeitet, machte ebenfalls Propaganda für ein »Evet«. Ihre Parole lautete »Autonomie für Kurdistan – die Scharia für die Türkei«. Als dann wenige Tage vor dem Abstimmungstermin der ehemalige CHP-Vorsitzende Deniz Baykal das Gerücht streute, dass die neue Verfassung auch ein Provinzialsystem und die Aussicht auf Autonomie enthalte, wollte er damit eigentlich die nationalistischen Kreise vor dem Referendum warnen. Doch im Ergebnis verhalf er der AKP bei deren Täuschungsmanövern für die Kurden. Letztlich zeigte sich, dass es bei den Kampagnen der verschiedenen Lager viel um die kurdische Frage ging.

Islamophobie und Okzidentalismus

Ein weiteres Standbein der AKP-Referendumskampagne war die kalkulierte Krise mit bestimmten Ländern der EU. Ähnlich wie in der Vergangenheit mit Israel, Russland oder Ägypten dienen diese maßgeblich von Ankara erzeugten Spannungen vor allem der Konsolidierung der Stimmung in der eigenen Anhängerschaft und der weiteren Mobilisierung nationalistischer Kreise. Doch die jüngsten Attacken gegen Europa gingen darüber hinaus. Denn die grundlegende antiwestliche Haltung der AKP ist in der Referendumsphase unverfroren an die Öffentlichkeit gelangt. Auch wenn die Islamophobie-Kritik der türkischen Regierung in Richtung Westen von Zeit zu Zeit nicht unbegründet ist, so benutzt die AKP sie doch auch als Vorwand, um die eigene »Ungläubigen-« und »Ausländer-« Feindlichkeit zu kaschieren. Ihr politisches Verständnis reicht über den Okzidentalismus hinaus. Und so werden die Vorurteile gegen die »Heiden« und der vermeintliche »Kampf gegen die Kreuzzügler«, die noch aus der Osmanischen Ära stammen, von der AKP immer wieder aufs Neue aufgetischt. Die türkische Regierung ist sich dessen bewusst, dass solche Äußerungen bei gewissen Kreisen auch auf fruchtbaren Boden fallen. Gleichzeitig trägt diese Propaganda aber auch zu einer Radikalisierung in religiösen Kreisen bei.

Die Mittelostpolitik der AKP

War die AKP in der Vergangenheit gern als Paradebeispiel für das Modell des »gemäßigten Islams« gelobt worden, so konkurriert sie mit ihrer Politik gegenwärtig durchaus mit den radikalsten islamistischen Akteuren im Mittleren Osten. Aus diesem Grund sucht sie auch den Schulterschluss mit Organisationen wie der Muslimbruderschaft. Und so verfolgt sie in ihrer Mittelostpolitik neben einer klaren antikurdischen Linie auch den Aufbau einer sunnitisch-islamistischen Gemeinschaft in der Region, in der sie selbst tonangebend ist. Das militärische Engagement der türkischen Regierung in Syrien ist daher im Einklang mit beiden außenpolitischen Grundsätzen der AKP zu werten: dem Kampf gegen die Errungenschaften der Kurden und der Stärkung sunnitisch-islamistischer Bündnispartner im Nachbarland.

Die Gesellschaft ist endgültig zwiegespalten

All den beschriebenen Umständen zum Trotz haben Erdoğan und seine AKP beim Referendum letztlich nicht ihr

gewünschtes Ergebnis erzielt. Man hatte nämlich zuvor kalkuliert, einen Zustimmungsgrad zu erreichen, der über den gemeinsamen Stimmenanteil von AKP und MHP hinausgeht. Doch anstatt mit den erwarteten 67+x % Ja-Stimmen wurde die Verfassungsänderung schließlich mit 51 % Stimmenanteil der Votierer abgesegnet. Und dieses Ergebnis konnte nur mit einer ganzen Reihe von Wahlbetrugsfällen und deutlich ungleichen Bedingungen für das Ja- und das Nein-Lager in der Propagandaphase gewonnen werden. Das geht auch aus dem Wahlbeobachterbericht der OSZE hervor. Als dann noch aus den Urnen massenhaft Stimmzettel auftauchten, denen der offizielle Stempel der Hohen Wahlbehörde (YSK) fehlte, und beschlossen wurde, auch diese Stimmen zu werten, da war der bereits vor dem Referendumstag vielfach befürchtete Wahlbetrug Realität geworden.

Was sagen die Ergebnisse aus?

Zunächst einmal stehen die Ergebnisse des Referendums für eine noch deutlichere Instabilität im Land. Die vollzogene Polarisierung der Bevölkerung wird vermutlich dazu führen, dass die Regierung mit noch mehr Repression gegen ihre politischen Gegner vorgehen wird. Ein plötzlicher Wandel dieser Regierung in Richtung Demokratisierung ist vorerst nicht zu erwarten. Sollte es bei der AKP dennoch Anzeichen in diese Richtung geben, dann wären sie mit äußerster Vorsicht zu genießen. Denn es wäre nicht das erste Mal, dass die AKP bloß Hoffnungen schürt, um die eigenen kurzfristigen Interessen einfacher umsetzen zu können. Doch vorerst scheint die Regierung selbst das nicht nötig zu haben. Denn der Ausnahmezustand wurde bereits um drei weitere Monate verlängert und in dieser Zeit werden die Regierenden weiter an der Umsetzung ihres autokratischen Systems arbeiten. Und wenn die AKP ihre Zukunft doch in Gefahr sehen sollte, so wird sie sicherlich die Kriegsatmosphäre im In- und Ausland weiter anheizen.

Die Ergebnisse aus Sicht der Opposition

Aus Sicht der Opposition kann das Ergebnis trotz der »Niederlage« als Sieg gewertet werden. Das Selbstbewusstsein in den oppositionellen Reihen wurde nämlich deutlich gestärkt. Der Anschein, dass 70–80 % der türkischen Bevölkerung rechts und konservativ seien, ist genommen worden. Die größte Gegnerschaft zur Verfassungsänderung erwuchs zusammen aus den westlichen und den kurdischen südöstlichen Provinzen. Somit treffen sich der Westen und der Osten der Türkei erstmals auf einer politischen Ebene. Auf dieser Grundlage kann sich sogar eine gemeinsame Opposition gegen die Diktatur und für die Demokratie in der Türkei und Nordkurdistan entwickeln.



»Man hatte nämlich zuvor kalkuliert, einen Zustimmungsgrad zu erreichen, der über den gemeinsamen Stimmenanteil von AKP und MHP hinausgeht. Doch anstatt mit den erwarteten 67+x % Ja-Stimmen wurde die Verfassungsänderung schließlich mit 51 % Stimmenanteil der Votierer abgesegnet.« Foto: ANF

Ergebnis

Da es Staatspräsident Erdoğan und seiner Regierung vor dem Referendum nicht gelungen war, im Krieg gegen die kurdische Bewegung zu siegen, hat er seine Kriegspolitik auf die gesamte Bevölkerung des Landes sowie die Nachbarländer ausgeweitet. Doch im Endeffekt hat er auch hiermit nicht den gewünschten Erfolg beim Verfassungsreferendum geschafft. Und nun, nach dem 16. April, ist diese Gefahr auch noch nicht gebannt. Im Gegenteil, Erdoğans Thron wackelt. Und je unsicherer er sich in seiner Machtposition fühlt, desto größer ist letztlich auch die Kriegsgefahr. ♦

Das Ziel der AKP:

Eine großtürkische, islamistische, totalitäre Türkei

Baki Gül, Journalist

Die Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP), deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, wurde von Recep Tayyip Erdoğan und seinen Freunden am 14. August 2001 gegründet. Die Gründer wie Tayyip Erdoğan, Abdullah Gül, Bülent Arınç und Abdullatif Şener folgten einer politischen Linie, die der Refah Partisi (RP, Wohlfahrtspartei) und Saadet Partisi (SAADET, Partei der Glückseligkeit) aus der Tradition der islamisch geprägten Bewegung Milli Görüş (»Nationale Sicht«) unter Führung Necmettin Erbakans entstammte. Nur umfasste sie in ihrer Gründungszeit in einer Synthese eine Spanne von Turgut Özals liberalnationalistischer Anavatan Partisi (ANAP, Mutterlandspartei) über Süleyman Demirels Doğru Yol Partisi (DYP, Partei des Rechten Weges) bis hin zur Milliyetçi Hareket Partisi (MHP, Partei der Nationalistischen Bewegung). Unter Einbeziehung der Liberalen und sogar Sozialdemokraten wie Ertuğrul Günay erklärten sie sich zur »Neuen Türkei« und stellten sich dar als Partei mit der Identität »konservativer Demokraten«.

Die Auffassung der AKP von »Konservatismus« und »demokratischer Gesinnung« hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Insbesondere die »Ein-Mann-Herrschaft«, mit der Erdoğan charakterisiert wird, offenbart aktuell sehr deutlich, dass das AKP-Projekt der »konservativen Demokratie« zu Gründungszeiten für sie ein Instrument zur Machtübernahme und Machterhaltung war. Und am deutlichsten und wichtigsten, dass das Regime, das die AKP in der Türkei verfestigen will, auf der Synthese von türkischem Rassismus und islamischem Fundamentalismus basiert und in Wahrheit ein totalitäres nationalistisch-fundamentalistisches Projekt ist. Wie aber ist die AKP zu diesem Prozess gelangt und wie hat sie sich während und nach ihrer Gründung in der Gesellschaft und in der internationalen Arena verkauft? Es lohnt, sich hierzu die Türkei und die Entwicklungen in der Region vor der AKP-Gründung anzuschauen.

Die Türkei war nach der Auslieferung des PKK-Gründers und -Vorsitzenden Abdullah Öcalan am 15. Februar 1999 in eine neue Phase eingetreten. Der seit dem 15. August 1984 andauernde Krieg zwischen der PKK-Guerilla und dem türkischen Staat wurde ausgesetzt und es kam dort zu einer relativen Normalisierung der Lage. Die Basisparteien der Türkei, die nationalistisch-liberalen Parteien ANAP und DYP, die auf bewaffnete Auseinandersetzungen spekulierten, konnten sich dieser neuen Phase nicht anpassen. Und die RP bzw. deren Nachfolgerin SAADET unter dem Vorsitz Erbakans waren mit ihrer »islamischen« Identität inakzeptabel für den NATO-Staat Türkei. Die Koalition im Jahr 1999 wiederum zwischen der nationalistisch-rassistischen MHP und der sozialdemokratisch-nationalistisch geprägten Demokratik Sol Parti (DSP, Demokratische Linkspartei) Bülent Ecevits schuf weder eine zeitgemäße noch eine den Entwicklungen in der Türkei adäquate Politik. Die sich nach den Al-Qaida-Angriffen vom 11. September 2001 in Afghanistan begonnene und auf den Irak und etliche andere Staaten des Mittleren Ostens auswirkende neue Welle der globalen Politik störte das Gleichgewicht. Mit dem Aufkommen lokaler Dynamiken und der Phase einer Neuordnung des Mittleren Ostens begann die Diskussion über die Anpassung der Türkei an diese Zeit.

Genau dann trat die AKP unter dem Vorsitz Erdoğans auf die Bühne. Während ihrer Gründungsphase wurde sie offen von wichtigen US-Lobbyisten und -Politikern unterstützt. Erdoğan erklärte sich zum Kovorsitzenden des »Greater Middle East Project«. Ähnlich stützte auch die EU die Entstehung der AKP. Liberale, nationalistische und religiöse Kreise sahen mit Erdoğan die Neustrukturierung der Türkei voraus und Bewegungen wie diejenige Fethullah Gülens und religiöse Organisationen kamen in der Allianz mit der AKP zusammen. Da sich nationalistische Gruppen und kemalistische Revisionisten den Erfordernissen der Zeit politisch nicht anpassen konnten, bluteten sie aus. Und am 3. November 2002 schaffte es die AKP bei den Parlamentswahlen, die Regierung allein zu übernehmen. Erdoğan, mit einem politischen Betätigungsverbot belegt, kam nach Gesetzesreformen an die Spitze seiner Partei, Abdullah Gül übernahm die Präsidentschaft der Türkei.

In der ersten Zeit vereinigte die AKP liberale Demokratie mit islamischem Konservatismus. Dabei kollidierten der politische Islam und die laizistischen Revisionisten des kemalistischen Staates leicht. Die Widersprüche des revisionistischen kemalistischen Staates in seiner antikurdischen und linksfeindlichen Politik verwertete die AKP in ihrem Sinne, so dass sie Vertreter des politischen Islam bis hin zu liberalen Kreisen, Nationalisten, intellektuellen EU-Befürwortern und Zivilorganisationen auf ihre Seite zog. Militärische Waffenstillstände der kurdischen politischen Bewegung und Gespräche über »Lösungen« in der Kurdenfrage verlängerten den Machterhalt. Die AKP, die bei den Parlamentswahlen am 3. November 2002 34 % der Stimmen erzielte, bekam mit dieser Politik bei den Wahlen am 22. Juli 2007 47,58 % und am 12. Juni 2011 49,83 %. Am 7. Juni 2015 schaffte sie es mit 40 % nicht, die Regierung allein zu stellen. Und am 1. November 2015 erhielt sie 49,5 % der Stimmen.

Die Auffassung der AKP von »Konservatismus« und »demokratischer Gesinnung« hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Insbesondere die »Ein-Mann-Herrschaft«, mit der Erdoğan charakterisiert wird, offenbart aktuell sehr deutlich, dass das AKP-Projekt der »konservativen Demokratie« zu Gründungszeiten für sie ein Instrument zur Machtübernahme und Machterhaltung war.

Neben Abdullatif Şener, der seit der Gründung 2002 bis 2008 dabei war, wurden von der AKP noch weitere Namen ausgemustert, wie z. B. die kurdischen Gründungsmitglieder Cüneyd Zapsu und Dengir Mir Mehmet Fırat. Sie entfernte sich von der EU-freundlichen Politik und schaffte es, sich wegen Unstimmigkeiten mit dem türkischen Militär in Bezug auf den Laizismus als »Opfer« darzustellen. Der AKP-Erdoğan-Block verbündete sich zu Beginn mit den Gülenisten und blockierte bzw. schwächte zwischen 2002 und 2009 die türkischen bewaffneten Kräfte, die nationalistische, türkisch-rassistische Ergenekonisten beherbergten. Mit Gülen bis 2009/2010 alliiert, begann er ab 2011 in Oslo heimliche Gespräche mit der PKK und überwarf sich dadurch mit den Gülenisten und den Ergenekonisten. Nach dem Krach mit den Gülenisten scharte er wiederum den ergenekonistisch-türkischen Nationalistenkreis um sich und richtete sich selbst im Staatsapparat ein. Diese Allianz und Auseinandersetzung demonstriert, dass das Ziel der AKP nicht die Schaffung eines gesellschaftlichen Projekts der gesellschaftlichen Demokratie, des Laizismus und einer EU-Orientierung ist, sondern die Neugestaltung eines pantürkisch-islamistischen Staates.

Zu der Zeit begann in Tunesien, Libyen und Ägypten der im gesamten Mittleren Osten aufkommende »arabische Frühling«, in dem die AKP und Erdoğan ihren Einfluss auf dem politischen Parkett als Hauptdarsteller des sunnitischen Islam konkretisieren wollten. Erdoğan versuchte sich als Vertreter der islamischen Welt und als deren Führer hinzustellen. Mit seiner »one minute«-Szene in Davos gegen Israel und seinem Auftreten als Patron der Muslimbruderschaft in Ägypten passte er mit deren »Rabia«-Fingerzeichen die Position des Stellvertreters für den Islam an seine neue osmanische Politik an. Aus diesem Grund übernahm er im Bürgerkrieg in Syrien eine direkte Rolle, als er fundamentalistische Gruppen wie insbesondere den Islamischen Staat (IS) unterstützte. Mit dieser Politik setzte er die These, die Türkei solle ein Teil des Spiels sein, wenn die Region stabilisiert wird, in die Praxis um. Er schulte alle radikalen und faschistischen islamistischen Gruppen militärisch und politisch und unterstützte sie finanziell. Auf dem diplomatischen Parkett übernahm er die Beschützerrolle für sie. Und er brachte sein gesellschaftliches Projekt mit dem islamistischen Radikalismus, der neoosmanischen Politik und heute dem Pantürkismus auf eine Linie.

Erdoğan und sein Umfeld planten mit ihrem gesellschaftlichen Projekt keinesfalls eine Annäherung an die demokratischen und freiheitlichen Werte der Europäischen Union. Die AKP brachte das gesellschaftliche Leben auf eine islamische Linie, indem sie den Laizismus des türkischen Staates deformierte. Auf jeder Kundgebung hat sie aufs Neue islamische Symbolik mit pantürkischem Anstrich wiederbelebt. Die staatliche Bürokratie, die geschwächte Armee, der von den Gülenisten bereinigte Polizeiapparat, der Nationale Geheimdienst, Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen wurden auf dieser Linie neu formiert. Mithilfe diplomatischer Beziehungen, die dieser Neuformierung entsprachen, versuchte sie ein Gleichgewicht zu Russland und China zu schaffen.

Erdoğan und seine Equipe schritten voran, sein de facto totalitäres, osmanisches Staatsgebilde mit einer neuen Verfassung zu legalisieren.

Dafür wurden in allen staatlichen und privaten Medien neue Projekte ins Leben gerufen, die dem populären, islamisch-pantürkischen Grundsatz folgten. Wir können feststellen, dass die heutige Situation in der Türkei in gewisser Weise dem Verlauf der Iranisch-Islamischen Revolution unter Ajatollah Chomeini ähnelt. So wie Chomeini Sozialisten und Demokraten als Schah-Gegner zusammenhielt und nach der Revolution liquidierte und den iranischen Staat übernahm, so benutzte auch

Erdoğan die Liberalen und EU-Befürworter auf dem Weg zu seiner heutigen Position.

Nach dem Putschversuch vom 15. Juli 2016 wurden in der hohen Staatsbürokratie, in Justiz, Beamtenapparat, Medien und Ähnlichem Säuberungsaktionen durchgeführt, bei denen Aleviten, Kurden, Gülenisten, Laizisten und andere ihrer Ämter enthoben wurden. Das war eine sehr rigorose Abrechnung:

– Nach den Zahlen des Justizministeriums, die es der Nachrichtenagentur Anadolu bekannt gegeben hat, wurden gegen 103 850 Verdächtige juristische Schritte eingeleitet.

– Gegen 103 850 Personen wurden Untersuchungen eingeleitet von denen dann 41 326 in Haft genommen wurden.

– Gesundheitsminister Mehmet Müezzinoğlu äußerte bei einem Auftritt in CNN Türk am 10. Januar, dass 97 679 öffentliche Mitarbeiter aus dem Amt entfernt und gegen 135 356 Personen juristische Schritte eingeleitet worden seien.

– Aus dem türkischen Militär wurden 4 619 Personen per Dekret vom Dienst suspendiert, aus der Gendarmerie 1 922 und aus der Küstenwache 30.

– 20 417 Akademiker oder akademische Mitarbeiter sind im Rahmen der erlassenen Dekrete während des Ausnahmezustands oder der Schließung von Universitäten durch Dekret suspendiert oder arbeitslos geworden, bzw. haben durch die Streichung von Förderprogrammen für den wissenschaftlichen Nachwuchs eine garantierte Forschungsstelle verloren.

– Per Dekret wurden die Dienstverhältnisse von 30 395 Personen beendet, die für das Bildungsministerium gearbeitet hatten.

– Akademiker oder wissenschaftliche Mitarbeiter verloren ihre Rechte, wurden suspendiert oder verloren wegen Schließung der jeweiligen Universität ihre Stelle.

– Per Dekret wurden 155 Medienanstalten geschlossen, von denen 20 wieder geöffnet haben. Der Zeitung Cumhuriyet zufolge wurden 12 TV-Sender und 10 Radiosender auf Beschluss des per Dekret autorisierten Ministers geschlossen.

– Nach veröffentlichten Zahlen der unabhängigen Journalistenplattform P24 vom 18. Januar wurden während des Ausnahmezustands 121 Journalisten verhaftet.

– Unternehmervermögen im Wert von 12 Milliarden Lira wurde der Staatskasse zugeführt.

Und die AKP hat anstelle der entfernten Soldaten, Polizisten, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Lehrer, öffentlich Bediensteten, Journalisten und Akademiker ihr selbst nahestehende gewählt. Sämtliche staatlichen Möglichkeiten hat sie nach Bedarf für sich ausgenutzt und es geschafft, dass der neue Charakter des türkischen Staates ein osmanisch orientierter, pantürkisch-islamistischer, totalitärer ist.

Erdoğans Türkei in Zahlen

– Von 2002 bis 2015 wurden 5 406 Frauen ermordet. Seit der Machtübernahme der AKP hat sich die Zahl der Frauenmorde um bis zu 1 400 % erhöht.

– Während 13 Jahren Zerstörung durch die AKP sind Scheidungen um 37 % angestiegen, Prostitution um 790 %, Morde um 261 %, Missbrauch an Kindern um 434 %, Drogensucht um 678 % und sexuelle Straftaten um 449 %. Die Zahl der minderjährigen Gefangenen ist in 5 Jahren um das 5-Fache gestiegen.

– Und, so traurig es klingt, in der Türkei gibt es 181 036 Kinderbräute.

– Gefängnisse: Während es 2002 59 429 Gefangene oder Strafgefangene gab, ist diese Zahl bis 2016 um 211 % gestiegen.

Im Vergleich dazu saßen 1970 56 511 Personen im Gefängnis, deren Zahl sich nach dem bekannten 12. März *[Militärputsch]* bis zum Ende des Jahres 1971 auf 61 463 erhöhte. Nach dem Putsch vom 12. September 1980 bis zum Ende desselben Jahres saßen 70 171 Menschen ein, ihre Zahl stieg 1981 auf 79 786. Diese Angaben zeigen, dass sich die Zahlen zu Putschzeiten um 10 bis 14 % erhöhten.

Zur Zeit der AKP und insbesondere in den letzten 6 Jahren sind die Gefangenenzahlen um ca. 60 000 gestiegen, also eine Erhöhung um ca. 50 %. Justizminister Bekir Bozdağ erklärte, dass am 12. Oktober 2016 194 973 Gefangene in den 372 Vollzugsanstalten gesessen hätten. Zudem sollen 2017 175 neue Strafvollzugsanstalten gebaut werden. ♦

Die PDK: Vom bewaffneten Kampf zum Parlament ... zur Isolation

Welat Abdullah

Eine detaillierte Diskussion über die Demokratische Partei Kurdistan (PDK, im Deutschen auch als KDP bezeichnet) könnte leicht ein Buch füllen. Dieser Artikel zielt allerdings nur darauf ab, einen Überblick zu geben, im Hinblick sowohl auf den historischen Hintergrund als auch auf die aktuelle Position der Partei, sowie eine Bewertung ihrer aktuellen Position in Kurdistan und allgemeiner im regionalen politischen Umfeld.

Gründung der PDK und die Rolle der Familie Barzanî

Die PDK wurde am 16. August 1946 im Irak gegründet, Monate nach der Gründung der Republik Mahabad, eines autonomen kurdischen Staates, der offiziell für weniger als ein Jahr innerhalb der Grenzen des Iran bestand. Der irakisch-kurdische Führer Mustafa Barzanî, der jüngere Bruder des mächtigen Stammesführers Scheich Ahmad Barzanî (der zuvor Revolten gegen das irakische Regime angeführt hatte), stellte mit Unterstützung von Kämpfern aus Irakisch-Kurdistan einen bedeutenden Teil der Militärmacht der Mahabad-Republik und diente als deren oberster Militärbefehlshaber. Während die PDK zuweilen prominente kurdische Aktivisten aus verschiedenen ideologischen Strömungen vereinte, übernahm der charismatische Mustafa Barzanî später die unbestrittene Kontrolle über die Partei, und bis heute führt die Familie Barzanî die Partei und hält eine Reihe der einflussreichsten politischen und sicherheitspolitischen Posten in Irakisch-Kurdistan.

Mustafa Barzanî starb 1979 nach Jahrzehnten des Kampfes, der Verhandlungen und Jahren des Exils in der Sowjetunion, im Iran und schließlich in den Vereinigten Staaten, nachdem er sich als eine der bedeutendsten politischen und militärischen Persönlichkeiten Kurdistans etabliert hatte. Nach seinem Tod wurde sein Sohn Mesûd zum Präsidenten der PDK gewählt und hält diese Position in der Partei bis heute praktisch ohne interne Opposition. Mesûd Barzanî wurde 2005 Präsident der Autonomen Region Kurdistan im Irak und blieb trotz des Ablaufs seiner Amtszeit im August 2015 weiterhin in dieser Funktion tätig. Sein Sohn Masrour, der weithin als Erbe der Parteiführung angesehen wurde, ist Mitglied des PDK-Politbüros und wurde im Jahr 2012 Leiter des Sicherheitsrats der Autonomieregion. Mustafa Barzanîs Enkel Nêçîrvan (der Neffe von Mesûd Barzanî) wurde 2010 zum Vizepräsidenten der Partei ernannt. Seit 2012 ist er ebenfalls Premierminister der Regionalregierung Kurdistan (KRG) im Irak, eine Position, die er bereits zuvor als Regierungsoberhaupt der Vereinigung Irakisch-Kurdistans für die längste Phase ihres Bestehens innehatte.

Die PDK verträgt weder Kritik am Parteiführer Mesûd Barzanî noch an der Konzentration verschiedener Führungspositionen in den Händen der Familie. Trotz deren unbestrittener Vorherrschaft präsentiert sich die PDK konsequent als Repräsentantin des kurdischen Nationalismus und demokratischer Prinzipien, deren ausschließliche Vertreterin in der Region sie zu sein behauptet.

Aufständische Gewalt verwandelte die Partei

Die PDK wurde als kurdische Partei mit kurdischem Charakter gegründet, definitionsgemäß als Gegenpol zum chauvinistischen Regime, das das irakische Kurdistan (und auch andere Teile Kurdistans) kontrollierte. Die Partei zählte zunächst einige bemerkenswerte linksgerichtete kurdische Aktivisten in ihren Reihen, darunter zum Beispiel den Schriftsteller und schließlich Gründer der Patriotischen Union Kurdistans (YNK, im Deutschen auch PUK genannt), Ibrahim Ahmad, neben einer großen Anzahl von Verbündeten des Barzanî-Clans und traditionell verbündeten Stämmen.

Als rebellische politische Partei mit militärischem Flügel etablierte sich die PDK als starke Kraft im Irak. In den Jahr-

zehnten nach ihrer Gründung führte sie mal einen bewaffneten Aufstand gegen die irakische Zentralregierung, dann wieder initiierte sie Gespräche mit den Behörden in Bagdad über Autonomie und andere Fragen. Allerdings muss man festhalten, dass in den dunkelsten Tagen der Repression der irakischen Zentralregierung gegen das kurdische Volk, nämlich der völkermörderischen Anfal-Kampagne, die Barzanî-Familie besonders betroffen war – 1983 wurden 8 000 Männer des Barzanî-Clans von Saddam Husseins Baath-Regime entführt und ermordet.

Nach Beendigung der irakischen Besatzung Kuwaits im Jahr 1991 durch eine US-geführte multinationale Koalition und dem darauffolgenden blutigen, gescheiterten Aufstand gegen die Diktatur Saddam Husseins wurden im Nord- und Südirak Flugverbotszonen eingerichtet und von den Streitkräften der USA, Großbritanniens und Frankreichs überwacht. Dies geschah mit dem erklärten Ziel, die Bevölkerung dieser Gebiete nach der brutalen Niederschlagung des Aufstands von 1991 vor Saddam Hussein zu schützen. Das führte dazu, dass dieser effektiv die Kontrolle über einen großen Teil des irakischen Kurdistans im Norden des Landes verlor und dass der Weg für die Gründung einer irakisch-kurdischen autonomen Region und die Schaffung der Regionalregierung Kurdistan bereitet wurde, der politischen Führung der Region Kurdistan im Irak, die derzeit mit einem hohen Maß an Autonomie die drei Provinzen Dohuk, Erbil und Sulaymaniyah regiert (und nun auch für einige strittige Gebiete außerhalb dieser Provinzen bestimmte Aufgaben übernimmt). Seit Gründung der KRG war die PDK als eine der führenden Parteien im irakischen Kurdistan in der Führung der Region gut vertreten und wurde zusammen mit der YNK Regierungspartei Irakisch-Kurdistans. Nach Jahrzehnten als Rebellengruppe fand sie sich in den frühen 1990er Jahren nun in der Rolle einer Regierungspartei wieder.

Die YNK wurde 1975 nach einer Abspaltung von der PDK gegründet, wobei die Linken sich der neuen YNK anschlossen und die traditionellen Konservativen und Stammesverbündeten der Barzanîs Teil der PDK blieben. Parallel zur ideologischen gab es eine geographische Spaltung zwischen den beiden Parteien in Irakisch-Kurdistan (einschließlich der Provinzen, die offiziell von der KRG verwaltet wurden, und umstrittenen Gebieten außerhalb dieser Provinzen mit bedeutenden kurdischen Bevölkerungsgruppen), die heute noch an den zwei Einflusszonen dieser beiden Parteien leicht erkennbar ist. Das YNK-Gebiet umfasst die Provinz Sulaymaniyah (die eine überwiegend kurdische Mehrheit hat) und kurdische Gebiete der ethnisch gemischten Provinzen Kirkuk und Diyala, während das PDK-Gebiet aus dem Großteil der kurdischen Dohuk-Provinz und der Provinz Erbil besteht, die mittlerweile zwar von der PDK dominiert wird, historisch jedoch Heimat von Unterstützern und Aktivisten beider Parteien war.

Nach ihrer Gründung erlebte die neue, de facto kurdische Autonomieregion in Irakisch-Kurdistan keine allzu lange Phase der Ruhe. Im September 1992 startete die Türkei einen groß angelegten militärischen Einmarsch, der zunächst von PDK und YNK unterstützt wurde, da er auf Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) zielte, der größten kurdischen Gruppe in der Türkei, die in der Region eine Basis hatte. Über 1 500 ihrer Kämpfer wurden getötet, ohne dass diese groß angelegte Operation die PKK aus der Region vertreiben konnte. Auch die späteren Bemühungen konnten dieses Ziel nicht erreichen.

Die Ereignisse von 1992 waren nicht das letzte Mal, dass sich kurdische Gruppen gegenseitig bekämpften, ein Phänomen, das im Kurdischen oft als »brakuj« (Brudermord) bezeichnet wird. 1994 führten die Spannungen zwischen PDK und YNK nach Streitigkeiten über die Machtteilung in Irakisch-Kurdistan zu einem bewaffneten Konflikt zwischen ihren militärischen Flügeln – zu einem kurdischen Bürgerkrieg im Irak. 1996, als die YNK, unterstützt durch den Iran, die Oberhand hatte, bat die PDK Saddam Hussein um Hilfe, und das nur 13 Jahre nach dessen Massaker an 8 000 Mitgliedern des Barzanî-Clans und weniger als ein Jahrzehnt nach dem Ende der völkermörderischen Anfal-Kampagne, in der über 100 000 irakische Kurden getötet worden waren. Saddams Intervention, ein erneuter Einmarsch der irakischen Regierungskräfte in die kurdische autonome Region, führte zu US-Raketenangriffen auf den Irak. Der Konflikt wurde nach dem Tod tausender Kämpfer und Zivilisten und der Vertreibung Zehntausender aus ihren Häusern in Irakisch-Kurdistan 1998 offiziell mit dem Washingtoner Abkommen beendet.

PDK-YNK-Spannungen führten zu einer Aufteilung der KRG zwischen den Parteien in zwei getrennte Verwaltungen. Diese (die der PDK in Hewlêr (Erbil) und die der YNK in Sulaymaniyah) handelten unabhängig voneinander bis zur formalen Wiedervereinigung der beiden Kabinette 2006. Von 2006 bis 2009 und wieder von 2012 bis heute war Nêçîrvan Barzanî von der PDK Premierminister der KRG. Trotz der Wiedervereinigung der Kabinette haben sich die militärischen Kräfte (Peşmerge) der beiden Parteien niemals voll und ganz vereint. Während es mittlerweile eine gemeinsame PDK-YNK-Peşmerga-Struktur gibt, jetzt bekannt als Regionalgarde und offiziell dem KRG-Ministerium unterstellt, ist die Mehrheit der Peşmerge immer noch Teil der traditionellen Einheiten, die direkt mit einer bestimmten Partei verbunden sind.

IS-Invasion in Şengal und Maxmur

Im Juni 2014 startete die terroristische Organisation Islamischer Staat (IS), früher als ISIS (Islamischer Staat in Irak und Syrien) bekannt, eine Offensive im nördlichen Irak und eroberte große Gebiete, darunter die zweitgrößte Stadt des Irak, Mosul, terrorisierte die Zivilbevölkerung und plünderte die lokalen Ressourcen. Als sie die Kontrolle über noch mehr Territorium im Irak erlangte, verließen die Streitkräfte der PDK (Peşmerge) ihre Posten und zogen sich aus einer Reihe von Gebieten zurück, darunter berühmt-berüchtigt der Region Şengal (Sindschar) in der Provinz Ninive (Mosul), dem Herzland und historischen Zentrum der Êzîden in Kurdistan, während sie außerhalb der offiziellen Grenzen der KRG seit Jahren gut etabliert waren. Die indigenen Êzîden, die einer nichtislamischen Religion folgen und in der kurdischen Sprache beten, waren nach der Invasion der gewalttätigen Fundamentalisten, die nun die nahe gelegene Stadt Mosul besetzt hatten, plötzlich einer ernsthaften Bedrohung ausgesetzt. Der IS proklamierte die Gründung eines Kalifats, einer religiösen Regierung, und strebte nach weiterer Ausbreitung im Irak. Als die gut bewaffnete terroristische Organisation im August 2014 in die Region Şengal kam, zogen sich tausende PDK-Kämpfer zurück und überließen die Kontrolle über die Gebiete dem IS, der tausende Êzîden ermordete und Zehntausende zwang, aus ihren Häusern zu fliehen. Tausende êzîdische Frauen wurden vom IS versklavt und viele êzîdische Kinder entführt, gewaltsam zum Islam konvertiert und als Kämpfer für die IS-Terrororganisation ausgebildet. Einige von ihnen wurden zu Selbstmordattentätern. UNHCR und US-Repräsentantenhaus erklärten die IS-Verbrechen an den Êzîden zu einem Völkermord. Die Intervention von Kämpfern der Volksverteidigungskräfte (HPG) der PKK und der Volksverteidigungseinheiten (YPG) aus Rojava erlaubte schließlich die Schaffung eines Korridors zwischen Şengal und Rojava, so dass zehntausende belagerte Êzîden der Terrororganisation entkommen konnten und so eine humanitäre Katastrophe noch größeren Ausmaßes verhindert wurde.

Zur selben Zeit, im August 2014, zog die IS-Terrororganisation in Maxmur ein, eine Stadt und ein Bezirk etwa zwischen den Städten Mosul und Hewlêr, die seit Jahren unter der Kontrolle der PDK-Sicherheitskräfte standen. Maxmur ist auch der Ort des gleichnamigen Flüchtlingslagers, das seit 1998 Flüchtlinge aus kurdischen Gebieten in der Türkei beherbergt. Als sich der IS Maxmur näherte, flohen die PDK-Sicherheitskräfte und der IS besetzte Stadt und Flüchtlingslager, so dass 12 000 Flüchtlinge erneut fliehen mussten. Die Besatzung des Maxmur-Flüchtlingslagers dauerte nicht lange an – am 8. August 2014 kamen Kräfte der PKK ins Lager und mit Hilfe von irakisch-kurdischen Peşmerge-Streitkräften (einschließlich welchen der YNK) und Luftunterstützung der internationalen Anti-IS-Koalition vertrieben sie die IS-Terroristen, so dass die Flüchtlinge zurückkehren konnten. Maxmur liegt nach wie vor in der Nähe der Frontlinie zum IS und immer wieder versucht er die Stadt und das Flüchtlingslager selbst zu infiltrieren. Nach der Befreiung des Lagers und der Rückkehr der Flüchtlinge gab es unerklärliche Verzögerungen bei der Erneuerung der Flüchtlingsausweise durch die PDK-kontrollierten Kommunalbehörden, die viele der Flüchtlinge praktisch zu Illegalen machten, wodurch sie sich nicht mehr außerhalb des Lagers bewegen konnten. Noch lange, nachdem der IS aus dem Gebiet vertrieben worden war, hörten die Bewohner des Lagers regelmäßig Kriegslärm – Bombardements und Luftangriffe –, ständige Erinnerung daran, dass eine Kraft, die nichts anderes als ihre Ausrottung im Sinn hatte, noch immer in der Nähe war.

Der verstärkte Griff nach der Macht in der KRG

Die existenzielle Bedrohung durch die IS-Terrororganisation nach August 2014 war nur einer von vielen ernsthaften Faktoren, die zu einer zunehmend schwierigeren Wirtschaftslage im irakischen Kurdistan führten. Schon vor August 2014 gab es zwischen der KRG und der irakischen Zentralregierung in Bagdad Konflikte um die Erdölexporte aus der Region und Bagdad stoppte die Zahlung der regulären Haushaltszuwendungen an die KRG, was unmittelbare Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation in Irakisch-Kurdistan hatte; die überwältigende Mehrheit der Arbeitsplätze in der Region liegt im öffentlichen Sektor und die Regierung selbst hatte fast keine Steuereinnahmen. Darüber hinaus wurde der Druck auf die bereits angeschlagene, fast ausschließlich erdölabhängige Wirtschaft durch historisch niedrige Ölpreise, einen Zustrom von Flüchtlingen aus Syrien und binnenvertriebenen Irakern nach Irakisch-Kurdistan verstärkt. Die Bedrohung durch den IS vergrößerte nur die wirtschaftlichen Probleme in Irakisch-Kurdistan, da mehr Ressourcen für die Sicherheit benötigt wurden und ausländische Investoren abgeschreckt die Region schnell wieder verließen, die sie nur zwei Jahre zuvor für »das nächste Dubai« gehalten hatten.

Während eine Wirtschaftskrise und militärisches Versagen zum Zusammenbruch der meisten Regierungen geführt hätten, fand in Irakisch-Kurdistan das Gegenteil statt. Die PDK, die den Präsidenten und den Premierminister stellte und viele andere Führungspositionen, darunter verschiedene diplomatische Posten besetzte, profitierte davon, dass sie sich als Vertreterin des gesamten Irakisch-Kurdistan und letztendlich aller Kurden darstellen konnte. Gegenüber der internationalen Gemeinschaft gab sie sich als die bedeutendste und vertrauenswürdige Kraft gegen die IS-Terrororganisation, eine Gruppe, die kein Geheimnis aus ihrem Ziel machte, wenn möglich weit über den Nahen Osten hinauszuwachsen. Während sie

selbst für den Völkermord an den Êzîden von Şengal mitverantwortlich waren, sprachen die mit der PDK verbundenen KRG-Führungsfiguren von der Not der Êzîden, wenn sie die internationale Gemeinschaft um Hilfe baten. Angesichts der Schwere der Krise nach der IS-Expansion in den größten Teil des Irak gaben sich die Führer der Welt zufrieden, mit der etablierten Führung der KRG zu sprechen. Weil die Krise schnell internationale Ausmaße annahm, hatten die Führer der Welt trotz vieler Unzulänglichkeiten kein Interesse daran, ihren Gesprächspartner zu wechseln. Innerhalb Irakisch-Kurdistans verwendet die PDK eine äußerst nationalistische Rhetorik; sie stellt sich als Erbin Mustafa Barzanîs und als Fahnenträgerin der kurdischen Sache dar und verspricht immer wieder die Einrichtung eines unabhängigen kurdischen Staates zu einer unbestimmten Zeit in der Zukunft, gleichzeitig stellt sie die patriotische Haltung ihrer Kritiker in Frage.

Im August 2015, in einer Phase des sehr intensiven Krieges gegen die IS-Terrororganisation und der anhaltenden Wirtschaftskrise, war die Amtszeit des Präsidenten der Autonomieregion und PDK-Vorsitzenden Mesûd Barzanî abgelaufen, die bereits im Jahr 2013 verlängert worden war, was damals ausdrücklich als einmalige Maßnahme bezeichnet wurde. Trotz Protesten anderer Parteien bestand die PDK darauf, dass Barzanî Präsident bleibt, und verwies auf die Entscheidung eines wenig bekannten Justizgremiums, des KRG-Beratungsrats (oder Schura), um ihre Forderung zu unterstützen. Trotz fehlender belastbarer Rechtsgrundlage und mangelnder populärer Unterstützung für eine weitere Verlängerung seiner Amtszeit fungiert Barzanî noch heute als KRG-Präsident.

Innerhalb Irakisch-Kurdistans führten die enorme Konjunkturabschwächung und das Umfeld der Instabilität zusammen mit dem eisernen Festhalten der PDK an der regionalen Präsidentschaft zu einer erheblichen Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Die historische Kluft zwischen PDK und YNK wurde deutlicher, und während die Streitkräfte sowohl der PDK als auch der YNK im Krieg gegen den IS kämpften und erhebliche Verluste erlitten, behaupteten viele, dass die YNK mit weniger Ressourcen effektiver kämpfte. Wegen der Haushaltskrise gab es Monate, in denen die Regierungsangestellten kein Gehalt oder nur einen Bruchteil davon erhielten. Frustration unter Millionen irakisch-kurdischer Bürger, von denen viele in den letzten Jahrzehnten einen scheinbar endlosen Krieg und große Ungewissheit erlebt hatten, führte immer wieder zu Protesten gegen die KRG, die sich häufig vor allem gegen die PDK richteten.

Im Oktober 2015 erreichten diese Proteste ihren Höhepunkt, und an manchen Orten griffen die Demonstranten gewaltsam PDK-Büros an und es gab einige Todesfälle. Als Reaktion auf die heftigen Proteste machte die PDK öffentlich die Gorran-(Wandel-)Bewegung verantwortlich, eine 2009 von der YNK abgespaltene politische Partei – vielleicht teilweise eine opportunistische Entscheidung, da Gorran, im Gegensatz zur YNK, über keine bewaffneten Kräfte verfügt. Nach der Beschuldigung Gorrans hielten die PDK-Sicherheitskräfte, die den Sitz des autonomen kurdischen Parlaments Hewlêr kontrollierten, den Parlamentspräsidenten, Gorran-Mitglied Yousif Mohammed Sadiq, fest und hinderten ihn an der Einreise in die Provinz, zum Parlamentssitz. Die PDK feuerte die Gorran-Minister im KRG-Kabinett. Auch Journalisten, die mit den Fernsehkanälen KNN und NRT in Hewlêr zusammenarbeiteten, wurden festgenommen und an einen Kontrollpunkt außerhalb der Stadt gebracht.

Trotz der beispiellosen Bedrohung der Sicherheit und einer ernsthaften Wirtschaftskrise, oder vielleicht auch gerade deshalb, weitete die am stärksten in der KRG-Führung vertretene Partei, die PDK, ihre Kontrolle über die Region Kurdistan im Irak aus, indem sie eine der größten Oppositionsparteien physisch aus dem KRG-Kabinett warf, eine Reihe kritischer Medien-Stimmen ausschaltete und sich strikt weigerte, über die fragwürdige zweite Verlängerung von Mesûd Barzanîs Amtszeit zu sprechen.

Beziehungen zur Türkei

Wie alle kurdischen Parteien pflegt die PDK komplexe Beziehungen zu den benachbarten Regimen. Natürlich verfolgen die Regierungen aller Staaten, die Grenzen mit Irakisch-Kurdistan teilen, eine Politik der Unterdrückung gegen die indigene kurdische Bevölkerung innerhalb der eigenen Grenzen. Trotzdem nutzen sie oft kurdische Parteien oder die kurdische Bevölkerung in den Nachbarländern im Sinne ihrer eigenen Interessen.

Seit Gründung der Republik wendet sich die türkische Führung standhaft gegen jeden Ausdruck kurdischer Identität, so verbot sie früher sogar die Verwendung der kurdischen Sprache (und verfolgt deshalb immer noch einzelne Staatsbürger). Die Türkei war durch die Gründung der KRG beunruhigt und weigerte sich zunächst, sie anzuerkennen, da sie die Formalisierung eines kurdischen föderalen Gebildes im Irak als direkte Bedrohung für die eigene territoriale Integrität betrachtete. Die Türkei besetzt einen weitaus größeren Teil Kurdistans und die Kurden in der Türkei behaupten trotz der ständigen juristischen und militärischen Repression weiterhin ihre Identität und kämpfen für ihre Rechte. Bis vor kurzem war Mesûd Barzanî im politischen Diskurs in der Türkei abfällig als »Stammesführer« bezeichnet und als Feind hingestellt worden, obwohl die PDK die PKK bekämpft hatte, die nicht nur die größte kurdische Partei der Türkei (und die größte kurdische

Partei im größten Teil Kurdistans), sondern auch seit vielen Jahren der Feind Nummer eins des türkischen Staates ist.

Letztendlich haben die PDK und die Türkei engere und offenere Beziehungen geknüpft. 2014 verkündeten die Türkei und die KRG unter Missachtung der irakischen Zentralregierung die Unterzeichnung eines Fünfzigjahresabkommens, um Erdöl und -gas aus Irakisch-Kurdistan in die Türkei zu exportieren. An den Verhandlungen mit der Türkei waren KRG-Premier Nêçîrvan Barzanî und der KRG-Minister für Naturressourcen Aşti Hawrami, ebenfalls PDK-Mitglied, beteiligt. Dieser langfristige Deal ist außergewöhnlich in seiner Undurchsichtigkeit – entgegen den Forderungen der Oppositionsparteien und anderer bleibt der Vertragstext im Wesentlichen geheim. Dieses geheime Abkommen schuf eine langfristige wirtschaftliche Bindung zwischen der PDK-dominierten KRG und der Türkei, obwohl es wenig dazu beigetragen hat, die herrschende Wirtschaftskrise Irakisch-Kurdistans zu lindern.

Beziehungen zu anderen kurdischen Gruppen

Die Beziehungen der PDK zu anderen kurdischen Gruppen sind ebenfalls kompliziert – phasenweise belastet, phasenweise deutlich schlechter. Wie bereits erwähnt arbeitete die PDK mit dem Regime Saddam Husseins zusammen – nicht lange, nachdem der irakische Diktator einen Völkermord an den Kurden begangen hatte –, um die YNK in Hewlêr zu besiegen. Auch bereits erwähnt ist die langjährige Feindschaft der PDK gegenüber der PKK. In der Tat hat die PDK mit dem türkischen Staat und seinen Streitkräften bei diversen Gelegenheiten auf verschiedene Weise zusammengearbeitet, um die PKK zu bekämpfen.

Ein Jahr nach Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien erlangten die indigenen Volksgruppen Nordsyriens die Kontrolle über viele ihrer Heimatgebiete und sie begannen sich autonom selbst zu verwalten. Diese Anstrengung wurde angeführt von der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), einer politischen Partei, die sich zur Ideologie des inhaftierten PKK-Gründers und -Anführers Abdullah Öcalan bekennt. Mit der Bildung einer autonomen Region in Syrien gab es jetzt zwei de facto autonome kurdisch geführte Verwaltungen, die in zwei von vier Teilen Kurdistans (d. h. in Syrien und im Irak, nicht in der Türkei oder im Iran) tätig waren, und beide Administrationen waren militärisch in den Kampf gegen die gleiche existenzielle Bedrohung, die IS-Terrororganisation, involviert. Die autonome Verwaltung in Nordsyrien, heute offiziell als Demokratische Föderation Nordsyrien bekannt, verbreitete sich über die Grenzen der mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebiete in Syrien und entwickelte einen wahrhaft multinationalen Charakter. Als sich die mit der Verwaltung in Nordsyrien assoziierten Kämpfer als zunehmend erfolgreich im Kampf gegen den IS erwiesen, erfuhren sie mehr und mehr Anerkennung von der internationalen Gemeinschaft, trotz konstanter Kritik aus der Türkei, die die Existenz einer weiteren kurdisch geführten autonomen Verwaltung als Bedrohung für sich selbst betrachtete. Die Kurden und andere Bürger Nordsyriens, die in eine Schlacht mit dem IS um Leben und Tod verwickelt waren, hatten keinerlei Grund oder Interesse, einen neuerlichen Konflikt an noch einer weiteren Front zu provozieren.

Trotz ihrer nationalistischen Rhetorik nahm die PDK eine harte Haltung gegenüber der revolutionären Anwendung der begrenzten Selbstverwaltung der Kurden in Nordsyrien ein. Anstatt mit der PYD und der autonomen Verwaltung Nordsyriens zusammenzuarbeiten, paktierte sie mit der Türkei, um die PYD zu untergraben und andere syrisch-kurdische Parteien zu fördern, die es auf die PYD und andere verwandte Organisationen abgesehen hatten. Während die Volksgruppen Nordsyriens darum kämpften, den IS zu vertreiben, unterbrach die PDK regelmäßig die Verkehrswege und den Handel zwischen Irakisch-Kurdistan und Nordsyrien und erdrosselte so ökonomisch eine kriegszerrüttete Region, die ihre anderen Grenzen mit der zutiefst feindlichen Türkei, feindseligen syrischen Arabern, turkmenischen Rebellengruppen und der IS-Terrororganisation teilte.

Gegenwärtig ist ein Großteil der Region Şengal vom IS befreit. Nach dem langwierigen Kampf von HPG und YBŞ (Widerstandseinheiten Şengals, eine sich wie die YPG Rojavas zur Ideologie Abdullah Öcalans bekennende bewaffnete Selbstverteidigungsorganisation) folgten Luftangriffe der US-geführten Anti-IS-Koalition, die den Weg für den Wiedereinmarsch der KRG-Peşmerge-Kräfte (einschließlich der mit der PDK verbündeten) in das Gebiet freimachten. Die YBŞ, die aus êzîdischen Männern und Frauen der Region bestehen, wurden gegründet, um Êzîden und Menschen aus Êzîdxan (dem Land der Êzîden) zu schützen. Sie wurden von Kämpfern der HPG und YPG in Einklang mit dem Prinzip der Förderung von Selbstverteidigungsmechanismen, zum Schutz gegen Aggression und der Einrichtung von Institutionen der lokalen Selbstverwaltung, unterstützt und ausgebildet. Bis Ende 2015 wuchsen die YBŞ zu einer signifikanten Größe an, erreichten ein hohes Maß militärischer Kompetenz und haben sich mittlerweile zu einer bedeutenden Kraft in der Region herausgebildet, die einen beträchtlichen Teil der êzîdischen Bevölkerung vor Ort repräsentieren und ihre Heimat gegen zukünftige Aggressionen verteidigen können.

Leider stehen der politische und der bewaffnete Flügel der PDK den YBŞ feindselig gegenüber. Die PDK beansprucht nunmehr, die Region als Teil der KRG zu verwalten, und wurde vom türkischen Staat, der immer wieder darauf bestanden hat, ein weiteres Qandil – ein Hinweis auf die PKK-Basen im Qandil-Gebirge an der iranisch-irakischen Grenze – in Şengal nicht zuzulassen, gedrängt, sich gegen die YBŞ zu stellen.

Mesûd Barzanî besuchte die Türkei Ende Februar 2017, um anscheinend unter anderem die Anwesenheit der »PKK« (wie die Türkei die YBŞ nennt) in Şengal, die laufende Operation in Mosul und andere Sicherheits-/militärische Angelegenheiten zu diskutieren. Die PDK bezeichnete den Besuch als Sieg für den kurdischen Nationalismus, da währenddessen die Flagge Kurdistans in der Türkei gehisst wurde. Doch nach seiner Rückkehr nach Irakisch-Kurdistan zeigte sich, dass die türkische Führung und Barzanî trotz der öffentlichen Zurschaustellung nationalistischer Symbolik scheinbar einen Plan diskutierten, um eine Gruppe Kurden gegen eine andere auszuspielen. Am 3. März marschierten PDK-unterstützte sogenannte Roj-Peşmerge, eine Kraft, die aus von der PDK ausgebildeten syrischen Kurden bestand, in Regionen ein, die von den YBŞ in Xanasor in Şengal kontrolliert wurden, und provozierten Zusammenstöße, die mehrere Opfer forderten.

Viele Kurden brachten ihre Bestürzung zum Ausdruck ob dieses erneuten Falles von Gewalt zwischen Kurden. Als Reaktion auf dieses Blutvergießen fanden an verschiedenen Orten in ganz Irakisch-Kurdistan Demonstrationen gegen die PDK statt. In der Region Şengal antworteten die PDK-Streitkräfte mit Härte, indem sie das Feuer auf die Demonstranten eröffneten. In Hewlêr lösten PDK-Streitkräfte eine Demonstration auf und verhafteten zahlreiche Menschen. Es hat nie eine unabhängige öffentliche Untersuchung der Ereignisse gegeben, die zur Flucht der PDK aus Şengal geführt hatten, die unmittelbar dem jüngsten Völkermord an den Êzîden vorausging, und die Êzîden in Şengal sowie die Menschen in Nordsyrien sehen weiterhin periodischen Blockaden und anderen Formen der Einschüchterung durch die PDK-Kräfte entgegen, die sich in einem Großteil des Gebietes wieder niedergelassen haben.

Was ist der nächste Schritt für eine isolierte Regierungspartei?

Der jüngste Völkermord in Şengal und die anhaltende Wirtschaftskrise haben eine erhebliche Rufschädigung für die PDK im gesamten Irakisch-Kurdistan und darüber hinaus verursacht. Anstatt die Bedenken und die Kritik der Bevölkerung anzugehen, hat die PDK versucht, den Dissens totzuschweigen, und ihre Zusammenarbeit mit der Türkei intensiviert – so distanzierte sie sich weiter von der kurdischen öffentlichen Meinung, anderen Irakern und Regionalmächten. Mit der immer noch bestehenden sehr realen Bedrohung durch die IS-Terrororganisation hat die PDK ihre kurdisch-nationalistische Rhetorik verstärkt und verspricht immer wieder ein Referendum, das den Weg für die Unabhängigkeit eines noch unbestimmten Teils Kurdistans irgendwann in der Zukunft ebnen soll. Lässt man die Auseinandersetzungen um das Referendum beiseite, ist die PDK zunehmend von anderen kurdischen Parteien und den Volksgruppen Irakisch-Kurdistans isoliert, die weiterhin mit der unsicheren Wirtschafts- und Sicherheitslage ringen, die leider nur von wenigen Phasen des Friedens und des Optimismus unterbrochen worden und eine Folge von Jahrzehnten der Irrungen und Wirrungen ist. Auch wenn die PDK weiterhin zahlreiche wichtige irakisch-kurdische Führungspositionen besetzt, wird sie nur dann als Stimme der Volksgruppen Irakisch-Kurdistans unterstützt und anerkannt werden, wenn sie grundlegende Veränderungen sowohl in ihrer Politik als auch in ihrer Rhetorik vornimmt. ♦



Demonstration in Afrîn gegen die Angriffe der PDK-Schergen in Şengal. Foto: ANHA

Wichtige Stellungnahme der Êzîden aus Kurdistan und dem Ausland

Aus der Vergangenheit gelernt

Dachverband des Êzîdischen Frauenrats e. V.

Die Koordination der Demokratischen Êzîdischen Gesellschaft, die aus 16 Parteien, Organisationen und Institutionen aus Sindschar *[kurd.: Şengal]*, Nord- und Westkurdistan, Europa, Russland und Armenien besteht, hat internationale Truppen um Hilfe für Sindschar gebeten und einen Forderungskatalog mit acht Punkten aufgestellt. Sie hat die êzîdische Gemeinschaft und ganz Kurdistan zur Einigkeit und Verstärkung des Kampfes aufgerufen und aufgrund der Banden-Angriffe auf den Ort Xanesor in Sindschar eine dringende Stellungnahme abgegeben (Ende März 2017).
Darin wird daran erinnert, dass die Êzîden während des 73. Genozids von den Peşmerge und den irakischen Truppen alleingelassen worden seien, die êzîdische Gemeinde nun jedoch eine eigene Verteidigungseinheit aufgestellt habe und somit den Willen zur Selbstorganisation zeige. In der Stellungnahme wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Wille der Êzîden so manchen Außenstehenden gestört habe, weshalb in München und Ankara Angriffe geplant worden und die Angriffe auf Xanesor dessen Resultat seien.

Die Stellungnahme der Koordination im Wortlaut:

Am 3. März 2017 haben einige Bandengruppierungen einen Vorort von Sindschar, genannt Xanesor, angegriffen und einen erneuten Genozid verüben wollen. Gegen diesen Angriff hat das gesamte Volk, haben vor allem aber die Verteidigungseinheiten von Êzîdxan, die YBŞ/YJŞ *[Widerstandseinheiten Şengal/ Fraueneinheiten Şengal]*, Widerstand geleistet und nicht zugelassen, dass die Angreifer ihr Ziel erreichen. Während dieses Widerstands haben sich sieben Kämpfer von Êzîdxan als Schutzschilde geopfert und sind gefallen. Auch in ganz Kurdistan und im Ausland hat unser Volk einen bedeutenden und wertvollen Protest gezeigt. Wir begrüßen diesen ruhmreichen Widerstand der Beschützer Êzîdxans und unseres Volkes und verneigen uns vor den Märtyrern des Widerstands.

Milizen des Regimes stecken in Schwierigkeiten

In einer Zeit, in der das Schicksal des Mittleren Ostens neu definiert wird, in der die Stimmen, die Farben und die Religionen der Region allen ein gleichwertiges freies Leben bringen, sind derartige Angriffe einzuordnen. Die Milizen des Regimes, der Unterdrücker und der Diktatoren, die Angst haben vor der Zerstörung ihres Systems und deshalb nun in Schwierigkeiten stecken, planen nacheinander, wie sie ihre Existenz bewahren können. In diesem Zusammenhang verurteilen wir die jüngsten Angriffe auf Xanesor und sehen sie als Teil dieser Pläne.

Es ist außerordentlich interessant, dass die Angriffe auf Xanesor nach den Treffen in München und Ankara durchgeführt wurden. Auf diesen Treffen waren Angriffspläne geschmiedet worden. Besonders auffällig ist, dass unter den Angreifern auch Mitglieder des MIT *[türkischer Geheimdienst]* waren, die beim 73. Genozid an den Êzîden ebenso ihre Rolle gespielt haben.

Wo waren sie während des Genozids?

Das Ziel der Angreifer war es, eine Grenze zwischen Sindschar und Westkurdistan (Rojava) zu ziehen. Gut; was gibt es in dieser Region? Warum wollen sie dort hinein? Ist diese Region in der Hand der IS-Banden (Daesch)? Als die brutalen IS-Banden den Genozid verübten, wo waren diese Gruppen?

Bekanntlich hatte der IS, der nichts von Menschlichkeit versteht hat, am 3. August 2014 die Stadt Sindschar und alle umliegenden Dörfer angegriffen und einen Genozid am êzîdischen Volk verübt. Dabei wurden zehntausende Kinder, Mädchen, junge Männer, Frauen und alte Menschen ermordet. Tausende wurden entführt, Mädchen, Frauen und Mütter der

Êzîden wurden mit den abscheulichsten Taten der Menschheit konfrontiert. Hunderttausende unseres Volkes sind geflüchtet und haben Elend erlebt, viele sind gestorben.

Peşmerge und irakische Regierungstruppen ließen das Volk im Stich

Zu dieser Zeit überließen die irakischen Kampfverbände und die Peşmerge unser Volk der Brutalität der Banden und verließen die Region. 12 000 Peşmerga-Kämpfer wurden zurückgezogen und das Volk wurde alleingelassen. Ein ausschlaggebender Grund für einen derartigen Genozid waren die erwähnten Truppen.

YBŞ/YJŞ sind die Antwort auf diesen Genozid

Diejenigen, die den Êzîden zur Hilfe eilten, waren die mutigen Kämpfer der YPG/YPJ *[Volksverteidigungseinheiten und Frauenverteidigungseinheiten aus Rojava]* und der HPG-Guerilla *[Volksverteidigungskräfte]*. Sie errichteten einen Korridor der Humanität und retteten somit tausende Êzîden. Die êzîdische Glaubensgemeinschaft, die bereits 73 Genozide erleben musste, hat nun kein Vertrauen mehr in externe Verteidigungskräfte. Daher haben sie ihre eigenen Volksverteidigungseinheiten geschaffen. YBŞ und YJŞ, die während des Genozids gegründet wurden, sind ihre Antwort darauf. Nachdem die Êzîden in Sicherheit waren, begannen die YBŞ/YJŞ mit der Befreiung des heiligen Gebiets und haben bis heute bereits viele Dörfer in Sindschar und Sindschar selbst befreit. Eines der zurückeroberten Camps für die Geretteten wurde zuletzt von den Banden angegriffen. Auch Xanesor wurde 2014 durch die YBŞ/YJŞ von den Banden gesäubert.

Xanesor ist Zentrum des Willens der Êzîden

Seit zweieinhalb Jahren haben die Êzîden ihren Willen auf diesem heiligen Boden neu definiert. Von den Verteidigungseinheiten, der Politik bis hin zur Gesellschaft, Kultur, Sprache und dem Glauben, in allen Lebensbereichen haben sie ihre Institutionen aufgebaut und ihrer Selbstverwaltung große Aufmerksamkeit geschenkt. Xanesor ist als Zentrum des Willens ungebunden. An den Fakten wird deutlich, dass das Ziel der Angriffe die Zerstörung des Willens des freien Volkes ist. Die



Xanesor: Wieder einmal wird die Bevölkerung von Şengal angegriffen, diesmal von Schergen der PDK. Foto: ANHA

Angreifer wissen, dass sie aus diesem Willen keinen Vorteil ziehen können, daher planten sie Sindschar zu umzingeln und einzunehmen.

Wir haben das Recht, uns selbst zu verwalten

Aus allen Ereignissen, den Genoziden, den Fluchtursachen und allen Schwierigkeiten, die je ertragen wurden, haben die Êzîden umfangreiche Erfahrungen gewonnen. Unsere Gesellschaft zweifelt an jeder Politik, die in Sindschar betrieben wird. Aufgrund all dessen sind diese Zweifel berechtigt. Unsere Gemeinschaft glaubt nicht mehr daran, dass irgendeine externe Verteidigungskraft sie schützen und administrieren kann. Wir wollen also keine andere Volksverteidigungskraft auf diesem Boden. Wir haben das Menschenrecht und das allgemeine Recht auf unsere eigene Verwaltung und Verteidigung.

Solange es keine Einigkeit gibt, können wir uns nicht verteidigen

Auf dieser Grundlage rufen wir vor allem die Êzîden auf dem heiligen Boden, in allen vier Teilen Kurdistans und im Ausland dazu auf, unter der Herrschaft des freien Willens eins zu werden und ihre Position deutlich zu machen. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns, solange keine Einigkeit besteht, nicht verteidigen können und nicht anerkannt werden. Die Unruhe, die durch die Angriffe auf Xanesor entstand, hat sich noch nicht gelegt. Die Angreifergruppen sind nach wie vor in ihren Stellungen und der Grund für Gefahr und Unruhe. Solange es sie gibt, wird die Gefahr andauern. Daher ist es notwendig, dass unser Volk aufsteht und die Stimme von Sindschar zu allen internationalen Institutionen trägt, bis diese Truppen zurückgezogen werden.

Wir rufen auch das gesamte kurdische Volk dazu auf, seine Position deutlich zu machen, weil es nicht nur ein Problem der Êzîden ist, es stellt auch gleichzeitig ein Problem für Kurdistan dar und einen Angriff auf seine Ehre. In diesem Rahmen bitten wir vor allem unser Volk in Südkurdistan, seine politischen Parteien und Institutionen, den Verrat und die Politik, die seine Gegner unterstützen, aufzuhalten.

Die Geschehnisse von Ninive (Ninawa) müssen den gemeinsamen Kampf voranbringen

Die erwähnten Angriffe sind dieselben Angriffe auf die vielfältige Kultur Nineves. Daher rufen wir die Assyrer, Aramäer, Turkmenen, Kaka'i, Schabak, Schiiten und Araber dazu auf, sich dem êzîdischen Kampf gegen die Politik des Genozids, der Assimilation, der Entführung und der Vernichtung anzuschließen.

Internationale Truppen sollen unseren Willen kennenlernen

Gleichzeitig rufen wir die internationalen Institutionen auf, nicht zu den Angriffen zu schweigen, die den Willen unseres Volkes schwächen, und Haltung zu zeigen. Unsere Bitte an die Vereinten Nationen und die Europäische Union ist, Sindschar als besonderen Tagesordnungspunkt zu behandeln. Mit dieser Absicht wollen wir unsere Forderungen vorstellen:

1. Damit sich die Unruhen nicht verschärfen, ist es wichtig, dass die Kräfte, die ursächlich sind für die Krise und in der Region von Xanesor platziert wurden, innerhalb kurzer Zeit von dort abgezogen werden. Die jetzt in der Region erlebte Unruhe ist wie ein Fass voll Sprengstoff, das jeden Moment zu explodieren droht. Daher sind wir für mögliche zukünftige Ereignisse nicht verantwortlich.

2. Die Waffen, die die internationale Koalition der PDK zur Bekämpfung des IS zur Verfügung gestellt hat, müssen kontrolliert werden und es darf nicht erlaubt sein, dass diese Waffen gegen unser Volk eingesetzt werden.

3. Unsere Bitte an die internationalen Truppen ist es, sich in dieser unruhigen Situation zu engagieren und unabhängige Lieferungen in die Region zu schicken.

4. Unsere êzîdische Gemeinschaft wurde aufgrund ihres Glaubens und ihrer Kultur von Hegemonialeinheiten eingekreist. Daher ist es für den Schutz der Kultur und des Glaubens der Êzîden notwendig, eine internationale Verteidigung aufzustellen.

5. Die Bedrohung für das êzîdische Volk besteht auch für Teile und die Kultur Ninives. Daher bedarf es zum Schutz der Kultur, des Glaubens und der Identität der Assyrer, Aramäer, Kaka'i, Turkmenen, Schiiten, Schabak und Araber der Einleitung von Schutzmaßnahmen.

6. Es ist wichtig, dass das 73. Massaker als Genozid anerkannt und die êzîdische Gemeinde als Erbin der Geschichte verstanden und geschützt wird.

7. Als Êzîden sehen wir uns aufgrund der Gefährdung in der Vergangenheit verpflichtet, uns selbst zu verwalten und zu schützen. Unsere Bitte an die Weltgemeinschaft ist es, diesen Willen anzuerkennen und zu akzeptieren. Auf dieser Grundlage bitten wir darum, den Status von Sindschar anzuerkennen.

8. Die êzîdische Gemeinde hat bisher 73 Genozide durchgemacht und war ständig mit Angriffen von außen konfrontiert. Diese Gefahr besteht bis heute. Aufgrund dessen brauchen wir unsere eigenen Kräfte zur Verteidigung. In diesem Zusammenhang wollen wir, dass YBŞ und YJŞ als Volksverteidigungseinheiten von Sindschar anerkannt werden und man sich mit ihnen solidarisiert.

Die Komponenten der Koordination

Die Koordination der Demokratischen Êzîdischen Gesellschaft wurde am 6. Dezember 2016 in Xanesor auf einer ausführlichen Sitzung gegründet. Anwesend waren die Vertreter der Institutionen der Êzîden von Sindschar, Nord- und Westkurdistan, Russland, Armenien und Europa. Nach umfassenden Diskussionen wurde die Erklärung der Koordination einstimmig angenommen.

Die Koordination besteht aus folgenden Institutionen und Organisationen:

Europa:
1. Zentrum der Vereinigung der êzîdischen Verbände (NAV-YEK)
2. Frauenrat der Êzîden in Europa
3. Rat von Sindschar im Ausland
4. Jugendrat der Êzîden in Europa
5. Freundschaft der Êzîden aus Rojava in Europa

Westkurdistan:
1. Vereinigung der Êzîden im Kanton Afrîn
2. Frauenvereinigung der Êzîden im Kanton Afrîn
3. Êzîdisches Haus im Kanton Cizîrê

Nordkurdistan:
1. Plattform der Unterstützung für êzîdische Frauen
2. Rat der Êzîden

Russland und Armenien:
1. Rat der Êzîden in Russland
2. Rat der Êzîden in Armenien

Sindschar:
1. Gründungsrat von Sindschar
2. Freiheitsbewegung der Êzîdischen Frauen (TAJÊ)
3. Partei der Freiheit und der Demokratie der Êzîden (PADÊ)
4. Êzîdischer Jugendrat ♦



Frauen protestieren gegen die Angriffe der PDK-Schergen und erinnern auf dem Transparent daran, wie die Peşmerge der PDK 2014 vor dem IS geflohen sind und die Bevölkerung so dem IS schutzlos auslieferten. Foto: ANHA

Eine Reise ins befreite Minbic im Norden Syriens

Aus der Hölle ins Paradies

Ercan Ayboga interviewte VertreterInnen der neuen Demokratischen Verwaltung in Minbic

Die Stadt Minbic (Manbidsch) und ihr Umland gehören zu den umstrittensten Gebieten im syrischen Krieg. Und es wird hier immer komplizierter. Fast alle Kriegsparteien sind in unmittelbarer Nähe dieser nordsyrischen Region vertreten. Vor allem die hier als Besatzer agierende türkische Armee will Minbic einnehmen, was trotz der Ankündigung des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan am Widerstand der lokalen Bevölkerung, aber auch an der Haltung der USA und Russlands erst mal scheiterte.

Am 12. August 2016 wurde die Stadt Minbic von den Demokratischen Kräften Syriens (engl.: SDF, arab.: QSD) befreit und damit die mehr als zweieinhalbjährige Herrschaft des »Islamischen Staates« (IS) über sie beendet. Kurz vor Beginn der Befreiungsoperation war am 31. Mai 2016 der Militärrat von Minbic durch die von den kurdischen Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) angeführten QSD ins Leben gerufen worden. Dieser kontrolliert militärisch die Region Minbic, welche etwa hundert Kilometer südwestlich des durch seinen Widerstand weltweit bekannt gewordenen Kobanê liegt. Im Herbst 2016 übergab der Militärrat die Verwaltung der Region dem provisorischen Zivilrat von Minbic. Der aus AraberInnen, KurdInnen, TurkmenInnen und TscherkessInnen bestehende Zivilrat hat sich am 12. März 2017 in die »Legislative der Demokratischen Administration von Minbic« umbenannt und breiter aufgestellt, um seine demokratische Legitimation zu erhöhen.

Die Bedeutung von Minbic erklärt sich nicht nur durch seine geostrategische Lage im gesamtsyrischen Kontext, sondern auch durch das dort seit August 2016 aufgebaute politische System mit der Legislative der Demokratischen Verwaltung von Minbic, das einen sehr hohen demokratischen Anspruch hat und als Modell für ein neues demokratisches Syrien gelten soll. Letzteres steht im Fokus dieses Interviews, das mit den wichtigsten VertreterInnen der Legislative der Demokratischen Verwaltung geführt wurde. Darunter den beiden Ko-Vorsitzenden Sozdar Xalit (Kurdin) und Faruk Maschi (Araber) sowie Emel Bozgeyik (Turkmenin), Muhamed Dolmusch (Turkmene), Muhamed Tarik (Tscherkesse) und Abdo Mustafa (Kurde).

Was für eine Stadt war Minbic vor dem Krieg in Syrien?

Alle: In Minbic machten vor 2011 etwa achtzig Prozent der knapp 100 000 EinwohnerInnen zählenden Bevölkerung AraberInnen aus. Allerdings war die Mehrheit der Bevölkerung vor mehr als neunzig Jahren mehrheitlich tscherkessisch gewesen. Zu knapp fünfzehn Prozent lebten KurdInnen kurz vor dem Krieg in Minbic. TscherkessInnen und TurkmenInnen zählten gemeinsam nur noch etwa fünf Prozent der Gesamtbevölkerung. Vor mehreren Jahrzehnten hatte es auch eine kleine armenische Community gegeben, die jedoch nach Aleppo auswanderte.

Sowohl der Handel als auch die Landwirtschaft sind in Minbic schon immer ausgeprägt gewesen. Wirtschaftlich stand die Stadt relativ gut da. Auch der Bildungsstandard ist im Vergleich zum Umfeld relativ hoch.

Maschi: Die 63 arabischen Stämme der Region kamen viele Jahre regelmäßig zusammen und arrangierten sich mit dem Staat, ohne ihn jedoch insgesamt aktiv unterstützt zu haben. Die zwei größten Stämme schickten je eineN AbgeordneteN ins syrische Parlament.

Wie gestaltete sich in Minbic die Periode vom Beginn des syrischen Aufstands und Krieges bis kurz vor der IS-Herrschaft?

Alle: Die Stadt Minbic und ihr Umfeld stellten sich ab Frühjahr 2011 schnell gegen das Baath-Regime. Allerdings gab es große Diskussionen, ob der Widerstand friedlich oder bewaffnet sein sollte.

Dolmusch: Diese Diskussion wurde sowohl unter den AraberInnen als auch unter den TurkmenInnen geführt. Während sich Letztere anfangs friedlich organisierten, änderte sich die Meinung vieler zügig, als Waffen, Geld und militärische Ausbildung aus der Türkei aufgedrängt wurden. So war die turkmenische Gesellschaft geteilter Meinung.

Maschi: Ich stellte mich mit meinem Stamm gegen das Regime, lehnte jedoch bewaffnete Angriffe ab. Doch viele befürworteten dies und die AraberInnen waren zwiegespalten. Auf die Seite des Regimes stellte sich kaum jemand.

Alle: Ab 2011 bildeten sich schnell bis zu 76 oppositionelle militärische Brigaden, die alle unter dem Label Freie Syrische Armee (FSA) zusammenkamen. Die KurdInnen organisierten sich politisch zumeist in der Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft (TEV-DEM), einem Bündnis mehrerer kurdischer Parteien inklusive der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), die schnell zur Hauptkraft der KurdInnen in ganz Syrien wurde, und militärisch zumeist unter der Gruppe Al-Akrad, die als Teil der FSA zu den fortschrittlicheren gehörte und freundliche Beziehungen zu den YPG/YPJ hatte. Die FSA-Herrschaft in Minbic ab Juli 2012 führte zunächst zu mehr politischen Freiheiten, es war aber eine sehr chaotische Zeit. Die meisten FSA-KämpferInnen konnten zum einen die grundlegenden Verwaltungsangelegenheiten nicht bewältigen und zum anderen begannen sie, sich persönlich zu bereichern. Nachdem sie die staatlichen Einrichtungen geplündert hatten, raubten sie ZivilistInnen aus. Nach wenigen Monaten wurde die FSA repressiver und sie bekämpften sich untereinander. Die Bevölkerung wurde unzufrieden. Es war recht einfach für die erstarkende syrische Al-Qaida, die Al-Nusra-Front, im Frühjahr 2013 die Macht zu übernehmen. Al-Nusra führte gleich zu Beginn die Scharia ein und übte einen größeren politischen Druck aus. Vielen, denen kriminelles Verhalten vorgeworfen wurde, wurde die Hand abgehackt. Diebstahl gehörte auch zum Instrumentarium von Al-Nusra-KämpferInnen. Während die FSA die politische Arbeit von TEV-DEM auf den Dörfern eingrenzte, begann Al-Nusra TEV-DEM auch in der Stadt zu unterdrücken. Kurz gesagt: Die kurze Herrschaft von Al-Nusra war von sozialer Gerechtigkeit und Freiheit weit entfernt und steuerte schnell auf eine Diktatur und Chaos zu. Somit war es für den sich rasant ausbreitenden IS mit seiner Beteuerung des absoluten Islams und gerechten Systems keine Schwierigkeit, die Macht in Minbic an sich zu reißen.

Wie können wir uns die knapp dreijährige Herrschaft des IS in Minbic konkret vorstellen?

Alle: Als das Regime 2012 vertrieben wurde, stieg zunächst die Bevölkerungszahl von Minbic. Doch mit dem IS ging sie auf weniger als die Hälfte der ursprünglichen Zahl zurück. Insbesondere fast alle KurdInnen und TscherkessInnen verließen die Stadt, denn sie wurden als potentielle Feinde gesehen.

Dolmusch: Als der IS in Minbic herrschte, war er nicht so sehr hinter den TurkmenInnen, sondern vor allem hinter den KurdInnen her. Denn vor ihnen hatte er große Angst.

Alle: In den ersten Monaten verhielt sich der IS in der Stadt recht zurückhaltend. Auf den Straßen boten sie den Kindern sogar Süßigkeiten an. Sie betonten aber gleich zu Beginn, was »halal« (erlaubt) und was »haram« (verboten) sei. Die Bevölkerung schaute in der ersten Zeit der IS-Herrschaft passiv zu. Doch wenige Monate später zeigte der IS sein wahres Gesicht und begann in noch nie gesehener Form, das politische, soziale, kulturelle und ökonomische Leben zu kontrollieren. Jeder Art von Widerspruch oder Zuwiderhandeln gegen die von ihm auferlegten Regeln wurde auf brutalste Weise begegnet. Die extremste Äußerung des IS-Terrors in Minbic war es, dass in knapp drei Jahren 545 Menschen zunächst tagelang auf öffentlichen Plätzen in Käfige gesteckt wurden, ohne dass Familienangehörige zu ihnen durften, und Tage später öffentlich geköpft wurden, wozu viele Menschen unter Zwang herangekarrt wurden. Dies wurde per Video aufgenommen, um noch mehr Schrecken vor dem IS zu verbreiten.

Bozgeyik und Xalit: Frauen und auch Mädchen wurden mit besonderen Gesetzen bedacht. Sie mussten in der Öffentlichkeit den Tschador in seiner strengsten Form tragen und durften nur in Begleitung eines männlichen Familienangehörigen auf die Straße, dabei mussten sie fünfzehn Meter hinter ihm herlaufen. Um bestraft zu werden, reichte es aus, wenn ein Teil des Gesichts der Frau draußen zu sehen war. Manchmal passierte es, dass Männer ihre Ehefrauen oder Geschwister aus den Augen verloren und nicht wiederfinden konnten. Wegen dieser Regelung blieben viele Frauen einfach immer zuhause. Einige Frauen mussten wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage weiter auf den Gemüsefeldern um die Stadt herum arbeiten, doch der Tschador erschwerte diese Tätigkeit erheblich, insbesondere im Sommer. Manche Lebensmittel wie Tomaten, Konserven oder anderes, was Frauen besonders bevorzugten, wurden verboten. Um die Restriktionen effizienter durchzusetzen, wurde sogar eine Frauenmiliz gegründet. Festgenommene Frauen wurden gefoltert – Blutspuren im Frauengefängnis waren kurz nach der Befreiung zu sehen – und in vielen Fällen an drei öffentlichen Orten gesteinigt. Dass heute genau an einer dieser Stellen ein Baumsprössling herausgewachsen ist, freut uns besonders.

Alle: Unter dem IS wurde die wirtschaftliche Lage in Minbic noch schwieriger und das Leben besonders teuer. Er verkaufte das Brot und den Liter Diesel zu je 350 Syrischen Lira (zur

gleichen Zeit kostete es im YPG-/YPJ-/QSD-kontrollierten Gebiet nur je 40–50 Lira) *[entsprechen zzt. ca. 1,50 gegenüber ca. 0,20 EUR]*. An den Ausgabestellen bildeten sich oft lange Schlangen. Und das, obwohl Erdöl und Getreide im IS-Gebiet ausreichend zur Verfügung standen. Zucker war auch sehr teuer, obwohl im naheliegenden Maskanah produziert. Horrende Steuern wurden wahllos von GeschäftsinhaberInnen und HändlerInnen eingetrieben. Damit finanzierte der IS seinen Krieg. Die vorhandenen Lebensmittel waren rationiert, dabei behielten die IS-Kämpfer das Beste für sich, was sie mit ihrem angeblichen Status als »Soldaten Gottes« begründeten. Die meisten hielten sich mit Geld von außerhalb lebenden Familienangehörigen über Wasser. Den Ärmsten, die nach finanzieller Unterstützung anfragten, wurde in der Regel gesagt, sich dem IS als Kämpfer anzuschließen.

Alle Schulen in Minbic wurden vom IS geschlossen, unsere Kinder konnten nur noch in islamische Schulen gehen. Als der IS mit der Zeit die Kapazität der eigenen Schulen ausgebaut hatte, begannen sie damit, alle Kinder in diese Schulen zu zwingen. Diese wurden hier einer ideologischen Gehirnwäsche unterzogen und unter Druck gesetzt, sich ab einem gewissen Alter dem IS anzuschließen.

Es gab so viele weitere verrückte Verbote wie zum Beispiel, in den Parks nicht zu essen. Telefonieren mit Handy war grundsätzlich verboten. Wenn sie jemand erwischten, musste er/sie beim ersten Mal eine hohe Geldstrafe zahlen. Bei Wiederholung drohten Haft und Folter.

Nicht alles, was der IS getan hat, kann mit dem Islam in Verbindung gebracht werden. Er instrumentalisierte ihn für seine Terrorherrschaft.

Sie stellen es so dar, als habe der IS keine Unterstützung in der Bevölkerung gehabt. Haben ihn aber nicht viele Menschen aktiv unterstützt?

Alle: Das war nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung der Fall, die meisten Verbliebenen haben sich eher mit dem IS arrangiert. Bedenken wir, dass ja mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus Minbic floh, als der IS herrschte. Wir müssen aber leider sagen: Einige Familien verkauften regelrecht ihre Töchter an den IS. Zum Teil aus ideologischen und zum Teil aus finanziellen Gründen. Wer dem IS nahestand und als AgentIn fungierte, durfte z. B. in den vielen kleinen Diesel-Raffinerien



Minbic: Demonstration gegen das internationale Komplott 1999, das Öcalan in die Isolation auf die Gefängnisinsel Imralı brachte. Foto: Ercan Ayboga

arbeiten. Manche wurden zu AgentInnen, wir hatten nicht nur auf der Straße, sondern auch in unserem Treppenhaus Angst. Die Mehrheit der Bevölkerung stellte sich ab 2015 immer klarer gegen den IS. Es fanden insgesamt drei Demonstrationen in Minbic gegen die Praktiken des IS statt, einmal wurden sogar die Geschäfte geschlossen. Doch alle Versuche wurden auf brutalste Weise unterdrückt. Minbic ist eine der wenigen IS-kontrollierten Städte, wo überhaupt Demonstrationen gegen die IS-Praktiken stattfanden.

Die Unterstützung für den IS war in den bewaffneten Gruppen größer als unter den ZivilistInnen. So hat sich leider ein wichtiger Teil der früheren FSA dem IS ab 2014 militärisch angeschlossen.

Kurz vor der am 31. Mai begonnenen Befreiungsoperation wurden der Zivil- und der Militärrat von Minbic ausgerufen. Wie kam es denn dazu?

Xalit: Mit der Befreiung der Tischrin-Talsperre am Euphrat durch die QSD im Dezember 2015 kam langsam Hoffnung auf, dass der IS seine Herrschaft über die Minbic-Region verlieren könnte. Der IS wurde langsam unsicher und das nicht zu Unrecht. Denn Anfang 2016 kamen aus Minbic geflohene Menschen und Gruppen mit den YPG/YPJ/QSD und VertreterInnen der drei Rojava-Kantone und dem neu gegründeten Demokratischen Rat von Syrien zusammen, um die Befreiung von Minbic vorzubereiten. Die früheren Minbicer TEV-DEM-AktivistInnen waren der Motor dieser Unternehmung. Da wir beide schon vorher aus Minbic geflohen waren, haben wir uns von Anfang an stark eingebracht. Erst wurde Anfang 2016 der Militärrat von Minbic und danach am 5. April 2016 der Zivilrat von Minbic gegründet. Weil uns die Vertretung aller Bevölkerungsteile so wichtig war, haben wir die Sitze für die TscherkessInnen im 43-köpfigen Zivilrat frei gehalten. Denn fast alle von ihnen hatten Minbic verlassen müssen. Der Zivilrat verwendete gleich von Beginn an alle in Minbic gesprochenen Sprachen, die Transparente waren viersprachig. Der Militärrat hatte von Beginn an auch Frauen in seinen Reihen, darauf legten wir großen Wert. Allerdings waren sie während der Befreiungsoperation in den Medien kaum präsent.

Maschi: Dass so schnell beides ins Leben gerufen werden konnte, lag zum einen am äußerst brutalen Terror des IS und dem Hass auf den IS und zum anderen an der aktiven Unterstützung der QSD bzw. des Demokratischen Rates von Syrien für beide Strukturen. Ich selbst hatte schon lange gute Beziehungen zu den KurdInnen in Minbic und im nahe liegenden Kobanê. Tatsächlich tiefer gehende Beziehungen zu ihnen waren mir schon immer ein wichtiges Anliegen, nur so können wir verhindern, dass uns andere Kräfte gegeneinander ausspielen können. Davon überzeugte ich auch viele Menschen in meinem Al-Buberne-Klan, der zu den größten in der Minbic-Region gehört. Der Zivilrat und der Militärrat von Minbic, der eine autonome Struktur innerhalb der QSD hat, arbeiteten gleich von Anfang an eng zusammen, die Aufgabenteilung war recht gut. Das zeigte sich während der knapp dreimonatigen Befreiungsoperation. Der Militärrat wuchs mit dieser Operation schnell an und erreichte eine vierstellige Zahl, als Minbic befreit wurde.

Was taten Sie als Zivilrat, als der Militärrat von Minbic die Befreiungsoperation gestartet hatte?

Xalit und Maschi: Vor und während der Befreiungsoperation haben wir uns stark bemüht, mit Menschen in Minbic und aus Minbic geflohenen Menschen an verschiedenen Orten in Kontakt zu treten und sie für die Befreiung zu gewinnen. Die Akzeptanz des Zivilrat wurde so relativ schnell vergrößert, was vor allem für die Zeit nach der Befreiung – wir waren uns über den Erfolg der Operation sicher – bedeutend wurde. Wir hatten Gruppen gebildet, die ab Juni 2016 umgehend die befreiten Dörfer besuchten und von unseren Zielen und Vorhaben berichteten. Die allermeisten nahmen uns erfreut und erleichtert auf. Außerdem versorgten wir mit Freiwilligen die infolge der harten Kämpfe in Minbic vielen Hundert Verletzten. Vor allem führten wir Diskussionen um die Art und Weise der Administration der Stadt und Umgebung von Minbic. Jeder Schritt während und kurz nach der Befreiung war wichtig für die Unterstützung durch die breite Bevölkerung. In der Tat waren wir insgesamt recht erfolgreich, so wurden wir für die Übergangszeit ohne Infragestellen zur Leitung von Minbic. Fortan wandte sich die Bevölkerung an uns.

Können Sie uns Beispiele und Eindrücke geben, wie die Bevölkerung die Befreiung aufnahm? Was war Ihnen besonders wichtig?

Alle: Die Befreiung vom IS durch den Militärrat von Minbic und die Demokratischen Kräfte Syriens ist zu vergleichen mit dem Übergang von der Hölle ins Paradies! Dementsprechend war die Stimmung in den ersten Wochen besonders euphorisch. Die IS-Brutalität war so groß gewesen, dass viele sich erst freuen konnten, als sie die KämpferInnen des Militärrates und die Demokratischen Kräfte persönlich und nicht in Kampfposition vor ihrem Haus treffen konnten. Dann kam der Freudenschrei. Vor allem Frauen war die große Freude anzusehen. Viele tanzten in den ersten Tagen auf den Straßen. Es gab keinen Lynchversuch in der Stadt, was uns wichtig ist. Zehntausende kehrten in wenigen Wochen zurück in ihre Häuser,

darunter viele Tausende aus der Türkei. Sehr viele Menschen kamen zu uns und boten ihre aktive Hilfe an, bzw. sie wollten Aufgaben beim Wiederaufbau übernehmen. Die Bevölkerung hat gesehen, dass wir Freiheit und Gleichheit bringen und niemanden ausgrenzen oder Differenzen für einen kleinen Kreis ausnutzen wollen. Genau das spürt die Bevölkerung. Minbic hat in seiner Geschichte noch nie so viel Freiheit gelebt. Die Freude ist nach wie vor sehr groß, das kann jeder Mensch selbst sehen, wenn er durch die Straßen von Minbic läuft. Die Gesichter der Menschen sind voller positiver Energie.

Was waren Ihre ersten Schritte in Minbic? Wie hat sich das Leben in mehr als einem halben Jahr entwickelt?

Alle: Bei der Befreiungsoperation wurden mehrere Dutzend Gebäude komplett und hunderte Gebäude leicht zerstört, was im Vergleich zu vielen anderen umkämpften Städten Syriens minimal ist. Als einer der ersten Schritte wurden sehr schnell die Trümmer geräumt. Gleich von Anfang an bemühten wir uns, dass in jedem Stadtteil und jedem Ort außerhalb der Stadt ein Volksrat mit breiter Bevölkerungsbeteiligung gegründet wurde. In manchen Orten ist es uns schnell gelungen, eine demokratische Struktur mit Beteiligung von Frauen aufzubauen. Wir sind zuversichtlich, es überall in kurzer Zeit hinzubekommen.

Als einen Monat nach der Befreiung die Schulen geöffnet wurden, ging eine zweite Freudenwelle durch die Region. Drei Jahre lang waren sie geschlossen gewesen. Dazu haben wir alle früheren LehrerInnen aufgerufen, mit Erfolg. Die bisher einzige Veränderung am Unterricht ist die Abschaffung des Faches über Staat und Geschichte, das auf der Basis der Baath-Ideologie gelehrt wurde. KurdInnen und TurkmenInnen haben wenige Wochen nach Eröffnung angefangen, ihre Kinder zusätzlich in ihrer Muttersprache zu unterrichten.

Tarik: Wir sind noch nicht so weit, dass wir unseren Kindern Tscherkessisch anbieten können, was auch daran liegt, dass wir unsere Sprache zumeist wenig sprechen. Aber wir werden zum neuen Schuljahr damit beginnen. Das ist für uns eine große Herausforderung, weil weder in Syrien noch in der Türkei Tscherkessisch in der Schule gelehrt wurde. Es ist ein unglaublich schönes Gefühl, wenn jeder Mensch in der eigenen Sprache zur Schule gehen kann.

Alle: Als sich im Herbst die Lage in Minbic stabilisierte und wir uns als Zivilrat von Minbic besser organisiert hatten, wurde die Verwaltung auch offiziell vom Militärrat auf den Zivilrat übertragen. Von nun an sind alle wichtigen Entscheidungen zur Region Minbic von unserem 43-köpfigen Rat getroffen worden. Der Militärrat bekam in einer der ersten Entscheidungen die Aufgabe, die Sicherheitsstruktur, genannt Asayîş, aufzubauen.

Die Wirtschaft ist von den vielen Einschränkungen der letzten Jahre befreit worden. Das war insofern wichtig, als damit die HändlerInnen von Minbic notwendige Güter aus anderen Regionen bringen konnten. Das reicht aber bei weitem nicht aus und die Handelsgüter sind teilweise teuer. Aber aus den Kantonen Kobanê und Cizîrê kommen Grundnahrungsmittel und andere elementare Güter und Hilfen für die Bedürftigen. Jetzt kosten das Brot – die große Brotfabrik wurde sofort repariert – und der Diesel in Minbic genauso viel wie in Kobanê und Cizîrê, die Wasserversorgung funktioniert wieder. Strom wird vom Tischrin-Staudamm fast den ganzen Tag lang kostenlos geliefert. Dem Handyunternehmen Syriatel wurde erlaubt, die Funkmasten zu reparieren – so konnten Menschen wieder mit ihren Verwandten in anderen Landesteilen telefonieren.

Einigen, denen Spionage für den IS vorgeworfen wird, wurde ein offener und demokratischer Prozess gemacht. Aber erst, als ein für den Zivilrat und die Öffentlichkeit transparentes Volksgericht gebildet worden war.

Die Befreiung von Minbic führte jedoch auch dazu, dass Menschen aus den vom IS und anderen antidemokratischen Kräften oder Regimen kontrollierten Gebieten als Flüchtlinge zu uns kommen. Sie sagen: »Wir haben gehört, dass es hier Freiheit gibt, das Leben besser ist und niemand verfolgt wird. Deshalb sind wir hier.« Wir nehmen sie natürlich auf, aber technisch und finanziell ist es eine große Last, zehntausende Menschen in unserer Lage zusätzlich zu versorgen. Mit der Einnahme von Al-Bab durch die türkische Armee und der südlich von Minbic gelegenen Gebiete durch die syrische Armee sind weitere Zehntausende gekommen. Jetzt gibt es immerhin ein bisschen internationale Unterstützung.

Vor kurzem hat sich der Zivilrat von Minbic in die »Legislative der Demokratischen Verwaltung von Minbic« umbenannt und umstrukturiert? Warum, und was ist jetzt anders?

Alle: Am 12. März 2017 wurde der Zivilrat in die »Legislative der Demokratischen Verwaltung von Minbic« nicht nur umbenannt, es fanden nach monatelangen Diskussionen eine Reihe von Umstrukturierungen der gesamten Verwaltung statt. Beim Zivilrat waren Legislative und Exekutive eine Struktur gewesen, jetzt wurden sie voneinander getrennt. Bei der Legislative der Demokratischen Verwaltung wurde die Zahl der VertreterInnen, die politische Entscheidungen treffen sollen, von 43 auf 134 erhöht. Von denen sind 71 AraberInnen, 43 KurdInnen, 10 TurkmenInnen, 8 TscherkessInnen und je einE



Minbic: Auf diesem Platz wurden Menschen vom IS in den Käfig (links) gesteckt und dann ermordet. Foto: Ercan Ayboga

ArmenierIn und TschetschenIn. 15 Personen bilden die Exekutive der Demokratischen Verwaltung. Insgesamt wurden 13 Komitees gegründet – Verteidigung, Frauen, Gesellschaftsangelegenheiten, Wirtschaft, Finanzen, Gesundheit, Kultur, Bildung, Kommunalverwaltungen, MärtyrerInnen, Dienstleistungen, Diplomatie, Jugend & Sport.

Xalit: Die größte Herausforderung war es, entsprechend der beschlossenen Geschlechterquote von 40 % unter den NichtkurdInnen genügend Frauen für diese Aufgabe zu gewinnen. Das lag daran, dass bei ihnen bisher sehr wenige Frauen im öffentlich-politischen Leben engagiert waren und die Frauenfrage kaum ernsthaft gestellt wurde. Mehrere Wochen haben wir darum gerungen, dass ausreichend Frauen in der Legislative vertreten sind. Nur dadurch, dass 50 % der KurdInnen in der Legislative der Demokratischen Verwaltung von Minbic Frauen wurden, konnten wir die Quote einhalten.

Alle: Angesichts des Krieges, der Vertreibungen und Massaker in Syrien, wozu Religion oder Ethnizität instrumentalisiert wurden, ist es wichtig, dass alle ethnischen Gruppen von Minbic ausreichend vertreten sind; religiös gesehen sind ja alle sunnitisch. Dabei haben wir uns erfolgreich bemüht, dass sich auch verschiedene Berufsgruppen wiederfinden. Jugendliche, Studierende, Intellektuelle, KünstlerInnen sind auch unter den 134 Delegierten.

Wie müssen wir die Entwicklungen in Minbic für Syrien politisch denn überhaupt verstehen? Wie sollte aus Ihrer Sicht das neue System eingeordnet werden?

Alle: Diese neuen Strukturen in Minbic sind auf der Basis der Idee der »Demokratischen Nation« entwickelt worden. Demnach wird der Nationalstaat abgelehnt und stattdessen sollen sich in ihr alle Individuen und insbesondere Gruppen wiederfinden können. Keine Identität soll über andere herrschen. In der Praxis heißt es u. a., dass alle gesprochenen Sprachen und die freie Ausübung der diversen Kulturen gleichgestellt sind. Die Frauenbefreiung ist ein zentrales Element und durchzieht alle politischen und gesellschaftlichen Strukturen; so führen wir sukzessiv überall das System des Ko-Vorsitzes durch Frau und Mann und eine Geschlechterquote ein. Das Leben soll ferner ökologisch und kommunal organisiert werden: Der privatwirtschaftliche Gewinn darf nicht über den Interessen der Gesellschaft stehen und breite Solidarität untereinander ist wichtig. Dieses Konzept wird seit 2012 in den drei Kantonen Afrîn, Kobanê und Cizîrê mit Erfolg umgesetzt, nur mit dem Unterschied, dass hier jetzt hauptsächlich NichtkurdInnen leben. Und genau das ist das Besondere an Minbic.

Bozgeyik: Was wir alles von den KurdInnen in letzter Zeit hören, ist für uns so ganz neu und aufregend. Das besonders Schöne dabei ist, dass wir gemeinsam und in guter Zusammen-

arbeit das Neue aufbauen. Noch wichtiger als die Theorie ist die Praxis entscheidend, denn darauf schaut die breite Bevölkerung. Hoffentlich schaffen wir es in Minbic, ein Modell für ganz Syrien aufzubauen. Das ist angesichts des großen Leides sehr wichtig. Wir sind uns bewusst, dass wir eine historische und verantwortungsvolle Aufgabe haben. Deshalb arbeiten wir viel und diskutieren und bilden uns ständig in selbst gegründeten Akademien fort.

Was bedeutet in diesem Sinne die Person Abdullah Öcalan, welcher der Ideengeber für das Konzept der Demokratischen Nation ist? Welche Rolle spielt er in Minbic?

Tarik: Abdullah Öcalan hat tiefgehende Gedanken zur Sprache gebracht, die das Zusammenleben der Kulturen in das Zentrum des Lebens rücken. Die Völker kommen sich im Herzen näher. Heute ist Öcalan nicht nur ein politischer Anführer der KurdInnen, er hat sich eine ganz besondere Rolle für die TscherkessInnen und alle anderen in unserer Region erarbeitet. Das sehen wir auch daran, dass die Frauen in der Gesellschaft aktiv werden.

Was denken Sie über die Rolle der türkischen Regierung im Syrienkrieg? Seit Wochen greift die türkische Armee Dörfer im westlichen Minbic an.

Alle: Wir haben gute Beziehungen zur Bevölkerung der Türkei. Viele von uns lebten in der Türkei als Flüchtlinge bzw. ein kleiner Teil der Menschen aus Minbic sind dort noch Flüchtlinge. Allerdings hat uns die türkische Regierung jahrelang Unrecht getan, indem sie den IS unterstützte. Der IS ist der gemeinsame Feind aller Menschen, auf den wir uns konzentrieren sollten. Die jetzigen mit Unterstützung der türkischen Armee durchgeführten Angriffe der bewaffneten Gruppen auf die vom IS befreiten Dörfer sind inakzeptabel. Wir laden die türkische Regierung ein, nach Minbic zu kommen und selbst Zeuge zu werden, was wir hier aufbauen. Alle Bevölkerungsteile machen mit, wir haben den gesellschaftlichen Frieden und Konsens hergestellt.

Immer wieder ist zu lesen, dass die YPG/YPJ bzw. QSD ethnische Säuberungen unter NichtkurdInnen, insbesondere AraberInnen, in Nordsyrien durchgeführt haben sollen. Ist so etwas in Minbic passiert?

Maschin: Das kann ich ganz klar mit Nein beantworten. Das werden Ihnen alle Menschen draußen auf den Straßen von Minbic auch bestätigen. Wenn so etwas passiert gewesen wäre, hätten weder ich noch die Mehrheit der AraberInnen die neuen politischen Strukturen mit den KurdInnen und den anderen mit aufgebaut. Die befreiten Dörfer wurden in der Regel mehrere Tage lang auf Minen untersucht, dann durften alle BewohnerInnen zurück. Das galt auch für kurdische Dörfer. Wer sowas behauptet, kennt die Realitäten nicht oder hat nichts Gutes im Sinne. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall, die KurdInnen haben trotz der jahrzehntelangen Unterdrückung nicht mit Nationalismus geantwortet und die Geschwisterlichkeit der Völker in Syrien tatsächlich vorangebracht. In Minbic ist das besonders zu sehen. Letzten Monat gab es hier eine Demonstration zum internationalen Komplott gegen Abdullah Öcalan vor 18 Jahren, an der wir und viele Tausende teilgenommen haben. AraberInnen, KurdInnen, TurkmenInnen und TscherkessInnen sind gemeinsam gelaufen. ♦



Minbic: Blick auf die Innenstadt und den Hauptplatz, links das Gebäude, wo gefoltert wurde. Foto: Ercan Ayboga

Ein eigenständiges Dorf von, für und mit Frauen

Jinwar – ein Ort der Frauen

Andrea Benario, April 2017

Inmitten des Krieges in Syrien bauen sich Frauen in Rojava ein neues Leben auf. Die beim Aufbau der demokratischen Autonomie, bei der Basisorganisierung in Frauenkommunen, Frauenkooperativen und Frauenräten gewonnenen Erfahrungen haben ihnen Mut und Selbstvertrauen gegeben, neue Schritte zu wagen. So entstand die Idee, das Frauendorf Jinwar zu gründen. Jinwar, was auf Kurdisch »Ort der Frauen« heißt, soll ein Dorf werden, in dem Frauen, die durch Krieg und Gewalt Leid erfahren haben, genauso wie Frauen, die keine klassische Familie gründen wollen, sondern sich vielmehr nach einem kollektiven Leben mit anderen Frauen sehnen, gemeinsam und selbstbestimmt leben können. Frauen aus verschiedenen Städten und Dörfern Rojavas sind in dieses Projekt involviert. Mit dem Aufbau von Jinwar verbinden sie den Aufbau einer neuen Lebenskultur, die zugleich an traditionelle ökologische Produktions- und Lebensformen in der Region des Fruchtbaren Halbmondes anknüpft. Sicher ist jetzt schon, dass die Wirkung von Jinwar nicht auf ein Dorf beschränkt bleiben wird, sondern auch Frauen an anderen Orten inspirieren, stärken und neue Lebensperspektiven aufzeigen wird.

In einem Interview berichten mir Cîhan und Emîne vom Dorfaufbaukomitee »Jinwar« mit Stolz und Zuversicht von ihrem Vorhaben.

Cîhan arbeitet zugleich im Vorstand der Einrichtung für Angehörige von Gefallenen mit. Sie hat acht Kinder. Ihr Sohn Mazlum ist 2014 in Mabruka gefallen, als die vom IS besetzten Gebiete zwischen den Kantonen Kobanê und Cizîrê befreit wurden. Fünf weitere Kinder und ihr Ehemann sind bei der Guerilla und bei den Volksverteidigungseinheiten YPG bzw. bei den Frauenverteidigungseinheiten YPJ. Sie lebt mit ihrer jüngsten Tochter zusammen.

Emîne arbeitet im Stadtrat von Dirbêsiyê und hat auch Angehörige im Krieg verloren. Seit dem Beginn der Revolution in Rojava ist sie aktiv beim Frauenkongress Kongra Star und repräsentiert ihn im Dorfaufbaukomitee. Sie ist nicht verheiratet. Sie sagt, dass sie sich für die Frauenarbeit entschieden habe, weil sie selbst eine Frau sei und sich anderen Frauen verbunden fühle: »Als Frauen können wir den Schmerz anderer Frauen besser begreifen.«

Welche Probleme erleben Frauen in der Gesellschaft in Rojava?

Emîne: Frauen erleben viele Probleme und viele Schmerzen. Frauen werden in unserer Gesellschaft immer noch nicht vollständig akzeptiert. Durch die Frauenarbeit wollen wir das ändern und Frauen die Last etwas erleichtern.

Wie kam es dazu, dass Ihr Euch am Jinwar-Aufbaukomitee beteiligt habt?

Emîne: Seit circa zwei Jahren haben wir über ein solches Projekt diskutiert. Wir wollten hier in Rojava etwas für Frauen auf die Beine stellen. Aber zunächst waren die Bedingungen dafür sehr schwierig, denn der Krieg ließ nicht zu, dass wir hier mit einem solchen Vorhaben beginnen. Als Anfang dieses Jahres einige Frauen ernsthaft die Initiative in die Hand nahmen, haben wir uns gefreut. Denn als Frauen wissen wir, was Frauen alles durchmachen müssen. Besonders freue ich mich darüber, dass wir unser Dorf jetzt hier in Rojava aufbauen.

Cîhan: Als das Jinwar-Aufbaukomitee gegründet wurde, wollte ich mich im Namen der Angehörigen von Gefallenen daran beteiligen. Ich habe mich darüber gefreut, weil dies eine Arbeit von Frauen für Frauen ist. Was in meiner Kraft steht, werde ich tun, um zum erfolgreichen Aufbau beizutragen. Seit tausenden von Jahren werden Frauen unterdrückt. Aber die Zukunft gehört ihnen. Die männliche Mentalität hat sich alles einverleibt, was Frauen erschaffen haben. Dabei waren es Frauen, die am Anfang die Welt und die Gesellschaft aufgebaut haben. Frauen haben Weizen gefunden und angebaut. Frauen haben alles gemacht: Gärten angelegt, das Leben organisiert, Kinder bekommen und aufgezogen … Dann wurden

Frauen all dessen, was sie in der Geschichte erschaffen haben, beraubt und unterdrückt. Mit der Revolution in Rojava und der Wertschätzung, die der Vorsitzende Apo ihnen gezeigt hat, haben Frauen großen Mut bekommen, sich ihr Leben zurückzuerobern. Viele Männer wollen das immer noch nicht akzeptieren. Sie beschweren sich: »Alles ist immer nur für Frauen. Früher gehörte alles den Männern, jetzt sind Frauen zu allem geworden und nehmen sich alles!« Nein, das stimmt so nicht. Wir wollen diese Welt gemeinsam gestalten. Wir wollen die Männer nicht unterdrücken. Aber Männer sollen auch die Frauen nicht mehr unterdrücken. Es soll ein gleichberechtigtes Leben geben. Deshalb ist Jinwar für uns sehr wichtig. Wer hätte sich erträumen können, dass eines Tages ein Frauendorf aufgebaut wird? Darüber freuen wir uns und wir rufen alle Frauen der Welt auf: Egal wo Ihr lebt, freut Euch gemeinsam mit uns!

Jinwar bedeutet »Ort der Frauen«. Wie stellt Ihr Euch das Leben am Ort der Frauen vor? Was für ein Leben wollt Ihr dort aufbauen?

Cîhan: Wir fangen erst neu damit an, aber wir wollen ein natürliches, freies, schönes Leben aufbauen. In den Familien gibt es immer Streit zwischen Männern und Frauen. Es herrscht Unzufriedenheit. Wir wollen ein Leben mit Verständnis füreinander. Das ist unsere Vision. Aber wir fangen erst neu an, deshalb wissen wir noch nicht, wie es in der Realität aussehen wird. Häufig stimmen Phantasie und Wirklichkeit nicht überein. Das Ziel des Dorfes ist, dass alle Dorfbewohnerinnen dort gemeinsam leben und arbeiten können. Wir können dort unsere eigenen Gärten und Bäume anpflanzen. Frauen, die Kinder haben, können dort gemeinsam mit ihren Kindern leben. Das Ziel ist, dass sich Frauen dort ohne Schwierigkeiten ausdrücken und ihr eigenes Leben verwirklichen können.

Emîne: Wir wollen ein kollektives und natürliches Leben, d. h. ein ökologisches Leben aufbauen. Soweit möglich, wollen wir uns mit unserer Arbeit selbst versorgen. Wir wollen gemeinsam unserem Bedürfnis entsprechend hier die nötigen Lebensmittel erzeugen, gemeinsam ernten und essen.

Am 25. November 2016 hat sich das Dorfkomitee offiziell gegründet und Ihr habt an der Stelle, wo Jinwar entstehen wird, die ersten Bäume gepflanzt. Zum 8. März hat die Grundsteinlegung stattgefunden. Wie sieht der gegenwärtige Stand der Arbeiten aus?

Emîne: Wir haben nun die Infrastruktur für das Dorf vorbereitet: Der Boden wurde geebnet und ein Zufahrtsweg wurde gebaut. Die Strom- und Wasserversorgung wurde gesichert. Es gab einen alten Brunnen, der wieder instand gesetzt wurde. Aber da es dieses Jahr viel geregnet hat und die Regenzeit noch nicht vorbei ist, konnten wir mit dem Häuserbau noch nicht beginnen. Wir haben jetzt alle Vorbereitungen dafür getroffen, dass wir beginnen können, sobald die Wetterbedingungen geeignet sind. Das heißt, es wurden die notwendigen Materialien beschafft und die Menschen organisiert, die am Bau mitwirken werden.

Für die verschiedenen Arbeitsbereiche haben wir Arbeitsgruppen und ein Komitee zusammengestellt. Wir sind fünf Frauen, die die gesamten Arbeiten koordinieren. Es gibt Frauen, die für die Finanzen zuständig sind, andere organisieren die Bauarbeiten. Zugleich müssen wir uns um die Verpflegung der BauarbeiterInnen kümmern. Andere Frauen legen die Gärten an, wieder andere machen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zugleich haben wir ein breites unterstützendes Umfeld von Frauen aus verschiedenen Arbeitsbereichen der Frauenbewegung und von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die mitwirken. Es gibt sehr viele Arbeiten, die gleichzeitig stattfinden und koordiniert werden müssen.

Ihr baut ein Dorf aus Erde, in Lehmbauweise. Warum habt Ihr Euch dafür entschieden?

Grundsteinlegung für Jinwar am 8. März. Foto: Ercan Ayboga

Cîhan: Unser Dorf aus Erde wird sehr schön werden. Es ist natürlich und gesund. Auch unsere Vorfahren haben hier in Lehmbaudörfern gelebt. Auch wenn es mehr Arbeit bedeutet, sind Häuser aus Lehm schöner als aus Beton. Lehm isoliert im Winter gegen Kälte und im Sommer gegen Wärme. Frauen verstehen was von dieser Arbeit. Wir haben früher auch Lehmziegel gemacht, mit Lehm gebaut und verputzt. Arbeiten, die Frauen in die Hand nehmen, sind erfolgreich. Wir machen unsere Arbeit sorgfältig und schön. Jinwar soll unser Paradies werden.

Mit dem Dorf plant Ihr auch die Versorgung und die Landwirtschaft. Was wollt Ihr anbauen?

Emîne: Insgesamt haben wir für das Dorf und die Landwirtschaft zwanzig Hektar Fläche zur Verfügung. Dreieinhalb Hektar Obst- und Olivenbäume haben wir angepflanzt. Des Weiteren haben wir Roggen gesät. Als nächstes wollen wir noch Weintrauben anpflanzen. Ansonsten können hier Linsen, Bohnen, Kichererbsen, Kümmel, Weizen, Kohl, verschiedene Gemüse- und Kräutersorten angebaut werden. Der Boden und das Klima sind traditionell sehr ergiebig. Wenn die Bauarbeiten des Dorfes fertig sind, werden wir den landwirtschaftlichen Anbau erweitern.

Wie viele Frauen werden in dem Dorf leben? Wie viele Häuser werdet Ihr bauen? Wird es außer Wohnhäusern noch andere Gemeinschaftseinrichtungen geben?

Emîne: Insgesamt haben wir Platz für fünfzig Wohnhäuser vorgesehen. In diesem Jahr wollen wir bis Ende Herbst dreißig Häuser, eine Schule, eine Jineolojî-Akademie, ein Haus für das Gesundheitskomitee und Depots für die Landwirtschaft fertigstellen. Einen Garten mit Heilkräutern werden wir anlegen. Die Gesundheitsversorgung soll vorrangig auf traditioneller »kurdischer Medizin« (d. h. Naturheilkunde) basieren. Frauen, die von Kräutern und traditionellen Heilmethoden etwas verstehen, beteiligen sich auch am Aufbau von Jinwar.

Wenn eine Frau kommen und in Jinwar leben möchte, kann sie dann einfach zu Euch kommen? Können Frauen hier ihre eigenen kulturellen oder landwirtschaftlichen Projekte verwirklichen?

Cîhan: Ja, natürlich. Bislang haben wir schwerpunktmäßig Frauen angesprochen, die durch den Krieg ihre Ehemänner verloren haben. Sie haben am meisten das Bedürfnis nach einem kollektiven Leben mit anderen Frauen. Jede kann hier ihren eigenen Möglichkeiten entsprechend etwas tun: Manche wollen in der Landwirtschaft arbeiten, andere wollen Gartenbau oder Viehzucht betreiben. Traditionell werden in den Dörfern hier Schafe, Ziegen, Kühe, Hühner, Truthähne, Gänse für den Eigenbedarf gehalten und in kleinem Umfang wird auch Handel damit betrieben. Jede Frau, die hier leben möchte und etwas tun will, kann sich an das Aufbaukomitee wenden. Wir werden dann gemeinsam diskutieren, ob unsere Pläne und Vorstellungen zusammenpassen. Überall in Rojava können Frauen über ihre Kommunen, über Kongra Star und die verschiedenen gesellschaftlichen Basisorganisationen und Räte mit uns Kontakt aufnehmen.

In Rojava ist das Leben insgesamt über Kommunen und Volks- bzw. Frauenräte organisiert. Wird sich Jinwar auch als Frauenkommune organisieren?

Emîne: Ja, natürlich. So wie es in allen Dörfern und Städten Kommunen und Räte gibt, werden wir uns als Frauenkommune auch im Rahmen der Strukturen der Demokratischen Autonomie organisieren.

Wie werden die Regeln des Zusammenlebens in Jinwar aussehen? Welche Regeln und Wertvorstellungen gibt es? Wer beschließt darüber? Wie sollen Probleme im Alltag gelöst werden? Als Beispiel: Wenn eine Frau ihren Müll einfach in die Gegend wirft und die anderen sich darüber ärgern. Wie wird dann damit umgegangen?

Cîhan: Solche Probleme werden wir selbst lösen. Dafür gibt es unsere Kommuneversammlungen. Heute sind es schon überall die Frauen, die Probleme und Konflikte des gesellschaftlichen Zusammenlebens lösen. Frauen haben sowohl in der Geschichte als auch in der heutigen gesellschaftlichen Realität bewiesen, dass sie sich selbst verwalten können. Arbeiten und Aufgaben, die früher nur Männer gemacht haben, erledigen heute ganz selbstverständlich auch Frauen. Frauen haben gelernt zu kämpfen, Auto zu fahren und ihr Leben selbst zu lenken. Frauen können ihre Häuser und ihr Leben selbst aufbauen. Frauen können Kinder auf die Welt bringen und erziehen. Es gibt nichts, was Frauen nicht können. Deswegen können Frauen auch ihre Probleme selbst lösen. Eine Frau wird niemals ihren Müll in den Garten einer anderen Frau werfen! Diese Mentalität ist uns fremd. Frauen verstehen einander und Frauen achten auf die Sauberkeit in ihrer Umgebung.

Wie werdet Ihr Euren Schutz und Eure Verteidigung gewährleisten? Jinwar stellt eine Alternative zu patriarchalen Lebensformen dar. Es kann Männer geben, die das nicht akzeptieren. Zugleich gibt

es die Realität des Krieges in Syrien und Rojava. Wie könnt Ihr Euch vor eventuellen Angriffen durch den IS oder das Regime schützen?

Emîne: Die Sicherheit ist ein grundlegender Bestandteil unserer Organisierung in den Kommunen und Räten. In einem Frauendorf werden Frauen für ihre eigene Sicherheit sorgen. Wir werden unser eigenes ziviles Selbstverteidigungs- und Sicherheitskomitee zusammenstellen.

Wie sind die Reaktionen und die Erwartungen von Frauen, mit denen Ihr über den Aufbau von Jinwar redet? Was sagen Eure Bekannten und Nachbarn dazu?

Emîne: Hier gibt es viele Menschen, die sich nicht so einfach von etwas Neuem überzeugen lassen, solange sie es nicht mit eigenen Augen gesehen haben. Viele meinen skeptisch, dass es unrealistisch und eine Illusion sei, ein Frauendorf aufzubauen. Einige sagen: »Was ist das für ein Dorf, das Ihr da aufbauen wollt? Ihr werdet unsere Beziehungen zu Männern kaputtmachen, es wird Streit mit den Männern geben. Jede Frau, die Ärger mit ihrem Ehemann hat, wird das Haus verlassen und dort hinziehen.« Wir sagen, dass es uns darum geht, dass Frauen auf eigenen Beinen stehen, sich aus Abhängigkeiten lösen und für sich selbst sorgen können. Es gibt zum Beispiel junge Frauen, die mit ihrer Familie nicht zurechtkommen, dort nicht mehr leben und auch nicht heiraten möchten. *[Es wird gesellschaftlich bislang kaum akzeptiert, dass junge Frauen von zuhause ausziehen und allein leben.]* Sie möchten selbst für sich sorgen und eine Arbeit machen. Auch für diese Frauen wollen wir Alternativen schaffen. Aber es wird etwas Zeit brauchen, bis die Gesellschaft allgemein ein solches Projekt verstehen und akzeptieren wird. Aber wenn Jinwar steht, wenn sie es mit eigenen Augen sehen, dann werden alle hierherziehen wollen.

Was sagen Männer dazu?

Cîhan: Es ist nicht verwunderlich, dass Männer und die männliche Mentalität sich gegen unser Vorhaben stellen. Sie sagen: »Diese Apocî haben Frauen zu Göttinnen gemacht, die jetzt über uns bestimmen können!« Aber sie können nicht mehr verhindern, dass wir unsere Pläne umsetzen. Die Perspektiven von Serok haben uns viele neue Möglichkeiten eröffnet. Frauen akzeptieren die Männerherrschaft nicht mehr. Frauen spielen jetzt überall eine Führungsrolle und nutzen diese Möglichkeiten. Es ist uns egal, was die Männer dazu sagen, da wir uns unserer Stärke bewusst sind, können sie uns nicht mehr aufhalten.

Vielleicht wird es nicht allen Frauen möglich sein, nach Jinwar zu ziehen, aber ich bin mir sicher, dass die Wirkung von Jinwar weit über das Dorf hinausgehen und Frauen an anderen Orten auch Mut machen wird. Eine wichtige Erfahrung beim Aufbau der ersten Fraueneinrichtungen vor circa fünfzehn Jahren war, dass Frauen an Selbstbewusstsein hinzugewonnen haben. Denn fortan wussten sie, dass es einen Ort gibt, der ihnen gehört, wo sie immer willkommen sind. Dieser Fakt hat auch das Verhalten der Männer beeinflusst, denn Männer waren fortan auch gezwungen, ihr Verhalten gegenüber Frauen zu reflektieren. Denn Frauen vermittelten, dass sie Alternativen haben und nicht mehr gezwungen sind, sich alles gefallen zu lassen.

Was denkt Ihr für Euer eigenes Leben? Wie sieht der Zeitplan aus? Wann werden die ersten Frauen in Jinwar einziehen?

Eigentlich hatten wir den Baubeginn für den 10. März geplant. Aber dieses Jahr hat es sehr spät geregnet, deshalb gibt es einige Verzögerungen im Ablauf. Bis zum Herbst, d. h. innerhalb von sechs Monaten, wollen wir die ersten dreißig Häuser, die Schule, Akademie und Krankenstation fertigstellen.

Welche Botschaft und welchen Aufruf habt Ihr an Frauen außerhalb von Rojava? Wie können Frauen aus anderen Ländern ihre Solidarität mit Jinwar zeigen?

Emîne: Unsere Tür ist für alle Frauen offen. Alle Frauen können Jinwar ideell und materiell unterstützen. Wir erklären uns mit Frauen in allen Teilen der Welt solidarisch und genauso freuen wir uns über die Solidarität und Mitarbeit von anderen Frauen.

Cîhan: Alle Frauen können unsere Stimme weiter in die Welt tragen und sich mit uns vereinen. Jede Frau, die mit einem Stein oder Lehmziegel zum Aufbau von Jinwar beitragen möchte, ist herzlich eingeladen.

***

Ein weiteres Gespräch führte ich mit Awaz, die sich entschlossen hat, mit ihren drei Kindern nach Jinwar zu ziehen. Sie ist dreißig Jahre alt und hat eine zwölfjährige Tochter Viyan, den zehnjährigen Sohn Heval und den siebenjährigen Sohn Reber. Sie leben in der Nähe von Tirbesipiyê, in einem kleinen Dorf mit dreißig Häusern. Sie hat bis zur sechsten Klasse die Schule besucht. Der Unterricht war damals auf Arabisch. In jungem Alter wurde sie verheiratet. Gemeinsam mit ihrem Ehemann arbeitet sie hart in der Landwirtschaft, um ihre Familie zu er-

nähren. Da es jedoch keine ausreichende Arbeit gab, gingen sie nach Aleppo und Hama. Vor sechs Jahren kamen sie mit Beginn der Revolution in Rojava zurück in ihr Heimatdorf. Ihr Ehemann schloss sich den YPG an und wechselte nach drei Jahren zu den Asayîş. Vor einem Jahr, am 3. April 2016, verlor er bei einem Bombenanschlag auf die Asayîş-Einrichtung in Qamişlo sein Leben.

Wie war es für Dich, als sich Dein Ehemann entschied, zu den YPG zu gehen?

Das war für uns nichts Unerwartetes. Denn ich wusste, dass Avdulxani seit dem Alter von zwölf Jahren mit den Hevals zusammengearbeitet hat. Damals musste er aufgrund der Unterdrückung durch das Regime diese Arbeit im Geheimen machen. Das war kein Problem für mich, weil ich wusste, dass er da mit dem Herzen bei der Sache war. Er hat sowohl politische Arbeiten gemacht als auch für den Unterhalt der Familie gearbeitet und sich zuhause um seine Kinder gekümmert.

Standest Du auch mit FreundInnen aus der Bewegung in Kontakt?

Ja. Sehr viele FreundInnen, darunter auch viele, die im Freiheitskampf gefallen sind, waren bei uns zu Gast, sie haben häufig bei uns übernachtet. Ich kenne die Gedanken und Ziele der Freiheitsbewegung. Da Avdulxani von klein auf unter den Hevals aufgewachsen ist, hat er auch mir viel davon erzählt, und ich habe mich auch für den Freiheitskampf interessiert.

Welche Veränderungen hat der Tod von Avdulxani in Deinem Leben ausgelöst?

Es gab sehr große Veränderungen für mich. Denn davor haben wir gemeinsam mit unseren Kindern gelebt. Nachdem ich dann mit meinen Kindern allein war, war das sehr schwer für mich. Ich bin stolz auf das, was er getan hat, wofür er gekämpft hat. Aber als Partnerin hat mir sein Tod das Herz gebrochen. Er war ein Mensch mit einem großen Herzen.

Wie haben Deine Kinder die Nachricht vom Tod ihres Vaters verkraftet?

Zuerst wussten sie nicht, dass ihr Vater bei dem Bombenanschlag sein Leben verloren hatte. Als ich die Nachricht erhielt, bin ich zusammengebrochen und ins Krankenhaus gebracht worden. Deshalb dachten meine Kinder, dass unsere Verwandten und Bekannten um mich weinten. Mein kleiner Sohn sagte zu seinem großen Bruder: »Unser Vater wird bald aus Şengal kommen.« Sie dachten, er sei noch dort. Als ich sie nach zwei Tagen zur Beerdigung mitnahm, sahen sie auf dem Sarg das Foto ihres Vaters. Da verstanden sie erst, was passiert war. Sie begriffen, dass ich aufgrund des Todes ihres Vaters krank geworden war und dass sich ihr Vater im Sarg befand. Bis die FreundInnen den Sarg ins Grab gelegt hatten, wichen meine drei Kinder nicht von seiner Seite. Mein Sohn sagte: »Mama, die sollen keine Steine und keine Erde auf meinen Vater legen!« *[Awaz weint]* (...) Nach dem Tod von Avdulxani sind meine Kinder meine Zukunft geworden. Mein ganzes Leben widme ich ihnen und ihrer Bildung. Es ist meine Sehnsucht, dass meine Kinder eine gute Ausbildung bekommen. Das war auch der Wunsch ihres Vaters. Sie gehen bei uns im Dorf in die Schule. Sie lernen auf Kurdisch. Ich selbst kann nicht gut Kurdisch lesen und schreiben. Jetzt lerne ich mit meinen Kindern selbst das kurdische Alphabet und sitze mit ihnen über den Schulbüchern.

Wie hast Du davon erfahren, dass ein Frauendorf aufgebaut wird?

Eine Freundin kam zu mir und erzählte mir, dass ein Frauendorf aufgebaut wird, wo insbesondere Frauen und Kinder willkommen sind, die durch den Krieg Angehörige verloren haben. Sie hat mich gefragt, ob ich mit meinen Kindern dorthin ziehen möchte. Darüber haben ich und meine Kinder uns sehr gefreut. Ich habe überlegt, was bedeutet der Name Jinwar? Es bedeutet, dass es einen Ort für Frauen und Kinder gibt, der auf dem Erbe der gefallenen FreiheitskämpferInnen aufgebaut wird. Ich habe darüber nachgedacht, was es bedeutet, in ein solches Dorf zu ziehen; vielleicht wird es uns als Frauen die Möglichkeit geben, zu uns selbst zu finden. Es bedeutet, dass ich als alleinerziehende Frau mit meinen Kindern ein neues Leben beginnen kann. Bislang habe ich noch nicht gehört, dass es ein solches Dorf irgendwo anders gibt. Wir leben immer noch unter den Bedingungen der Revolution. Jeden Tag sterben Menschen, die diese Revolution und die Gesellschaft gegen Angriffe verteidigen. Wir verwirklichen hier Dinge, die es bislang noch nirgendwo anders gegeben hat. Als Frauen werden wir unser Leben von Neuem aufbauen und beweisen, dass wir selbstbestimmt leben und uns versorgen können. Ich weiß, es wird nicht einfach werden. Aber wenn meine Kinder erleben, dass wir eigenständig leben können, dann werden sie das in Zukunft auch können. Denn ich weiß, wenn ich mir keine Ziele setze und mich in der Trauer verliere, dann werden auch meine Kinder darunter leiden. Ich möchte, dass sie sich weiterbilden, eigenverantwortlich und selbstbewusst über ihr Leben entscheiden können.

Was haben Deine Kinder dazu gesagt, als sie von Jinwar hörten?

Sie haben sich sehr gefreut. Sie sagten: »Mama, wir werden in unser eigenes Dorf ziehen und gemeinsam mit anderen Kindern, die genauso wie wir ihre Väter im Krieg verloren haben, spielen und zur Schule gehen können.« Jeden Tag fragt mich mein Sohn ganz aufgeregt: »Wann ist es endlich so weit? Wann ziehen wir in unser Dorf?«

Was haben Deine Verwandten dazu gesagt, als Du ihnen Deinen Entschluss mitgeteilt hast?

Ich lebe im selben Dorf wie meine Eltern, Schwiegereltern und Geschwister. Sie haben mich und meine Kinder nach dem Tod von Avdulxani nicht alleingelassen und viel unterstützt. Wir werden weiterhin in Kontakt sein und einander besuchen.

Hast Du Kontakt zu anderen Frauen, die auch ihre Ehemänner durch den Krieg verloren haben?

Bei uns im Dorf bin ich die Einzige. Eine andere Frau kannte ich, bis mich eines Tages Freundinnen zu einer Versammlung eingeladen haben, die vom Verband der Angehörigen von Gefallenen organisiert worden war. Es waren nur Frauen dort, deren Partner gefallen sind. Ich kannte zunächst keine von ihnen und war ganz erstaunt, wie viele wir sind. Bis dahin hatte ich geglaubt, ich sei die Einzige. Ich hoffe, dass wir uns durch Jinwar noch näher kommen werden und gemeinsam unsere Probleme lösen und uns gegenseitig unterstützen können. Denn wir kennen unseren eigenen Schmerz genauso wie den der anderen Frauen. Wir können unseren Schmerz teilen und einander Kraft geben.

Das Dorf soll aus Lehmhäusern gebaut werden, schwerpunktmäßig mit Baumaterialien, die dort in der Gegend vorhanden sind. Denn einerseits ist es durch das Embargo schwer, an andere Materialien heranzukommen, andererseits können so auch die Kosten gering gehalten werden. Außerdem sind Landwirtschaft und Gartenbau geplant. Wie findest Du das?

Die Freundinnen vom Dorfaufbaukomitee haben uns mitgeteilt, dass die Häuser aus Lehmziegeln gemacht werden sollen. Das ist etwas ganz Normales für mich: Ich bin in einem Lehmhaus geboren und lebe immer noch in einem Lehmhaus. Auch meine Kinder werden in einem Haus aus Erde aufwachsen. Wir suchen nicht nach materiellen Dingen, sondern nach ideellen Werten und einem gemeinschaftlichen, solidarischen Leben.

Ist es auch ein Ausdruck der Verbundenheit mit der Erde und dem Leben hier? Viele Menschen, die jetzt in Betonhäusern leben oder ins Ausland gegangen sind, berichten davon, dass sie etwas von ihren Wurzeln und ihrer Natürlichkeit verloren haben ...

Wenn wir fest entschlossen sind, sagen wir auf Kurdisch: »Solange ich Wasser in den Augen habe ...« Ich sage, solange ich Wasser in meinen Augen habe, werde ich meine Erde hier nicht verlassen. Unser Leben und unser Land haben wir mit so vielen Opfern befreit. Jetzt werden wir als Frauen einen eigenen Ort haben, von dem uns niemand mehr vertreiben kann.

Was sind Deine Ziele, die Du in Jinwar verwirklichen möchtest?

Wenn die Leute mich fragen, was willst Du machen, wenn Deine Kinder groß sind, dann sage ich immer, dann werde ich bei der Asayîşa Jin *[Frauensicherheitskräfte]* arbeiten. Das ist ein Wunsch, den ich in meinem Herzen trage. Wenn ich in Jinwar lebe und das Leben dort kennengelernt habe, dann werde ich weitere Pläne und Schritte voran machen. Ich weiß, dass mich die Freundinnen unterstützen werden, und genauso werde ich meine Freundinnen unterstützen. Aber sobald ein Frauensicherheitskomitee im Dorf gebildet wird, werde ich mich als Erstes dort einschreiben.

Wir werden als Frauen unsere eigene Kommune aufbauen. Ich weiß, was das bedeutet. Das haben wir auch jetzt schon in unserem Dorf gemacht. Ich habe mich nicht blind für etwas entschieden. Es war eine bewusste Entscheidung. Ich weiß, dass auch Schwierigkeiten auf uns zukommen werden, die wir gemeinsam lösen müssen. Wir werden diese Verantwortung gemeinsam schultern. Indem wir uns neuen Herausforderungen stellen, werden wir gemeinsam neue, schöne Seiten des Lebens kennenlernen. ♦

***

Kontakt und weitere Infos zu Jinwar über das Dorfaufbaukomitee: womensvillage.jinwar@gmail.com, Siham Muhammed.

Spenden sind erwünscht unter:
Kurdistan Hilfe e.V.,
IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC: HASPDEHHXXX
Stichwort: WJAR-Frauendorf

Jineolojî-Akademie: Bildung und Forschung zur Erweiterung des Freiheitsbegriffs

Wissenschaft des Lebens – Jineolojî

Zozan Sima, Mitglied des Jineolojî-Komitees

Die Frau versucht die als Wissenschaft des Lebens beschriebene »Jineolojî« auf eine theoretische und organisatorische Basis zu stellen. Obgleich die ersten Schritte und Diskussionen in den Bergen Kurdistans stattfanden, stießen sie in kurzer Zeit auf breite Resonanz. In den Gegenden, wo die Freiheitsbewegung Kurdistans einflussreich ist, haben in erster Linie Frauen und mit ihnen zusammen auch Männer angefangen Jineolojî zu begreifen und Fragen bezüglich der Beziehung zwischen Frau und Mann und der Freiheit der Frau durch dieses Konzept zu erläutern. Frauen und Männer aus dem Mittleren Osten und Lateinamerika, an die die Jineolojî herangetragen wurde, haben das Konzept mit einer ähnlichen Euphorie begrüßt. Das wachsende Interesse an der Jineolojî hängt zum einen mit der Methodik zusammen, die die Beziehung zwischen Frau und Mann und deren Probleme aus einer gesellschaftlich-historischen Perspektive betrachtet, Analysen basierend auf der Transformation des Mannes anstellt, und auch mit der systemgegnerischen, revolutionären Perspektive des Widerstands. Zum anderen ist sicherlich ein weiterer ausschlaggebender Faktor die aktuelle Krise im Mittleren Osten und der Charakter der Revolution in Rojava. Es ist eine Revolution, die sich aus einer staatenlosen, ökologischen und frauenbefreienden Perspektive heraus entwickelt hat. Zudem hat sie die Befürchtungen, dass das Zeitalter der Ideologien und Utopien vorbei sei, zunichtegemacht.

Insbesondere hat die Rojava-Revolution das orientalistische Bild der rettungsbedürftigen Frau aus dem Mittleren Osten zerstört. In Rojava haben die Frauen, die sich selbst verteidigen, eine Armee aufgebaut. Sie haben in sämtlichen politischen Entscheidungsgremien gleiche repräsentative Rechte und das Prinzip des gemeinsamen Vorsitzes manifestiert. In der konföderalen Struktur, welche die staatenlose Organisierung der Gesellschaft darstellt, haben sie ihre eigenen konföderalen Organisierungen geschaffen. Es grenzte in der öffentlichen Wahrnehmung an ein Wunder, dass sich diese Entwicklungen in einer Kriegssituation ereigneten, in der der sogenannte Islamische Staat (IS) mit seinen Grausamkeiten alles in Schutt und Asche legte und Frauen zu Sklaven und Odalisken gemacht wurden. Allerdings wissen diejenigen, die sich mit dem Hintergrund dieser Entwicklungen und deren Widerstandsgeschichte beschäftigt haben, dass dies kein Wunder war. Im Gegenteil, sie sind das Abbild eines Erfahrungsschatzes der den »Freiheitsmoment« zur richtigen Zeit ergriffen hat.

Wir definieren Jineolojî als eine Erweiterung des Freiheitsmoments um den Kontext der Freiheit der Frau. Wir definieren Jineolojî auch als eine sozialwissenschaftliche Ansicht, die die Revolutionsmomente der Geschichte aus einer soziohistorischen Perspektive in den Kontext der Freiheit der Frau setzt. Hinter diesem Potential der Freiheit der Frau in Rojava stehen die seit 20 Jahren fortdauernden Arbeiten von Abdullah Öcalan sowie die mehr als 30-jährigen Erfahrungen der Frauenfreiheitsbewegung Kurdistans und deren Befreiungsideologie. Diese Ideologie beinhaltet Prinzipien aus den Erfahrungen der Frau bezüglich Identität, Leben, Organisierung, Kampf und Wiederaufbau. Die Jineolojî wiederum taucht dort auf, wo sich die Ideologie der Soziologie nähert und die Soziologie die Ideologie weiterentwickelt und so von den dogmatischen Elementen bereinigt. Die gesellschaftliche Transformation und Revolution können sich von der »Gesellschaftsarchitektur« nur so befreien.

Vor dem Hintergrund dieser Perspektive werden in den Regionen Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) und Bakur (Nordkurdistan/Türkei) die ersten Arbeiten zur Jineolojî verfasst. Anfänglich wurden Arbeiten verfasst, die die Verbindung zwischen Revolution und Soziologie und Revolution und Jineolojî erläutern. Diese Arbeiten werden weiterhin fortgeführt. Die gesellschaftliche Formierung zu Zeiten des Baath-Regimes macht es notwendig, auf der intellektuellen und ideellen Ebene einen entscheidenden Kampf gegen eben jene alte Geisteshaltung zu führen. Daher stellt die Bildung die intensivste Aktivität dar, und auch die Gesellschaft wird in den zahlreichen Akademien unterrichtet.

In der Jineolojî-Akademie in Rojava wurden in den letzten zwei Jahren intensive Bildungsarbeiten durchgeführt, in denen

Jineolojî vermittelt wurde. Bildungsmaterialien wurden erstellt und Seminare veranstaltet. Zu Themen wie Gesellschaftsvertrag, Frauengesetze und an allen Diskussionen zur organisatorischen Struktur wurde teilgenommen. Es wurde gewährleistet, dass Jineolojî in den Gymnasien und Universitäten in dem Lehrplan aufgenommen wurde. Im Moment wird an den Gymnasien in den Kantonen Afrîn und Kobanê Jineolojî unterrichtet. Für die Ausbildung der Jineolojî-Lehrenden wurden Blockseminare veranstaltet. Auch in den sozialwissenschaftlichen Akademien wird Jineolojî unterrichtet, ein eigener Studiengang ist in Planung. In den Regionen Rojava, Bakur, Syrien bietet sich die Möglichkeit, ein neues Bildungsprogramm zu entwickeln, welches von der Vorschulbildung bis zur Universität dafür sorgt, dass das gesellschaftliche Geschlecht überwunden wird. In diesem Bereich möchten wir effektiver arbeiten. Natürlich möchten wir hierbei von den Erfahrungen weltweit profitieren, aber in gleichem Maße auch unser eigenes Modell und unseren eigenen Lehrplan entwickeln.

Ebenfalls haben wir in Rojava, Bakur, Syrien mit einer soziologischen Forschung begonnen, die die Lage der Frauen auswerten soll. Diese Forschung wird sowohl der Arbeitsperspektive der Jineolojî-Akademie dienlich sein als auch den Frauenorganisationen eine Stütze bieten. Außerdem sind wir Teil des JINWAR-Frauendorf-Projekts *[s. S. 36]*. Dieses Pilot-Projekt der Rojava-Frauenstiftung, von Kongra-Star und der Jineolojî-Akademie möchte einen Raum für Frauenleben schaffen. Selbstverständlich führen wir einen Kampf und betreiben Wiederaufbau, der ganz Rojava umgestalten soll. Allerdings lassen die regressiv-traditionelle Gesellschaftsstruktur und der harte Krieg nicht zu, dass manche Frauen ihr Leben mit ihrem eigenen Willen meistern können. Mit diesem Pilot-Projekt möchten wir einen ersten Beitrag zur Schaffung von Lebensräumen für Frauen, die ihr eigenes Leben aufbauen wollen, leisten. Es soll ein ökologisches, kommunal-ökonomisches Dorf, mit demokratischen Partizipationsmöglichkeiten durch ein Frauennetzwerk geschaffen werden.

Um der Jineolojî-Akademie eine produktivere und modellhafte Struktur zu verleihen, führen wir unsere Diskussionen fort. Bisher wurden aufgrund von Notsituationen Bildungsperioden veranstaltet. Es wurden Seminare zum Gesellschaftsvertrag der Frau veranstaltet und zur ideellen Produktivität angeboten. Unsere Arbeiten auf der Grundlage des Gesellschaftsvertrags werden wir auch in der kommenden Zeit fortführen. Wir planen auch Seminare zu weiteren unterschiedlichen Themen. Langfristig verfolgen wir das Ziel, in jeder Stadt eine Jineolojî-Arbeitsgruppe zu organisieren, die sich zu einem Recherchezentrum entwickelt und in jedem Bereich der Akademie die Regeln der Wissenschaft herausfordert.

Zuletzt können wir feststellen, dass wir als Jineolojî-Akademie noch in den Kinderschuhen stecken. Die ersten Ergebnisse werden sowohl unsere weiteren Wege bestimmen als auch uns zu größeren Schritten verleiten. Wir verfolgen das Ziel, unsere Erfahrungen mit den Frauenbewegungen weltweit zu teilen und mit ihnen auf verschiedenen Ebenen zu kooperieren. Insbesondere glauben wir, dass Frauen, die einen Kampf gegen das System führen, und Frauen, die im Mittleren Osten eine Frauenrevolution zu realisieren versuchen, nur mit Hilfe der Jineolojî tiefgreifende Schritte entwickeln können. ♦



Die ersten Obstbäume im Garten des Frauendorfes Jinwar. Foto: Ercan Ayboga

Erneuter Kotau der Bundesregierung vor Ankara

Bundesinnenministerium verbietet Symbole von PYD, YPG und YPJ

Elmar Millich

Im Wahlkampfjahr 2017 hat die Bundesregierung und namentlich die Kanzlerin Angela Merkel ein Problem mit dem Präsidenten des NATO-Partners Türkei, Recep Tayyip Erdoğan. Im Vorfeld des türkischen Verfassungsreferendums am 16. April, bei dem auch in Deutschland wohnende türkische StaatsbürgerInnen wahlberechtigt sind, kamen aus Ankara über Wochen fast im Tagesrhythmus übelste Beschimpfungen, in denen der türkische Präsident Deutschland pauschal als Nazidiktatur bezeichnete, weil türkischen RegierungspolitikerInnen angeblich Wahlkampfauftritte in Deutschland verunmöglicht würden. Für zusätzliche Spannungen sorgte die Verhaftung des für die Tageszeitung »Die Welt« arbeitenden deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel in Istanbul als laut Präsident Erdoğan deutscher Spion und Anhänger der PKK. Die »besonnene« Reaktion der Bundesregierung kommt aktuell beim deutschen Wahlvolk schlecht an, sei es aus ehrlicher Kritik an den despotischen Zuständen in der Türkei oder auch verletztem deutschem Nationalstolz.

In dieser Stimmung wäre es dem Bundesinnenministerium (BMI) lieber gewesen, dass sein Rundschreiben vom 2. März an die Innenminister der Länder und verschiedene Sicherheitsbehörden auch in diesem Kreis geblieben wäre. Dieses Schreiben kam durch zum Teil hektisch aktualisierte Auflagenverfügungen der Polizei anlässlich zweier kurdischer Demonstrationen in Hannover und München ans Tageslicht. Neben der im Schreiben gemachten Vorgabe, dass das Zeigen von Portraits des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aufgrund dessen »erheblichen Emotionalisierungseffekts« auf Versammlungen zu verbieten sei, hatte es vor allem die als Anlage beigefügte Liste mit den Symbolen angeblicher der PKK nahestehender Vereine und Organisationen in sich. Betroffen waren neuerdings auch die Symbole des legal als eingetragener Verein agierenden Verbands der Studierenden aus Kurdistan in Deutschland YXK und – von großer außenpolitischer Brisanz – die Fahnen der nordsyrischen kurdischen Partei der Demokratischen Einheit PYD sowie der kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG und YPJ (Volks- und Frauenverteidigungseinheiten) als »PKK-Ablegerparteien«.

Nach einer Presseerklärung des Rechtshilfefonds Azadî und des kurdischen Informationsbüros Civaka Azad kam es zu Nachfragen von zahlreichen Medien an das BMI und entsprechenden Artikeln bzw. Beiträgen. Das BMI sah sich vor allem in Bezug auf das Verbot der syrisch-kurdischen Fahnen und Symbole in Erklärungsnot. Es wurde betont, dass PYD und YPG nicht unter das bestehende Vereinsverbot gegen die PKK von 1993 fallen, aber ihre Symbole auf kurdischen Demonstrationen verboten werden können, wenn sie »ersatzweise« für PKK-Symbole genutzt würden, um den Zusammenhalt von deren AnhängerInnenschaft zu stärken.

Das starke Medieninteresse rührte nicht zuletzt daher, dass neben den oben erwähnten Beleidigungen die türkische Regierung – wie schon seit Jahrzehnten – Deutschland vorwarf, die PKK in Deutschland gewähren zu lassen, wenn nicht gar zu unterstützen. Während türkische PolitikerInnen am Reden gehindert würden, dürften PKK-AnhängerInnen offen demonstrieren. Anlässlich der für den 18. März geplanten zentralen Newroz-Feier in Frankfurt mit zu erwartenden zehntausenden TeilnehmerInnen wollte sich die Regierung mit der Verfügung vom 2. März wohl gegen diese Vorwürfe wappnen, auch wenn sie die Verbotserweiterung gegenüber der Presse als »routinemäßigen Vorgang« bezeichnete. Bei der Newrozfeier in Frankfurt selbst kam es dann zu einer Art Waffenstillstand: Die TeilnehmerInnen zeigten zu Hunderten Fahnen mit den Portraits von Öcalan. Die Polizei verzichtete in Absprache mit der zuständigen Staatsanwaltschaft auf direkte Intervention und beschränkte sich im Wesentlichen auf Videodokumentationen der angeblichen Straftaten. Ein Ziel hatte die Verbotsverfügung allerdings da bereits erreicht. Das Medieninteresse beschränkte sich fast ausschließlich auf das Verhalten der Polizei. Kritik an den despotischen Zuständen in der Türkei und dem geplanten Referendum in vielen Redebeiträgen während der Veranstaltung fanden kaum Erwähnung.

Angriff auf die politische Identität der KurdInnen

Das eher defensive Vorgehen der Polizei in Frankfurt soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es allein der großen Masse der DemonstrationsteilnehmerInnen geschuldet war. Kleinere kurdische Versammlungen im Vor- und Nachfeld zeigen, dass die Polizei durchaus gewillt ist, das Verbot rigide umzusetzen. Die Erweiterung der Verbotsliste durch das BMI hat weitreichende Folgen für das innenpolitische Klima in Deutschland. Sie bedeutet einen direkten Angriff auf die politische Identität von etwa 800 000 in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden und hebelt grundgesetzlich geschützte Rechte, wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, weitgehend aus. Vermehrte Auseinandersetzungen mit der Polizei bei vom Verlauf her friedlichen Demonstrationen sind vorprogrammiert und politisch gewollt, um das Feindbild der angeblich gewaltbereiten Kurdinnen und Kurden aufrechtzuerhalten. Die Folgen werden weitere Hunderte von Strafverfahren wegen des Verstoßes gegen Artikel 20 Vereinsgesetz aufgrund des Zeigens verbotener Symbole sein.

Juristisch ist es natürlich höchst fragwürdig, Symbole legaler Vereine und Organisationen auf Kundgebungen zu verbieten mit Argumentationen, die letztlich Mutmaßungen darstellen und damit dem Bestimmtheitsprinzip des Strafrechts widersprechen. Wer soll etwa bei einer Demonstration zum Jahrestag der Befreiung von Kobanê entscheiden, ob das Mitführen von YPG-Fahnen inhaltlich den Demonstrationszielen entspricht oder aber »ersatzweise« für verbotene Symbole der PKK geschieht? Die Polizeipraxis wird sich um solche Erwägungen in der Regel nicht scheren, sondern im Zweifel erst mal intervenieren und Personalien feststellen. Der schwarze Peter, ob wirklich strafwürdiges Verhalten vorlag und die Versammlungsauflagen überhaupt gerechtfertigt waren, liegt dann bei den Staatsanwaltschaften und Verwaltungsgerichten.

Dazu aus einer Erklärung des von der Verbotserweiterung betroffenen Verbandes der Studierenden aus Kurdistan YXK: »Ein Verbot unserer Flaggen und Symbole entzieht sich jeglicher Rechtsstaatlichkeit. Die Argumentation des Bundesinnenministeriums für die Legitimation dieses Verbotes ist nicht nachvollziehbar und unterstreicht erneut die massive Einflussnahme der türkischen Regierung auf die deutsche Innenpolitik. Es ist ein Unding, dass die deutsche Bundesregierung mit dem Verbot und dem damit zusammenhängenden Ausbau der Kriminalisierung kurdischer Institutionen die Politik Erdoğans unterstützt und somit in der BRD gleiche Prinzipien übernimmt, wie sie die türkische Regierung gegen KurdInnen und Andersdenkende anwendet.«

Komplexer ist die Einschätzung der außenpolitischen Signalwirkung des Verbots von PYD- und YPG-Symbolen. Die Türkei macht keinen Hehl daraus, dass ihr Einmarsch in Syrien im August letzten Jahres vor allem dem Ziel dient, die kurdisch-arabischen Selbstverwaltungsstrukturen im Norden Syriens zu schwächen und zu zerstören. Immer wieder griffen die türkische Armee und mit ihr verbündete Söldner Dörfer im Umfeld der von den Demokratischen Kräften Syriens (engl.: SDF, arab.: QSD) befreiten Stadt Minbic (Manbidsch) an. Auf jedem internationalen Treffen stellt die Türkei die Forderung, den »Islamischen Staat« und PYD/YPG als terroristische Organisationen auf eine Stufe zu stellen. Die USA scheinen jedoch auch unter der Trump-Regierung an ihrer engen Kooperation mit YPG und QSD nicht nur festzuhalten, sondern diese sogar auszubauen durch Entsendung zusätzlicher Truppen und schwerer Artillerie bei der Befreiung von Raqqa vom »Islamischen Staat«. Mit ihrer Listung von PYD und YPG als PKK-Ableger hat die Bundesregierung sich auf der Seite der Türkei positioniert und damit indirekt auch gegen die USA. Diese Vorgehensweise ist wahrscheinlich auch innerhalb der Regierung nicht unumstritten. Der dem Auswärtigen Amt nahestehende Think Tank »Stiftung Wissenschaft und Politik« (SWP) beschreibt in einem Bulletin vom März unter dem Titel »Ohne die kurdische PYD keine Lösung für Syrien« die zunehmenden diplomatischen Erfolge der syrischen KurdInnen. Die Tendenz der Bundesregierung, in der kurdischen Frage im Mittleren Osten weiter allein auf den NATO-Partner Türkei und deren Statthalter im Nordirak, den Präsidenten der kurdischen Autonomieregion Mesûd Barzanî, zu setzen, könnte sich als kurzsichtig erweisen.

Deutschland stellt sich hinter die Gülen-Bewegung

Im Ganzen bleibt das Agieren der Bundesregierung gegenüber der Türkei widersprüchlich. Während die Ausweitung des PKK-Verbots offensichtlich dazu diente, Ankara den Wind aus den Segeln zu nehmen, ging Deutschland in Bezug auf türkische Vorwürfe gegen AnhängerInnen des in den USA lebenden Predigers Fethullah Gülen ohne ersichtlichen Grund auf Konfrontationskurs. Mitte März erklärte der Chef des Bundesnachrichtendienstes Bruno Kahl, seine Organisation habe keine Anzeichen dafür, dass die Gülen-Bewegung in den Putschversuch vom Juni 2016 verwickelt sei. Es ist auszuschließen, dass er dies ohne politische Rückendeckung äußerte, musste er sich doch der politischen Sprengkraft seiner Worte bewusst sein. Die angebliche Verstrickung der Gülen-Bewegung ist die wesentliche Begründung, mit der die Türkei rechtfertigt, nach dem von Präsident Erdoğan als Geschenk Allahs gepriesenen Putschversuch Tausende Staatsbedienstete zu inhaftieren und über Hunderttausend zu entlassen. LehrerInnen und UniversitätsdozentInnen sind nun mal nicht die ersten Verdächtigen, die man im Visier hat, wenn Panzer gegen die eigene Regierung rollen. Um den kompletten Staatsapparat bis auf die un-

terste BeamtInnenebene auf AKP-Linie zu bringen, bedurfte es dieses Konstrukts.

Zwei Wochen später gingen die Indiskretionen weiter. Ausgangslage war ein Dossier mit den Namen von 500 angeblichen Gülen-AnhängerInnen in Deutschland, das der Chef des türkischen Geheimdienstes MIT Hakan Fidan anlässlich der Münchener Wehrkundetagung im Februar seinem Kollegen vom BND übergeben hatte. Nachdem dieser es an den Verfassungsschutz weiterleitete, passierte erst mal nichts. Ende März wurde diese seit Jahrzehnten gängige Praxis, wenn es um die Verfolgung linker oder kurdischer Oppositioneller geht, zum Skandal aufgebauscht. Es blieb nicht allein bei einer in der Zusammenarbeit von Geheimdiensten mehr als unüblichen Veröffentlichung des Vorgangs, sondern Beamte der Landeskriminalämter warnten die auf der Liste geführten Personen, damit ihnen bei einer möglichen Einreise in die Türkei keine Unannehmlichkeiten drohten. Die Bundesanwaltschaft startete Ermittlungen wegen ausländischer Spionage in Deutschland. Warum sich die Bundesregierung aktuell in diesem Ausmaß hinter die Gülen-Bewegung stellt, bleibt im Bereich des Spekulativen. Hingegen wird im Fall von zehn wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vor dem OLG in München angeklagten Mitgliedern der türkischen Linken gegenteilig verfahren. Dokumente von türkischen Polizeibehörden mit Daten zu in Deutschland lebenden angeblichen UnterstützerInnen der TKP/ML werden problemlos in das Verfahren eingeführt. Dazu Peer Stolle, Rechtsanwalt der mitangeklagten Ärztin Dilay Banu Büyükavci: »Es kann nicht sein, dass Spitzeltätigkeiten türkischer Sicherheitsbehörden gegen mutmaßliche Gülen-Anhänger skandalisiert werden; wenn sie sich gegen Linke oder Kurden richten, diese aber nicht nur geduldet, sondern die Ergebnisse sogar als Beweismittel verwertet werden.«

Vieles wird davon abhängen, wie sich die Türkei nach dem Referendum vom 16. April entwickelt. Aber es gibt deutliche Anzeichen, dass die Bundesregierung sich auch auf eine Neujustierung ihrer Türkeipolitik vorbereitet. Die im Auftrag des Bundestages unternommene Prüfung, welche zum türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik alternativen Standorte infrage kämen, wurde im März abgeschlossen. Grundsätzlich geeignet wären auch Stützpunkte in Jordanien, Kuwait oder auf Zypern. Aus einer parlamentarischen Anfrage des Abgeordneten der Partei Die Linke Jan van Aken ging hervor, dass die Bundesregierung seit Anfang 2016 elf Rüstungsexporte in die Türkei abgelehnt hat. Dabei ging es um die Lieferung von Handfeuerwaffen, Munition sowie Komponenten für andere Rüstungsgüter. Ein sehr ungewöhnlicher Schritt gegenüber einem NATO-Partner. Am verwundbarsten ist die Türkei aufgrund ihrer aktuellen schlechten Wirtschaftssituation. Hier hat Bundesfinanzminister Schäuble schon mal die Daumenschrauben ausgepackt. Ein bereits mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Mehmet Şimşek vereinbarter ganzer Katalog von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Türkei wurde von ihm unter Verweis auf die Causa Deniz Yücel erst mal auf Eis gelegt. Nachdem die Balkanroute für Flüchtlinge geschlossen ist und auch geschlossen bleiben wird, hat die immer wieder von der Türkei angedrohte Aufkündigung des Flüchtlingsabkommens einen großen Teil ihres Schreckens für die EU verloren. Für Flüchtlinge ist es wenig attraktiv, unter Einsatz horrender Schleusergebühren für unbestimmte Zeit unter erbärmlichen Bedingungen in griechischen Flüchtlingslagern hausen zu müssen. Das weiß auch Erdoğan und nimmt lieber die im Zuge des Abkommens vereinbarten Milliardenhilfen mit, die er aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche der Türkei dringender denn je braucht. Innerhalb der EU würde Deutschland bei einem Schwenk in seiner Türkeipolitik auf wenig Gegenwehr stoßen. Österreich fordert schon länger den Abbruch der Beitrittsgespräche und in keinem EU-Land hat die Türkei aktuell eine Lobby. Um nicht als Getriebener dazustehen, tritt Erdoğan schon einmal die Flucht nach vorne an und bringt nach dem Referendum über die Verfassungsänderung ein zweites Referendum ins Spiel, in dem die türkische Bevölkerung abstimmen könnte, ob sie weiterhin einen EU-Beitritt anstrebt.

Etwas wird sich aber in naher Zukunft mit Sicherheit nicht ändern: die Verfolgung politischer AktivistInnen der kurdischen Befreiungsbewegung in Deutschland. Liest man die Verfügung des BMI vom 2. März, zeigt sich eine schon fast autistische Sicht auf die PKK, die deren Handeln und Wirken seit 1993 unbeirrt fortschreibt unbeschadet aller historischen Veränderungen in der Region. Die Verfolgung der PKK ist für die staatlichen Repressionsbehörden in Deutschland längst zum Selbstläufer geworden. ♦



Erklärung im 129b-Prozess

Es geht hier nicht um mich, sondern um die demokratischen Aktivitäten der KurdInnen

Zeki Eroğlu vor dem OLG Hamburg am 24. Februar 2017

Zeki Eroğlu war auf Ersuchen der deutschen Strafbehörden am 13. April 2016 in Stockholm/Schweden in Auslieferungshaft genommen und im Juli an die BRD ausgeliefert worden. Zuerst wurde er nach Süddeutschland verbracht. Seit Januar 2017 ist er im Untersuchungsgefängnis in Hamburg. Im Februar begann das Gerichtsverfahren gegen ihn wegen »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland« §129b vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht. Gegenwärtig befinden sich laut Rechtshilfefonds Azadî zehn kurdische Aktivisten wegen des Vorwurfs nach §129b in U- bzw. Strafhaft. Wir dokumentieren Ausschnitte aus seiner Prozesserklärung vom 24. Februar 2017:

Bevor ich auf den Inhalt dieses Verfahrens zu sprechen komme, möchte ich etwas zur Verschleppung Abdullah Öcalans am 15. Februar 1999 von Kenia in die Türkei sagen. Seit 18 Jahren wird Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı in Isolationshaft festgehalten. In dieser Zeit hat er das Modell der demokratischen Autonomie vorgelegt, das eine Lösung für alle bestehenden gesellschaftlichen Fragen umfasst. Mit seiner politischen Auffassung steht er für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage.

In diesem Zusammenhang verurteile ich das Komplott vom 15. Februar 1999 und alle daran beteiligten internationalen Kräfte.

Was diesen Prozess betrifft, möchte ich zunächst betonen, dass die Anschuldigung des »Terrorismus« völlig realitätsfern ist. Den Hauptcharakter des Verfahrens bildet die kurdische Frage, die immer noch ein Problem darstellt, weil sie nicht gelöst wird. Der Grund dafür ist die geostrategische und geopolitische Position Kurdistans im Mittleren Osten. [...]

Bei der Gründung der Republik Türkei gehörten die KurdInnen zu den Gründungsmitgliedern. In der ersten Verfassung von 1924 ist diese Tatsache eindeutig festgehalten. In den folgenden Jahren wurde jedoch deutlich, dass die kurdische Realität gemäß der türkischen Staatsdoktrin einer einzigen Sprache und Ethnie verleugnet wurde. Diese Auffassung entstand allerdings nicht erst in der Gründungszeit der Republik, sondern lag bereits dem osmanischen Völkermord an den ArmenierInnen im Jahr 1915 sowie der Vernichtung und Vertreibung sämtlicher Minderheiten in der Türkei zugrunde.

Die KurdInnen stellten also eine Gefahr für den türkischen Staat dar. Um die kurdische Bevölkerung zu unterdrücken, waren nach der Logik des türkischen Staates Verleugnung und Völkermord die besten Methoden. [...]

Nach dem Völkermord in Dersim in den Jahren 1937 bis 1938 kam die Methode der Assimilierung zur Anwendung. Auf die Vertreibung folgte die Einrichtung von Internatsschulen in den kurdischen Städten, auf denen die kurdischen Kinder assimiliert werden sollten. Die kurdischen Namen von Städten und Dörfern wurden durch türkische Namen ersetzt. [...]

Im Verlauf dieses Verfahrens werde ich auf dieses Thema noch ausführlicher eingehen. Ich möchte jedoch eine Tatsache unterstreichen. In der fünfundneunzigjährigen Geschichte der Türkei waren die KurdInnen mit einem ständigen Völkermord konfrontiert. Diese Gefahr besteht auch heute noch. Die Massaker, die zuletzt 2015 in Cizre, Silopi, Nusaybin und Sur *[kurd.: Cizîr, Silopiya, Nisêbîn, Sûr]* stattgefunden haben, waren Bestandteil dieser Strategie. Besonders schmerzhaft war dabei, dass die gesamte Welt zugesehen hat.

Zu dem Verfahren gegen mich möchte ich anmerken, dass die deutsche Justiz sich nicht auf Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit beruft. Vielmehr wurde dieser Prozess auf Direktive des türkischen Staates und Erdoğans eröffnet. Hauptgrund



Foto: http://tkhh.blogsport.eu/

dafür sind die gemeinsamen Wirtschaftsinteressen beider Staaten. Um diese Interessen zu bedienen, werden kurdische AktivistInnen und Einrichtungen kriminalisiert und als terroristisch abgestempelt. Daher glaube ich auch nicht daran, dass es in diesem Prozess um Recht und Gerechtigkeit geht. Vielmehr gehe ich davon aus, dass bereits hinter verschlossenen Türen alles festgelegt worden ist.

In der Anklageschrift beschreibt die Bundesanwaltschaft seitenlang die PKK. Diese Beschreibung ist fern der Realität. Es ist allgemein bekannt, dass die PKK und Öcalan untrennbar miteinander verbunden sind. Die Gedanken Abdullah Öcalans stellen heute für alle unterdrückten Menschen im Mittleren Osten eine Quelle der Hoffnung dar. Dass die KurdInnen gemeinsam mit anderen Völkern in Rojava gegen den IS kämpfen, ist der Gedankensystematik und dem Kampfmodell Öcalans zu verdanken. Das gilt auch für die Befreiung der êzîdischen Stadt Şengal (Sindschar), nachdem Tausende êzîdischer Frauen vom IS auf SklavInnenmärkten verkauft und unzählige Menschen ermordet wurden.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ist die PKK eine Bewegung, die erfolgreich gegen den IS-Terror kämpft. [...]

Wer fordert Rechenschaft für den Tod etlicher ZivilistInnen in Frankreich, Belgien und zuletzt auch Berlin durch IS-Anschläge? Rechenschaft wird nicht gefordert, indem man diese Anschläge verurteilt. In der Praxis ist es allein die kurdische Bewegung, die den IS zur Rechenschaft zieht.

Insofern sind die Anschuldigungen der Bundesanwaltschaft gegen die PKK hinfällig.

In der Anklageschrift geht es nicht um mich als Einzelperson, sondern um demokratische Aktivitäten der kurdischen Bevölkerung. Es handelt sich ausschließlich um legale Tätigkeiten. [...] Wie jedes andere Volk haben auch die KurdInnen das Recht, sich zu organisieren. [...]

Zu meiner Person: Um einen Menschen zu kennen, muss man zunächst den Ort seiner Geburt und das kulturelle Umfeld begreifen, das ihn geprägt hat. Daher möchte ich mich zunächst zu meinem Geburtsort Dersim äußern. [...]

Dersim bedeutet auf Kurdisch »Silbertor« (der = Tor, sim = Silber). Vielleicht gilt es als »Silbertor Kurdistans«, weil es von hohen Bergen umgeben und geeignet für Ackerbau und Viehzucht ist. Lange Zeit war der Zoroastrismus die vorherrschende Glaubensrichtung in Dersim. [...] Mit dem Einzug des Islam in Kurdistan wurden die Zarathustra-Gemeinden verfolgt und die Bevölkerung zwangsislamisiert. In Dersim setzte sich der Islam jedoch nicht durch. Aus Angst vor Verfolgung bekannten sich die Menschen zu ihrem eigenen Schutz zum Alevitismus, lebten die religiösen Glaubensformen des Zoroastrismus jedoch unverändert weiter. Aus diesem Grund hat das Alevitentum in Dersim bis heute keinerlei Glaubensform des Islam übernommen. Seine religiösen Motive und die des êzîdischen Glaubens ähneln einander, weil beide Glaubensrichtungen ihren Ursprung im Zoroastrismus haben.

Im Osmanischen Reich war Dersim der einzige Ort in Kurdistan, der sich weigerte, den Osmanen Steuern zu zahlen und Soldaten zu stellen. Alle osmanischen Feldzüge trafen auf Widerstand und wurden zurückgeschlagen. Hierbei spielten natürlich auch die geographischen Bedingungen, also die unzugänglichen Berge, eine Rolle. Bis zum Völkermord von 1938 war Dersim somit die einzige autonome Region Kurdistans. Diese Autonomie wurde auch nach der Gründung der Republik Türkei bewahrt. Da die Autorität der Republik nicht anerkannt wurde, wurde Dersim als gefährlicher Ort des Aufstands betrachtet.

Mustafa Kemal Atatürk bezeichnete Dersim in einer Parlamentsrede als ein »Geschwür«, das ausgerottet werden müsse. Nach dieser Rede begannen die Vorbereitungen für eine Intervention in Dersim. Als erster Schritt wurden in den Bergen Straßen gebaut. Die Menschen gingen damals noch davon aus, dass der Bevölkerung damit ein Dienst erwiesen werden solle. An die Vorbereitung eines Völkermords dachte niemand. Das hat mein Großvater erzählt.

Mit der Begründung, Dersim sei aufständisch gegen die Republik, begann 1937 schließlich der Dersim-Feldzug. Es

wurden schreckliche Methoden angewendet. So wurden zum Beispiel Menschen massenhaft in Höhlen eingesperrt und vergast. Es kam auch zu Massenerschießungen. Sabiha Gökçen, Adoptivtochter Atatürks und erste Kampfpilotin der Türkei, bombardierte Dersim aus der Luft. Das Massaker dauerte bis 1938 und kostete Zehntausende Menschen das Leben.

Seyit Riza und eine Gruppe weiterer Menschen wurden als Rädelsführer des Aufstands in Elazığ *[kurd.: Eleziz]* öffentlich hingerichtet. Seyit Riza war 74 Jahre alt und genoss große Achtung in der Bevölkerung Dersims. Da laut Gesetz eine Hinrichtung in seinem Alter nicht mehr vorgesehen war, wurde sein Alter auf 60 korrigiert. Sein Sohn Reşik Hüseyin war erst 16 Jahre alt, daher wurde sein Alter nach oben korrigiert. Er wurde vor den Augen seines Vaters gehängt, danach Seyit Riza und seine Freunde.

Die Republik Türkei erklärte anschließend, die Dersim-Operation sei mit großem Erfolg abgeschlossen worden. Dersim wurde offiziell in Tunceli umbenannt. Direkt danach kam die Politik der Vertreibung und Assimilation zur Anwendung.

Wir gehören zum Stamm der Haydaran. Es war einer der Stämme, die den Widerstand nicht aufgaben. Nach dem Völkermord hieß es, dass der Staat auch für die Stämme, die die Waffen nicht niedergelegt hatten, eine Amnestie aussprechen werde. Im Glauben daran kamen viele aus den Bergen zurück. Der Staat hielt jedoch sein Wort nicht und begann mit Zwangsumsiedlungen.

Auch die Familie meines Großvaters wurde wegen Beteiligung am Aufstand nach Bolu in die Westtürkei umgesiedelt. Acht Jahre später wurde mein Vater dort geboren. Als er acht Jahre alt war, wurde ein neues Gesetz erlassen, das die Rückkehr der Familie nach Dersim ermöglichte.

[...] Mit dem Völkermord von Dersim wurde ganz Kurdistan signalisiert, dass das Beharren auf Muttersprache und Kultur auch in allen anderen kurdischen Orten zu ähnlichen Massakern führen werde. Die anschließend eingesetzte Politik der Assimilation greift bis heute.

Ich kam am 18. Juni 1980 als Kind einer Familie, deren Sprache, Kultur und Land für nichtig erklärt worden waren, in einem Dorf in Dersim zur Welt. Wir sind fünf Geschwister, ich bin das dritte Kind meiner Eltern. Meine Familie zählt zur Mittelschicht. In der Zeit nach meiner Geburt entwickelte sich die kurdische Befreiungsbewegung und meine Familie wurde 1988 zum zweiten Mal vertrieben. Wie überall in Kurdistan wurden auch in Dersim Dörfer niedergebrannt. Auch unser Dorf wurde zerstört und wir mussten nach Istanbul ziehen.

Der Umzug war der Beginn einer sehr schweren Zeit für uns. Wir waren plötzlich in einer fremden Stadt, deren Sprache und Kultur wir kaum kannten. Für mich war es schwierig, die Sprache zu lernen und mich der Lebenskultur anzupassen. Draußen sprachen wir Türkisch, zu Hause in unserer Muttersprache Zazakî. Im Geflecht dieser Widersprüche wurde ich eingeschult. Aus Dersim zu stammen, Kurde und Alevite zu sein, bedeutete eine ständige Diskriminierung. Unter diesem Druck schloss ich in Istanbul Grundschule, Mittelstufe und Gymnasium ab.

Wie alle anderen KurdInnen auch beeinflusste mich in den neunziger Jahren der sich entwickelnde kurdische Befreiungskampf. 1998 begann ich, für die HADEP, die in jener Zeit als politische Partei der KurdInnen galt, zu arbeiten. Damals wie heute kam diese politische Arbeit einer Mitgliedschaft in der PKK gleich. Nach der Verschleppung Abdullah Öcalans in die Türkei wurde ich im Mai 1999 wegen Teilnahme an Aktionen festgenommen. Knapp zwanzig Tage wurde ich schwer gefoltert. Anschließend wurde ich verhaftet und ins Gefängnis verlegt. Mein Prozess dauerte ungefähr dreieinhalb Jahre. Ich wurde zu zwölfeinhalb Jahren verurteilt und schließlich vorzeitig aus der Haft entlassen. [...] Die HADEP wurde als »verlängerter Arm der PKK« verboten und viele Mitglieder verbrachten lange Jahre im Gefängnis.

Nach meiner Haftentlassung hätte ich Militärdienst leisten müssen. Der Staat übte ständig Druck aus. 2003 wurde dann die Revision meines Verfahrens zurückgewiesen und meine Strafe rechtskräftig. Es gab keine Möglichkeit mehr für mich, in der Türkei zu leben. Daher entschied ich mich, die Türkei zu verlassen.

Nach einem sehr langen Weg kam ich 2007 in die Schweiz und beantragte Asyl. 2009 wurde ich als asylberechtigt anerkannt.

Letztendlich bin ich Angehöriger eines Volkes, an dem ein Völkermord verübt wird. Ich bin ein Mensch, dessen Sprache, Kultur und Land verleugnet werden und der nicht das Glück hat, in seiner Heimat leben zu können. Als ich nach Europa kam, war ich davon überzeugt, meine eigene Sprache sprechen und meine Kultur ausleben zu können. Leider bin ich auch hier als Terrorist angeklagt. Den demokratischen Kampf der KurdInnen habe ich auch in Europa keinen Moment aufgegeben.

Abschließend möchte ich betonen: Ich bin stolz und glücklich, dem kurdischen Volk anzugehören – einem Volk, das seit vierzig Jahren gegen Unrecht und Vernichtung kämpft. ♦

weitere Informationen: https://freiheit.blackblogs.org/

In Hamburg fand die Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern III« statt

Die demokratische Moderne entfalten ...

Anja Flach, Ethnologin und Autorin

Zum dritten Mal fand im Hamburger Audimax eine Konferenz unter dem Titel »Die kapitalistische Moderne herausfordern« statt.

Mehr als 1200 Menschen aus vielen Teilen Europas, aber auch aus den USA, Lateinamerika und dem Mittleren Osten waren gekommen, um über Alternativen zur kapitalistischen Moderne zu diskutieren. Es fühlte sich an wie das Treffen einer Community, die stets wächst, viele kannten sich schon persönlich. Eröffnet wurde die Konferenz nach einem Auftritt des Tanzensembles Mezopotamya durch den inzwischen 82-jährigen Hamburger Schauspieler Rolf Becker, der von seiner Reise nach Amed (Diyarbakır) berichtete, VertreterInnen des Hamburger Frauen- und Volksrates, den Hamburger Soziologieprofessor Frank Adloff, der u. a. die Einschränkung der Wissenschaft in der Türkei kritisierte. Professor John Holloway konnte dieses Mal nicht kommen. Seine Videobotschaft aus Mexiko war: »Ihr seid nicht allein«, es gibt Kämpfe überall auf der Welt. Rojava und Chiapas seien helle Lichter. Havîn Güneşer, die die Konferenz mit Reimar Heider und anderen in einem acht Monate andauernden Prozess inhaltlich vorbereitet hatte, erklärte auch das neue Konzept der Konferenz: Neben den Beiträgen vom Podium sollen Arbeitsgruppen gegründet werden, die zu einer kontinuierlichen Arbeit bis zur nächsten Konferenz führen sollen. Auch solle durch die Workshops und den »Call for Papers« die Hierarchie abgebaut werden. Die Erinnerung an Mehdi Yildiz und Ellen Jaedicke, die die vorherigen Konferenzen entscheidend mitgeprägt hatten und im letzten Jahr an Krebs gestorben waren, trieb vielen, die sie kannten, die Tränen in die Augen. Serbay Köklu, einer der AnwältInnen Abdullah Öcalans, der seit 2011 nicht von seinen AnwältInnen besucht werden konnte, erinnerte daran, dass die praktischen Schritte, die Öcalan zur Lösung der weltweiten Krise vorgeschlagen habe, und die inhaltlich im Zentrum der Konferenz stehen, der Grund für seine Isolation seien.

Die erste Session wurde von der Feministin und Journalistin Rahila Gupta aus London moderiert, die Rojava im letzten Jahr besucht hatte und gerade an einem Buch über die Überwindung des Patriarchats schreibt.

Fabian Scheidler, Autor des Buchs »Das Ende der Megamaschine« beschrieb die Säulen des herrschenden Systems sehr anschaulich: die Akkumulation des Kapitals, seit Jahrhunderten z. B. das der Conquista, das in die Hände von Bankiers floss, die damit neue Raubzüge finanzierten; der Mythos des Westens als Heilsbringer, der uns jedoch in Wahrheit in die Katastrophe führt; die Vernichtung der Natur: Jedes Jahr geht ein Prozent des fruchtbaren Bodens weltweit verloren. Er rief dazu auf, die Mythen der Moderne zu entmystifizieren. Die Chancen lägen heute nicht allein in Reform oder Revolution, sondern auch im politischen »Geländegewinn«; immer größere Gebiete müssten dem kapitalistischen System abgerungen werden.

Ebru Günay sprach u. a. über die Lüge, der Kapitalismus würde die Frauen befreien. Er trete die Rechte von Frauen vielmehr mit Füßen, nutze sie als Reproduktionsmaschine und sei wie ein Krebsgeschwür, das versuche, die Erde und die Frau zu überwuchern.

Dawn Paley beschrieb anschaulich den »Drug War« als einen Angriffskrieg der US-Regierung gegen die lateinamerikanische Linke und Jugend, vor allem in Gebieten, in denen Öl, Gas, Kohle, Nickel, Gold und andere Ressourcen vorhanden sind.

Ferda Çetin, Journalist der kurdischen Bewegung, kritisierte, dass wir heute die Dinge nicht mehr als das benennen, was sie sind. Kolonialismus nennen wir Globalisierung, immer neue Bedürfnisse würden geweckt, die Überinformation verneble das Hirn und der daraus resultierende Mangel an Bewusstsein führe zu mangelnder Neugierde.

Carlos Pazmiño aus Ecuador forderte die Jugend Europas auf, sich selbst nicht als HelferInnen oder KritikerInnen anderer Revolutionen zu sehen – das sei eine kolonialistische

Haltung –, sondern selbst zu RevolutionärInnenen im eigenen Land zu werden.

Die zweite Session am Freitagnachmittag wurde von der überaus sympathischen Debbie Bookchin eingeleitet, der Tochter von Murray Bookchin.

Die kurdische Archäologin Özlem Ekinbaş berichtete über die Archäologie in Kurdistan, u. a. über Tell Xelaf, eine 8000 Jahre alte Ausgrabungsstätte in Rojava. Eindrückliche Bilder zeigten, wie die Bilder dieser Kulturen sich in den Tätowierungen älterer Menschen in Kurdistan noch heute finden.

Haskar Kırmızıgül, Aktivistin der kurdischen Frauenbewegung, sagte, 98 % der offiziellen Geschichtsschreibung unterschieden sich von den Ergebnissen der Jineolojî. Sie betonte, Frauen würden in der kurdischen Bewegung nicht als biologische, sondern als gesellschaftliche Gruppe verstanden, die chaotischen Wendezeiten müssten genutzt werden, um etwas Neues zu schaffen. Die Revolution funktioniere nicht mit verschimmelten Attitüden der Vergangenheit.

Reimar Heider, Übersetzer von Abdullah Öcalans Büchern und einer der OrganisatorInnen der Konferenz, erklärte den Begriff »Demokratische Nation«. Öcalan dekonstruiere den klassischen Nationenbegriff. Kapitalismus könne nur durch die Überwindung des Nationalstaates erreicht werden, die PKK habe verfeindete Gruppen wie ÊzîdInnen und SunnitInnen, AraberInnen und KurdInnen vereinigt, darum sei sie so erfolgreich. Wir müssten lernen auch Menschen zu gewinnen, die »ganz anders sind als wir selbst«.

Eine Liveschaltung per Skype brachte die Berge Şengals und die Genossin Zeynep Cudî mitten ins Audimax. Die Êzîdinnen könnten sich durch den Aufbau der YPŞ nun selbst verteidigen. Sie erklärte, man werde sie nun anerkennen müssen. Sicher einer der emotionalsten Momente der Konferenz, auch wenn die Übertragung oft schlecht zu verstehen war. Viele TeilnehmerInnen riefen »Jin–Jiyan–Azadî«: Frauen–Leben–Freiheit!

Es folgte Hanîm Engizek, Aktivistin und ehemalige politische Gefangene in der Türkei. Sie erklärte das Verständnis von Selbstverteidigung in der kurdischen Bewegung. Bildung und Organisierung seien wichtige Momente der Selbstverteidigung, zivilgesellschaftliche Organisierung allein reiche jedoch nicht aus. Die Gesellschaft habe im Gegensatz zum Staat keine Selbstverteidigungskräfte und könne sich daher nicht behaupten; es sei unabdingbar, diese aufzubauen.

Eine Videobotschaft aus den Kandil-Bergen brachte erneut den revolutionären Geist ins Audimax. Mustafa Karasu kritisierte die Begrenztheit vieler Ansätze im Kampf gegen die kapitalistische Moderne, u. a. seien auch die IslamistInnen nur eine Variation der kapitalistischen Moderne, auch sie hielten an Nationalismus und Industrialismus fest. Der Industrialismus müsse überwunden, die Gesellschaft verteidigt werden. Sozialismus und Gesellschaftlichkeit seien dasselbe, eine kom-



Die vorletzte Session der Konferenz u. a. mit Salîh Muslîm ... Foto: A. Bender

munale Gesellschaft ohne Demokratie und ethische Werte aufzubauen, sei undenkbar.

Die dritte Session wurde von dem britischen Gewerkschafter Simon Dubbins moderiert und von Zîlan Yağmur von den Studierenden Frauen aus Kurdistan JXK begonnen, die wie viele VorrednerInnen an den Hungerstreik in türkischen Gefängnissen erinnerte.

David Graeber schloss an seinen Vortrag von 2015 an. Er bezeichnete die Rojava-Revolution als wichtigstes Ereignis auf diesem Planeten seit der Spanischen Revolution, welches nun auch schon länger andauere als diese. 1 % der Menschheit mache die Profite, alle anderen litten darunter. Er analysierte das Embargo gegen Rojava trotz seiner schrecklichen Auswirkungen auch als Schutz vor negativen Einflüssen und wies auf die Gefahren hin, sollte Rojava fallen. Er erklärte, der Schlüssel der Rojava-Revolution sei die duale Macht: auf der einen Seite Ministerien, die z. B. für die Außenkontakte und -darstellung wichtig seien, auf der anderen die Räte als Basisstruktur der Selbstverwaltung.

Raul Zibechi aus Uruguay setzte an demselben Punkt an: Macht in den Händen weniger führe zu undemokratischen Verhältnissen. Als Beispiel für gelungene Antimacht seien Quechua- und Aymara-Gemeinschaften zu nennen, die unter den schwierigen Lebensbedingungen im Hochland gute kollektive Strukturen benötigten und so ein Rotationssystem entwickelt hätten, welches nicht auf Individuen, sondern auf Familien basiere. Das komplette Leitungsteam werde regelmäßig ausgewechselt.

Der kurdische Autor und Aktivist Fuat Kav, der zwanzig Jahre, sechs Monate und sechs Tage u. a. neben Sakine Cansız im berüchtigten Foltergefängnis von Amed (Diyarbakır) verbringen musste, sagte: Würde die Befreiungsbewegung wieder einen Staat aufbauen, würde sie zum Werkzeug der kapitalistischen Moderne. Selbst der demokratischste Mensch könne zum Bürokraten mutieren. Der Staat müsse theoretisch, gedanklich und ideologisch überwunden werden. »Wir Gefangenen hatten den Staat ideologisch entschlüsselt«, die Ablagerungen von 5 000 Jahren abgeworfen; trotz grenzenloser Brutalität sei die Ideologie der PKK-Gefangenen nicht gebrochen worden. Man müsse eine große gesellschaftliche Organisierung schaffen.

Am Nachmittag fanden die Workshops und Arbeitsgruppen statt. Einige sollen sehr erfolgreich gewesen sein, so z. B. die Arbeitsgruppe zu Gesundheit: AktivistInnen, die sich bisher nicht kannten, konnten sich endlich vernetzen. Abends gab es ein sehr schönes Musik- und Kulturprogamm u. a. mit politischem Hip Hop aus New York, Dengbêj-SängerInnen und dem Tanzensemble Mezopotamya.

Am letzten Tag, dem Sonntag, gab es vormittags ein Panel moderiert von Silke Helfrich unter dem Motto »Auswege aus dem Kapitalismus«. Hier sprachen zwei US-Amerikanerinnen, Cora Roelofs und Elenor Finley vom Institute for Social Ecology, sowie Friederike Habermann.

Sehr spannend war der Beitrag von Halime Kurt, die wie viele andere auf der Konferenz lange in Haft in der Türkei gewesen war. Das Patriarchat mit seinen ungerechten Verteilungsmechanismen sei der Grund für Hunger und Ungerechtigkeit. Sie berichtete von der Loslösungstheorie der kurdischen Frauenbewegung. In den 1990er Jahren habe die kurdische Frauenbewegung Männer und Frauen voneinander getrennt. In der Folge habe sich dann gezeigt, dass sich die Frauen von der patriarchalen Mentalität lösen konnten. Der Kampf gegen Daesch habe zu einer noch radikaleren Loslösung geführt. Heute habe man in der kurdischen Bewegung kein Problem der Frauen mehr, sondern nur noch eines der Männer.

Als einziger Mann in diesem Panel sprach dann Salîh Muslîm aus Rojava, der Ko-Vorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD). Sein Thema war die Frage, wie die Logik des Militarismus zu brechen sei. Die Situation in Syrien und Rojava erfordere Selbstverteidigung. Militarismus sei davon losgelöst, so Muslîm. Die Entfremdung der Militärmaschinerien mache den Unterschied. Als Beispiel für einen militaristischen Akt, der dem Profitstreben der Rüstungsindustrie diene, nannte er den US-Angriff mit 59 Tomahawk-Marschflugkörpern auf den syrischen Militärflughafen Al Shayrat am 7. April. Anstatt Syrien und Afghanistan mit 100 Millionen Dollar teuren Bomben zu bombardieren, sollte das Geld lieber in Bildung und den Aufbau von Universitäten investiert werden. Muslîm sprach darüber, wie der Militarismus besiegt werden kann: mit der Ideologie von Kobanê! Die gewaltigen Armeen Russlands und der USA seien machtlos gegen einen Feind wie Daesch. Die Kämpfe gegen diesen Gegner könnten nicht mit SöldnerInnen geführt werden, sondern nur von Menschen mit Bewusstsein. Auf Nachfrage erklärte Muslîm, warum Rojavas Volks- und Frauenverteidigungseinheiten nicht gegen die Luftunterstützung im Kampf gegen den IS seien. Der IS und Al-Qaida seien Produkte der kapitalistischen Moderne. Zumindest teilweise seien es deren Mächte, die sie als Instrument zur Destabilisierung und Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens hätten einsetzen wollen, betonte er. Das gemeinsame Interesse, sie zu bekämpfen, habe sich ergeben, weil diese Gruppen »wie Mikroorganismen im Labor« außer Kontrolle geraten seien.

In einer Videobotschaft wurde Heval Ronahî von der Frauenbewegung in den Bergen zugeschaltet. Sie sprach über die Bedeutung der Frauenbewegung und zeigte sich überzeugt, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert der Frauen sei; dieses



Bei der letzten Session wurde Heval Ronahî von der kurdischen Frauenbewegung mit einer Videobotschaft zugeschaltet. Foto: A. Bender

Mal werde nicht die Seite der Macht, sondern die des Rechts gewinnen. Es gebe viel Anlass zu Hoffnung, denn die Frauenkräfte hätten die schwarzen Tücher, die die Frauen und das Denken verhüllten, heruntergerissen.

Das letzte Panel an diesem Tag wurde von Kerem Schamberger moderiert. Hier kamen AktivistInnen, FreiheitskämpferInnen zu Wort. Zunächst wurde ein Beitrag von Abdullah Öcalan verlesen. Es gab Videobeiträge der InternationalistInnen Agît, Şoreş und Jinda aus Rojava, die dazu aufriefen, nach Rojava zu kommen und sich an der Revolution zu beteiligen, egal ob im zivilen oder militärischen Bereich. Fawza Yusuf, die Ko-Vorsitzende der Föderation Nordsyrien, sprach über die vielen Herausforderungen der Revolution in Rojava, aber auch die großen Errungenschaften: Das erste Mal können die Menschen in der Föderation Nordsyrien über ihr Leben selbst bestimmen. Es sei sehr schwer, denn die Menschen waren nur gewohnt, Befehle zu empfangen. Man musste gegen die eigene Mentalität kämpfen und gegen Daesch. Gesetze wurden nicht nur mit JuristInnen diskutiert, sondern auch mit der Bevölkerung. »Wir haben uns entschlossen, erfolgreich zu sein!«, beendete sie ihren Beitrag.

Nach einem Beitrag von Quincy Saul von Ecosocialist Horizons sprachen Sonia López vom Kongress der Völker (CdP) in Kolumbien und Cassia Figueiredo Bechara von der Bewegung der Landlosen (MST) in Brasilien. Diese beiden Beiträge haben mich am meisten beeindruckt. Sonia erklärte, dass das Friedensabkommen zwischen dem Staat, der FARC und ELN keine Lösung der Probleme sei. Der Staat schütze immer noch die Großgrundbesitzer. Der Kongress der Völker von Kolumbien unterstütze die BäuerInnen beim Aufbau von Kooperativen und Genossenschaften. Man versuche nicht, vom Staat anerkannt zu werden, sondern vielmehr das Volk zu organisieren. Es gebe Sektoren von Jugend, Frauen, Studierenden, Afro-KolumbianerInnen, Opfern ziviler Gewalt, der Zivilgesellschaft. Man organisiere Versammlungen, Demonstrationen. Cassia ist in der Koordination der Landlosenbewegung MST. Seit 17 Jahren unterstützt sie LandbesetzerInnen. 600 000 Familien, 1,5 Millionen Menschen, haben so Land erhalten. Sie kämpfen auch für neue soziale Beziehungen. Das Land werde dann nicht einfach von den neuen BesitzerInnen weiter bebaut, sondern es werde auch der Ausbeutung entzogen. Die Landnahme sei an ein neues Paradigma für einen strukturellen Wandel gekoppelt, u. a. gesundes Essen für alle. Humanistische Werte würden entwickelt. Das Schwerste sei gewesen, ein neues kollektives Leben und Denken zu entwickeln. Ihre Prinzipien seien Bildung, Organisierung und Internationalismus. Revolution passiere nie ohne Fehler, das müsse man wissen, aber der Kapitalismus sterbe nicht von selbst, ein neues Leben müsse erkämpft werden. Sonia und Cassia sagten, die Revolution in Rojava sei ein Licht für die Völker der Welt.

Hêvîn Tekin von der JXK (Studierende Frauen aus Kurdistan) hielt die Schlussrede und dankte allen TeilnehmerInnen, MitarbeiterInnen und insbesondere den DolmetscherInnen, die drei Tage lang die Beiträge in sieben Sprachen synchron übersetzt hatten.

Es waren mehr TeilnehmerInnen da als in den Jahren zuvor, vor allem viele junge Leute aus ganz Europa. Die Tatsache, dass fast alle vom internationalistischen Marsch gekommen waren, zeigt, dass gemeinsames Handeln und kollektives Leben eine starke Verbundenheit hervorbringen.

Der Anspruch ist hoch, sowohl WissenschaftlerInnen als auch AktivistInnen zusammenzubringen und Brücken zwischen ihnen und Bewegungen in Kurdistan und weltweit zu schlagen. Die kurdische Bewegung war auf der Konferenz selbst und per Videoschaltungen präsent, darunter auch höchst prominente VertreterInnen. Sie hat sich dieses Mal wesentlich besser präsentiert als auf den Konferenzen zuvor, dennoch wurde auch kritisiert, dass es Beiträge gab, die weniger parolenhaft hätten sein sollen. Besonders interessant wurde es immer, wenn Ak-

tivistInnen von persönlichen Erfahrungen aus der Revolution berichteten, wie Fuat Kav von seinem Gefängniskampf oder Fawza Yusuf von den Aufbauarbeiten in Rojava, oder wenn Analysen Öcalans für uns EuropäerInnen inhaltlich übersetzt wurden wie der Begriff der »Demokratischen Nation« in dem Beitrag von Reimar Heider.

Im Vergleich zu den letzten Konferenzen waren die Beiträge von Frauen diesmal nicht mehr unterrepräsentiert. Deutlich überrepräsentiert waren jedoch weiße US- und europäische WissenschaftlerInnen.

Die spannendsten Beiträge kamen von AktivistInnen der kämpfenden Bewegungen. Man würde sich wünschen, dass diese Bewegungen stärker repräsentiert werden und mehr Redezeit erhalten. Aus ihren Analysen wurde deutlich, dass es jetzt Zeit ist zu handeln, dass es große Ähnlichkeiten und eine große Verbundenheit der Kämpfe gibt. Vielleicht hätte aus ihren Beiträgen deutlicher hervorgehen können, was sie von den Linken in Europa erwarten. In allen Beiträgen wurde deutlich: es ist nicht fünf vor, sondern fünf nach zwölf, will die Menschheit überleben, reicht es nicht aus, vegan zu leben und auf Plastiktüten zu verzichten. Viel größere Anstrengungen sind nötig, um das neue Leben, die Alternative, den »Geländegewinn« zu erkämpfen. Dies beginnt aber bereits bei der kollektiven Finanzierung einer Konferenz: Die OrganisatorInnen hatten ein größeres Spendenaufkommen erwartet; man hatte auf freiwillige Spenden gesetzt anstelle eines festen TeilnehmerInnenbeitrags.

Ich persönlich hätte mir einen Beitrag der Standing Rock KämpferInnen als einen der wichtigsten Kämpfe im letzten Jahr gewünscht, Afrika und Asien waren gar nicht vertreten, was einerseits sicher auch an der Kriminalisierung mancher Organisationen, andererseits an der Absage von Gästen lag.

Für das junge Publikum war sicher am interessantesten, wenn Mitglieder kämpfender Bewegungen die europäische Linke kritisierten. Mich hat es manchmal gewundert, dass die TeilnehmerInnen so ruhig auf ihren Sitzen klebten, als z. B. die Kämpferin aus Şengal live zugeschaltet war. Während auf der êzîdischen Frauenkonferenz im letzten Monat die Emotionen ständig überkochten, fehlte es hier offenbar noch an emotionaler Verbundenheit mit dem Kampf.

Positiv war die Atmosphäre auf der Konferenz, viele internationale Gäste erklärten mir, sie fühlten sich so warm aufgenommen und empfangen. »Ich war noch nie auf einer Konferenz, auf der alle TeilnehmerInnen privat und kostenlos untergebracht waren«, so Debbie Bookchin begeistert.

Möglich wurde die Konferenz durch die freiwillige Arbeit vieler Dutzend Mitglieder der Hamburger Volks- und Frauenräte, linker Gruppen, der YXK und JXK, der ISKU, Kurd-Akad, der Volksküche »Le Sabot«, die jeden Tag 800 vegane Essen ausgab, der Hamburger Kaffekollektive, der kurdischen Community in Hamburg, die ihre Türen für Menschen aus aller Welt öffnete, auch wenn es oft zu lustigen Szenen kam, weil Verständigung oft ganz schwierig war, so wurde das mit Humor und Begeisterung gelöst. Danke an alle, die diese wunderbare Konferenz ermöglicht haben! ♦



Solidaritätsaktion auf dem Campus zum Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei. Foto: A. Bender

Die Freiheitsbewegung Kurdistans zum G20-Gipfel im Juli in Hamburg

Gegen die Kriege, die sie führen, den Frieden organisieren!

NAV-DEM – Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland

Im Juli treffen sich die 19 wirtschaftsstärksten Nationalstaaten und die EU zum sogenannten G20-Gipfel in Hamburg (07./08.07.2017). Bereits seit Monaten bereiten linke bis demokratische Organisationen und soziale Bewegungen Proteste gegen das Treffen vor.

Auch die Freiheitsbewegung Kurdistans hat den Gipfel auf ihre Tagesordnung gesetzt. In einem gemeinsamen Aufruf stellen NAV-DEM, Cenî, YXK, ISKU und die Kampagne TATORT Kurdistan ihre Perspektive dar; u.a. heißt es:

> »Für uns steht fest, dass die Nationalstaaten keine Bezugspunkte für uns sein können und ihre Regierungen nicht unsere Repräsentantinnen. Darum wollen wir zu den G20-Protesten keine weiteren Forderungen mehr an sie richten. Stattdessen werden wir … mit den sozialen und politischen Bewegungen und Aktivist*innen sowie Menschen aus den Gesellschaften unsere Ideen und Hoffnungen teilen und diskutieren. Gegen die Unterdrückung der Herrschenden sowie die Hegemonie der Kapitalistischen Moderne kann es nur eine Antwort geben: sich organisieren und einen tagtäglichen Widerstand gegen das System leisten. Einem System, aufbauend auf Patriarchat, Staat, Macht und Gewalt, stellen wir unsere Ideen eines geschlechterbefreiten, selbstbestimmten und freien Lebens entgegen, den Demokratischen Konföderalismus.«

Eine so klare Positionierung der Bewegung zu einem Treffen von Regierungen in Europa hat es in den letzten Jahren nicht gegeben.

Den Aufrufenden ist es wichtig, in den vielfältigen Protesten mit einer erkennbaren Politik und eigenen Inhalten aufzutreten. Die eigenen Perspektiven werden sichtbar gemacht und zur Diskussion gestellt. Viele Begrifflichkeiten aus den Diskursen und Theorien der Bewegung finden Verwendung und regen zum Nachfragen an.

G20 wird nicht als Event begriffen, das nur einmal im Jahr stattfindet. G20 ist ein Ausdruck der Politik und des Systems der herrschenden kapitalistischen Moderne. Aktuell forcieren die G20 eine Politik, mit der die Krise des Kapitalismus auf Kosten der Gesellschaften ausgetragen wird. Der Ausnahmezustand soll zur Normalität der Gesellschaften werden.

Die Situation in Kurdistan und der Türkei ist dafür nicht nur ein Beispiel, sondern geradezu Modell. Dem AKP-Regime wird bei seinem Krieg gegen die Gesellschaften der Region nicht nur freie Hand gelassen, es wird sogar durch die westlichen kapitalistischen Staaten dabei unterstützt. Deutlicher Ausdruck ist die erneute faktische Ausweitung des PKK-Verbots in der BRD, durch die jetzt auch Symbole der YPJ/YPG, die am effektivsten gegen den IS kämpfen, auf Versammlungen verboten werden. Die Zusammenarbeit ist eng, besteht schon weit länger als der EU-Türkei-Deal und richtet sich direkt gegen die Gesellschaften. Diesen wird ein permanenter Kriegszustand aufgezwungen.

Da die Regierungen der Nationalstaaten diejenigen sind, die die kapitalistische Moderne gestalten und von ihr profitieren, sind sie Teil der Probleme der Gesellschaften und nicht Teil ihrer Lösungen.

Mit diesem Bewusstsein wollen NAV-DEM, die Jugend- und die Frauenbewegung die Proteste gegen den G20-Gipfel als Plattform für Begegnung und Austausch mit anderen Bewegungen, Organisationen und AktivistInnen nutzen. Die Konferenz »Kapitalistische Moderne herausfordern III«, die vom 14. bis 16.04.2017 in Hamburg stattgefunden hat (http://networkaq.net/), verstanden die VeranstalterInnen ebenso als einen Ort des Zusammenkommens wie den Alternativgipfel, die Protest-Camps und die Aktionen auf den Straßen im Juli.

Der sogenannte Alternativgipfel »Gipfel für globale Solidarität« wird in den Tagen vor dem Treffen der G20 stattfinden (05./06.07.2017, http://solidarity-summit.org). Salîh Muslîm, Kovorsitzender der Partei der Demokratischen Einheit PYD

aus Syrien, wird auf dem Podium der zentralen Abendveranstaltung zum Thema »Alternativen zur Politik der G20-Regierungen auf der lokalen, nationalen, europäischen und globalen Ebene« mitdiskutieren. Verschiedene Themen rund um die kurdische Frage und Perspektiven der Freiheitsbewegung Kurdistans werden in mehreren Workshops und Ausstellungen behandelt werden.

Die Jugendbewegung Kurdistans plant auf einem der Protest-Camps ein eigenes Barrio zu organisieren: das Camp Şehîd Dilsoz; benannt nach Dilsoz Bahar, einem am 06.07.2015 in Rojava gefallenen internationalistischen Jugendlichen aus Karlsruhe. Das Camp soll ebenfalls ein Ort der Begegnung werden, an dem ein kommunales Leben mit Kollektivität, revolutionärer Kultur und inhaltlicher Auseinandersetzung gelebt werden soll. Während die Jugendbewegung eine internationale Jugend-Resolution gegen G20 vorbereitet, ist sie in Hamburg vor Ort Teil des Bündnisses »Jugend gegen G20«, das u. a. einen lokalen Schul- und Uni-Streik während der G20-Proteste plant.



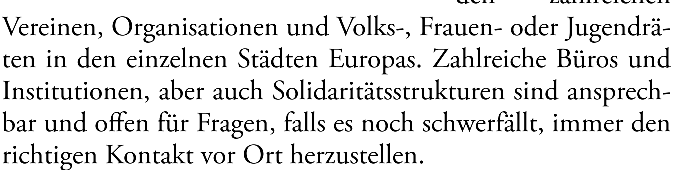
Solidarische Grüße aus dem Gängeviertel in Hamburg. Foto: ANF

Die Proteste enden mit der internationalen Großdemonstration »Grenzenlose Solidarität statt G20« am Samstag (08.07.2017, http://g20-demo.de). Auf deren Abschlusskundgebung wird erneut Salîh Muslîm einen Redebeitrag halten. NAV-DEM hat sich vorgenommen, die eigenen Strukturen zu mobilisieren und mit der Jugend- und der Frauenbewegung auf der Demonstration den Demoblock »Berxwedan jiyane!« (»Widerstand ist Leben!«) zu stellen. Alle solidarischen Organisationen und AktivistInnen sind eingeladen, gemeinsam in diesem Block zu laufen.

Wird der Aufruf der Bewegung allerdings ernst genommen, beschränkt er sich nicht auf die G20-Proteste im Juli:

»Wir wollen die Alternative zur Kapitalistischen Moderne, die Demokratische Moderne, selbst sein: mit unseren Protesten gegen G20, mit unseren Konferenzen und eigenen Gipfeln, mit unserem Aufbau der Demokratischen Autonomie – einer langfristigen lokalen, regionalen und globalen Organisierung, die über das Zusammenkommen zu einem Event weit hinausgeht.«

Alle solidarischen Menschen werden eingeladen, Teil von diesem Aufbruch zu sein. Er beginnt bereits heute, nicht nur in Kurdistan, sondern auch in den zahlreichen Vereinen, Organisationen und Volks-, Frauen- oder Jugendräten in den einzelnen Städten Europas. Zahlreiche Büros und Institutionen, aber auch Solidaritätsstrukturen sind ansprechbar und offen für Fragen, falls es noch schwerfällt, immer den richtigen Kontakt vor Ort herzustellen.



Weil der Widerstand gegen die G20 und ihre kapitalistische Moderne nur gemeinsam geführt werden kann, weil der Aufbau der Demokratischen Autonomie und die Entfaltung der Demokratischen Moderne nur gemeinsam gelingen kann, liegt es an den Bewegungen und AktivistInnen, aufeinander zuzugehen und sich die Orte der Begegnung zu schaffen. ♦

Annäherung an den Begriff der »Demokratischen Nation«

Eine kontinuierliche Veränderung des Selbstverständnisses

Michael Knapp, Historiker und Autor

»Freiheit und Gleichheit, die durch Nationalstaaten erreicht werden, dienen de facto nur den Monopolen, das hat sich auf der ganzen Welt gezeigt. Macht und Kapitalmonopole erlauben niemals wahre Freiheit oder Gleichheit. Freiheit und Gleichheit können nur durch die demokratische Politik einer demokratischen Gesellschaft erreicht und durch Selbstverteidigung geschützt werden.« A. Öcalan

Dieser Artikel stellt einen Versuch dar, einen kursorischen Einblick in die Definition des Schlüsselbegriffs der Demokratischen Nation im Apoismus[1] zu geben. Der Begriff der Demokratischen Nation ist bisher wenig im deutschsprachigen Raum diskutiert worden, vielleicht weil er auf den ersten Blick nicht mit den antinationalistischen und antistaatlichen Paradigmen der PKK zusammenzupassen scheint, welche der kurdischen Bewegung eine besondere Sprengkraft verleihen. Um uns diesem Begriff anzunähern, müssen wir zunächst verstehen, dass die kurdische Bewegung es sich zu eigen gemacht hat, sich Begrifflichkeiten wieder oder neu anzueignen, die im herrschenden Diskurs durchaus anders besetzt sein können.

Die kurdische Freiheitsbewegung hat einen antistaatlichen und antinationalistischen Charakter. Die Eckpunkte des apoistischen Gesellschaftsmodells, Demokratische Autonomie und Demokratischer Konföderalismus, wurden schon an anderer Stelle mehrfach diskutiert. Beim so wichtigen Begriff der Demokratischen Nation bleibt immer noch eine gewisse Leerstelle, obwohl sie doch das alternative Modell des Apoismus zum Nationalstaat auf philosophisch-praktischer Ebene beschreibt. Die Leerstelle entsteht in der europäischen Debatte dadurch, dass der Begriff Nation immer auch mit dem Begriff des Nationalstaats wie auch mit Nationalismus verbunden wird: »Der Körper derjenigen Nationen, die mit dem nationalistischen Geist behaftet sind, äußert sich im Staat. Eben wegen ihres Körpers werden diese Nationen auch als Staatsnationen bezeichnet. Der Körper der Nationen, die allerdings freiheitlich und solidarisch sind, ist die Demokratische Autonomie. Die Demokratische Autonomie bedeutet, dass das Individuum und die Gesellschaft sich mit ihrem eigenen Willen verwalten. Man kann auch von einer demokratischen Leitung oder demokratischen Autorität sprechen.« (Abdullah Öcalan, KÜRT SORUNU VE DEMOKRATIK ULUS ÇÖZÜMÜ, Kültürel Soykırım Kıskacında Kürtleri Savunmak, 2016) – Wir können hier also zunächst festhalten, dass Demokratische Nation sich nicht an Ethnizität oder Religion orientiert, sondern von einer demokratischen Geisteshaltung definiert wird. Um dem Begriff aber wirklich ein Stück näherzukommen, müssen wir uns dem Denken und den Methoden Abdullah Öcalans tiefergehend anzunähern versuchen.

In der von Abdullah Öcalan verwendeten historischen, dialektischen Methode entwickelt sich Geschichte nicht wie in der klassisch marxistischen Methode entlang des Antagonismus von Kapital und Arbeit, sondern manifestiert und reproduziert sich im Rahmen des Antagonismus von Demokratischer und staatlicher Zivilisation auf immer neuen Ebenen. (Anzumerken ist dabei, dass der Begriff Zivilisation hier im ursprünglichen Sinne als »civitas«, als Gemeinde oder Gesellschaft, und nicht im Rahmen des kolonialen Diskurses verstanden werden muss.) In der historischen Methode der PKK wird der teleologisch angelegte historische Materialismus, der die unweigerliche gesellschaftliche Entwicklung vom Urkommunismus über Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus, Kapitalismus, Sozialismus zum Kommunismus beschreibt, als nicht unveränderlich verstanden. Die »natürliche Gesellschaft« oder auch der »Urkommunismus« wird auch schon von Engels als matrizentrische Gesellschaft beschrieben[2] und viele Funde aus neolithischer Zeit, insbesondere Darstellungen von Göttinnen, wie auch die Mythologien scheinen Anhaltspunkte für eine solche Interpretation bereitzuhalten, wie auch die systematische Zurückdrängung von Frauen auf gesellschaftlicher

1 Apoismus wird hier wie im Türkischen als Kurzform verwendet für das Netzwerk von Konzepten und Begrifflichkeiten um Demokratischen Konföderalismus, Demokratische Autonomie und Demokratische Nation.

2 Lewis H. Morgan, Ancient Society (1877); Friedrich Engels, The Origin of the Family, Private Property and the State (1894); und V. Gordon Childe, Man Makes Himself

Ebene in den staatlichen Strukturen Sumers, Akkads und der nachfolgenden.[3] Dies unterstützt auch Öcalans Beobachtung, dass die Durchsetzung von Herrschaft und Patriarchat nicht unweigerlich war, sondern ein Prozess, der mit Gewalt und Verrat aufrechterhalten wurde: »Insbesondere das Epos der Inanna, der Göttin des ersten Stadtstaates Uruk, ist sehr aufschlussreich. Dieses Epos, das eine Ära beschreibt, in der die matrizentrische und die patriarchale Kultur im Gleichgewicht waren, berichtet von einer harten Auseinandersetzung: lnanna als Göttin Uruks sucht Enki, den Gott der Stadt Eridu, in seinem Palast auf, dort fordert sie die einhundertvier ›me‹ zurück, die grundlegenden Entdeckungen und Erfindungen der Zivilisation, die sie als ihr rechtmäßiges Eigentum betrachtet. Durch verschiedene Methoden gelingt es ihr, sie nach Uruk zurückzubringen. Diese Legende ist eine Schlüsselerzählung, die hilft, jene Zeit zu verstehen. Inanna betont in dem Epos eindringlich, dass die ›me‹ als Errungenschaften der Zivilisation der Muttergöttin gehören, dass der männliche Gott Enki nichts mit ihnen zu tun, sondern sie ihr mit Gewalt und List geraubt hat. Inannas gesamte Bemühungen drehen sich darum, diese Kultur der Muttergöttin wieder zu erlangen.«[4] Während es im Rahmen der materiellen Befunde nicht einfach ist, vermeintlich längst vergangene Gesellschaftsformen zu erforschen, so bieten doch die Mythologie und Erzählung einen reichen Schatz an Perspektiven. Die Urgesellschaft, die auch für Öcalan kein Paradies darstellt, sondern die Gesellschaft, die vor der Durchsetzung der »heiligen Herrschaft« der Hierarchie, in ihrer ersten Form als Patriarchat und Gerontokratie, Herrschaft der Alten (Männer), bestand, hat nicht aufgehört zu sein, sondern besteht fort als Subströmung, als das, was Öcalan als Demokratische Zivilisation bezeichnet, welche der staatlichen Zivilisation gegenübersteht und bis heute gegen die kapitalistische Moderne Widerstand leistet.

Wenn man sich also vom Geschichtsdeterminismus entfernt und annimmt, dass jederzeit eine alternative Entwicklung möglich gewesen wäre, impliziert das, dass dies für heute immer noch gilt.

Öcalan stellt fest, dass der neueste Ausdruck der kapitalistischen Moderne der Nationalstaat ist. Der Nationalstaat, der in Europa Jahrhunderte von Genozid und Kriegen heraufbeschworen hat und den Mittleren Osten mit monistischen Regimen überzogen hat. In diesem Kontext ist die Nationalstaatsbildung als ein Prozess zu verstehen, der im 16. Jahrhundert begann und im Europa des 18. und frühen 19. Jahrhunderts zu seiner Ausprägung kam. Seine Wurzeln liegen im Bürgertum und in der bürgerlichen Gesellschaft, die sich mit der Französischen Revolution unter Ausnutzung der Unterdrückten, der Frauen der absolutistischen Herrschaft entledigten. War der Abbau von Zollschranken schon Inhalt des absolutistischen Merkantilismus gewesen, so übernahm der Nationalismus als bürgerliche Ideologie nun diese Aufgabe. Öcalan stellt fest, dass die fehlerhafte Analyse des Nationalstaats und des Problems Staat an sich im Marxismus-Leninismus zum Niedergang des Realsozialismus beigetragen hat: »Die unpassende Analyse der Frage des Staates durch die sozialistische Ideologie hat das Problem nur weiter vertieft (…) insbesondere das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die Idee eines Staates für jede Nation trugen massiv dazu bei, das Problem zu vertiefen.«[5] Die Idee der Demokratischen Nation »unterscheidet sich vom Realsozialismus und der klassisch marxistisch-leninistischen Doktrin, die hinter ihm steht. Das Selbstbestimmungsrecht wird aus seiner Einschränkung als bürgerliches Recht befreit und mit dem Maßstab gesellschaftlicher Demokratie verbunden. Konkret heißt das, die Lösung der kurdischen Frage ist ohne etatistische Kontaminierung möglich, ohne die Verfolgung eines nationalstaatlichen Prinzips und ohne dass man sich in solche Kategorien zwängen lässt, sie kann durch demokratische Selbstverwaltungsmodelle der Gesellschaft verwirklicht werden. Dies ist die Essenz der Transformation der PKK.«[6] Bezüglich des Nationalstaatsbegriffs kritisiert Öcalan scharf die Überschneidung der Begriffe von Volk und Nation, von Ethnos und Demos. Ephraim Nimni vom Centre for Ethnic Conflict Studies folgt ebenfalls dieser Logik, wenn er wie Öcalan die Probleme des Nationalstaats als strukturell beschreibt; er stellt fest, »Kultur wird zum quasi-totalitären Merkmal für Einigkeit«[7], etwas, das wir in den Leitkulturdebatten in Deutschland, aber auch im Regime der Türkei immer wieder deutlich wahrnehmen können. Der Anthropologe Gellner beschreibt Assimilierung, Vertreibung und Mord (sogenannte »ethnische Säuberung«) als die Konsequenz aus der Logik des Nationalismus – das 20. Jahrhundert steht Zeuge für diese These. Für die aggressiven nationalistischen Mobilisierungen des 20. Jahrhunderts stellte die Kongruenz von Staat und Kultur eine Grundvoraussetzung dar.[8]

Die Entwicklung moderner Nationalstaaten ist wie gesagt eng mit der Entwicklung des modernen Kapitalismus und seiner Märkte verbunden. Die Staaten Westeuropas begannen im 16. Jahrhundert damit, imperiale Konzepte allmählich zu ersetzen. Dieser Prozess gipfelte, als das Bürgertum in der Französischen Revolution Könige und Feudalherren überwand und sich an deren Stelle setzte. Die Frauen, die Ausgebeuteten, welche diese Revolution vorangetrieben hatten, wurden bei erstbester Gelegenheit durch die neue bürgerliche Elite der staatlichen Zivilisation verraten, ermordet und unterworfen. Nationwerdung geschah im Kontext von Marktverteidigung und Eroberung. Feudale Zölle wurden für das Kapital der eigenen Bourgeoisie aufgehoben. Nationen wurden als Gebiete der Produktion und Konsumption

3 vgl.: Helga Vogel, Antike Welt 2015/2, online unter https://www.academia.edu/11484361/Frauen_im_Alten_Orient_Antike_Welt_2015_2, 11.12.2015

4 Abdullah Öcalan, Jenseits von Staat, Macht und Gewalt, 1. Aufl. 2010, S. 21f.

5 Öcalan 2016, S. 19

6 ebd.

7 Nimni 2013, S. 5

8 Gellner 1997, S. 239–240

definiert – zunächst intern, nach Konsolidierung aber aggressiv expansiv. Die Nation, die als »Volk« definiert wurde, stellte und stellt immer noch den Klebstoff dar, der die Unterdrückten an die Unterdrücker binden soll. Der Sozialwissenschaftler Jeffrey Miley stellt diese Entwicklung folgendermaßen dar: »Großbritannien benutzte zum Beispiel das Konzept von Britishness, um die Menschen aus der Arbeiterklasse dazu zu kriegen, sich mit den imperialen Projekten zu identifizieren. (…) Das stellt eine historische Problematik dar, die im Zwischenkriegseuropa im Aufstieg des Faschismus kulminierte, als staatliche Akteure den Bezug auf die Nation zur Massenmobilisierung benutzten.«[9] Wir können feststellen, dass die nationalstaatliche Perspektive alles durchdrang. Während der Positivismus die Religion vordergründig verdrängte, scheint an die Stelle Gottes der Nationalstaat getreten zu sein. Dies zeigt die aufkommende Sakralisierung der Nation und Essentialisierung dieses fiktiven Begriffs. Essentialisierung und Sakralisierung zeigten sich auch in der Entstehung des biologistischen Rassismus und des Sozialdarwinismus als Naturalisierung des kapitalistischen Modells. Das nationalstaatliche Denken erfasste alle gesellschaftlichen Bereiche und so waren die Intellektuellen und Philosophen ebenfalls kaum in der Lage, das staatliche System als solches zu kritisieren, sie beschränkten sich allenfalls auf Teilaspekte wie beispielsweise die Produktion. Auch heute im Diskurs um den nationalen Wettbewerbsstaat, der sich in Deutschland als Standortdebatte zeigt, sehen wir wieder einmal, dass der Nationalstaat nicht das Gegenteil von globalisiertem Neoliberalismus darstellt, wie es uns Nationalisten glauben machen wollen, sondern das Ausspielen der Arbeitenden in verschiedenen konkurrierenden Nationalstaaten, um die Gunst des Kapitals zu gewinnen, eine eigentlich regelrecht klassische Anwendung des nationalstaatlichen Prinzips.

Das Verständnis der Demokratischen Nation ist nicht auf Territorium, Identität oder Kultur, sondern auf der Basis geteilter Werte aufgebaut. Die Demokratische Nation kann mit Staaten koexistieren, manifestiert sich aber praktisch durch Demokratische Autonomie und Demokratischen Konföderalismus – ihr Ausdruck ist radikale Demokratie, nicht Homogenität, sondern Pluralität ist Merkmal.

Demgegenüber lehnt der Apoismus diese Definition von Nation als Staat radikal ab, wie seine Beschreibung von Frauen als »die erste unterdrückte Nation« zeigt. Das Verständnis der Demokratischen Nation ist nicht auf Territorium, Identität oder Kultur, sondern auf der Basis geteilter Werte aufgebaut. Die Demokratische Nation kann mit Staaten koexistieren, manifestiert sich aber praktisch durch Demokratische Autonomie und Demokratischen Konföderalismus – ihr Ausdruck ist radikale Demokratie, nicht Homogenität, sondern Pluralität ist Merkmal. Die Trennung von Subjekt und Objekt, die sich in Dichotomien wie Geist (Subjekt) und Materie (Natur/Objekt), Mann (Subjekt) und Frau (Objekt) zeigt, spiegelt die Spaltung der Gesellschaft in Herrscher und Beherrschte wider. Ein wichtiges Merkmal der Philosophie der Demokratischen Nation ist die Aufhebung dieser Subjekt-Objekt-Dichotomie – Individuum und Gesellschaft werden nicht als Widerspruch oder Einheit gedacht, sondern das Individuum als etwas, das nur im gesellschaftlichen Kontext verstanden werden kann, das nur frei sein kann im Kontext einer politischen Gesellschaft und umgekehrt eine Gesellschaft nur frei durch freie Individuen sein kann. Nicht das postmoderne subjektivistisch ins Zentrum gerückte Individuum, das so vereinzelt ist, dass es machtlos ist gegenüber »der Gesellschaft« – hier gleichgesetzt mit dem Staat –, und auch nicht das moderne Individuum, das gegenüber Staat oder Gesellschaft nichts bedeutet und deswegen machtlos ist, sondern das Individuum, das sich frei in radikaldemokratischen Strukturen organisiert und so gemeinsam mit anderen die Gesellschaft gestaltet. Radikale Demokratie bedeutet aber auch die demokratische Übernahme aller vom Staat der Gesellschaft entrissenen Aufgaben, Verteidigung, Gerechtigkeit, Justiz – sowie den Aufbau von Beziehungen jenseits patriarchaler Unterdrückung und Ausbeutung. Hier wird deutlich, dass es die abgeschlossene Demokratische Nation gar nicht geben kann, sondern dass es eine kontinuierliche Veränderung des Selbstverständnisses im Einzelnen darstellt – vom Selbstverständnis des subjektivistischen oder objektivistischen Staubkorns vor dem Leviathan des Staates hin zu einem bewussten und freien Individuum, das in Verbindung mit der Gesellschaft steht und in ihr organisiert ist.

»Wir sind davon überzeugt, dass die Menschen unter kapitalistischer Herrschaft am versklavtesten sind – Liberalismus erzeugt die Illusion von Freiheit –, in diesem Sinne muss die individuelle Freiheit diskutiert werden. Klar, wir leben nicht im Zeitalter der Religion und der Könige, aber der Mensch konnte dennoch kein freies Individuum werden, sondern wurde zum Objekt. Möglicherweise werden Menschen nicht mehr so oft verkauft wie früher, aber dasselbe wird heute durch subtilere Methoden praktiziert. Der Kampf ist schwer, aber ohne die Befreiung des Individuums kann er nicht erfolgreich sein – wir müssen uns selbst fragen: Wie frei bin ich?« (Öcalan 2016) ♦

9 http://kurdishquestion.com/index.php/kurdistan/dr-jeffrey-miley-a-middle-east-beyond-oppressive-nation-states-and-imperialism-is-possible-rojava.html

Wenn es das Wasser dieses Flusses nicht geben würde, dann gäbe es auch kein Leben ...

Mîrav – ein Dienst an der Natur und am Wasser selbst

Devriş Çimen, Journalist

In den frühen Morgenstunden beginnt unsere Reise. Das leuchtende Rot des Morgengrauens begleitet unseren Weg. Während dieses Rot, das unsere Augen an sich bindet, so langsam ins Blau wechselt, spüren wir aus dem offenen Spalt unserer Fenster die Wärme in unser Auto strömen. Zunächst berührt diese Wärme ganz sanft unsere Gesichter. Dann dringt sie langsam, aber stetig in unsere Brust und erwärmt unser Inneres. Wir befinden uns auf den kurvigen Wegen der Kandilberge. Auf der Fahrt blicken wir stetig aus den Fenstern und erblicken in jeder Kurve ein neues buntes Paradies der Natur, versteckt in den Ausläufern des Gebirges. Als wir einen Hügel erreichen, der uns gefühlt den Horizont des Himmels berühren lässt, erblicken wir vor uns die Berge, die den Horizont gar noch übersteigen. Wir lassen unsere Blicke von den Spitzen der Berge hinuntergleiten und erblicken die verschiedensten Grüntöne der Natur. Unser Weg führt uns in dieses Grün.

Während unsere Blicke noch in diesem Meer aus Grün haften bleiben, erblicken wir inmitten dieser Schönheit einen alten Mann. Obwohl er den »Şutik«, einen breiten Wickelgürtel, über seiner kurdischen Tracht trägt, fällt uns sein leichter Buckel auf. Mit seinen abgenutzten Schuhen bewegt er sich schnellen Schrittes in die gegenläufige Richtung eines kleinen Flusses. Er schreitet zwischen den verschiedensten Obstbäumen, die Feigen, Granatäpfel oder Walnüsse tragen, voran.

Dieser alte Mann, der seinen Weg inmitten dieser wunderschönen Natur geht, wohnt in einem aus Erde und Stein errichteten zweistöckigen Haus in einem der Dörfer des Kandilgebirges. Die Berge von Kandil reihen sich in Südkurdistan (Nordirak) an das Zagrosgebirge. Inmitten der Berge sind durch die vielen Flüsse unzählige Gebirgsspalten entstanden, die zu labyrinthartigen Wegen zwischen den Bergen zu den Tälern führen.

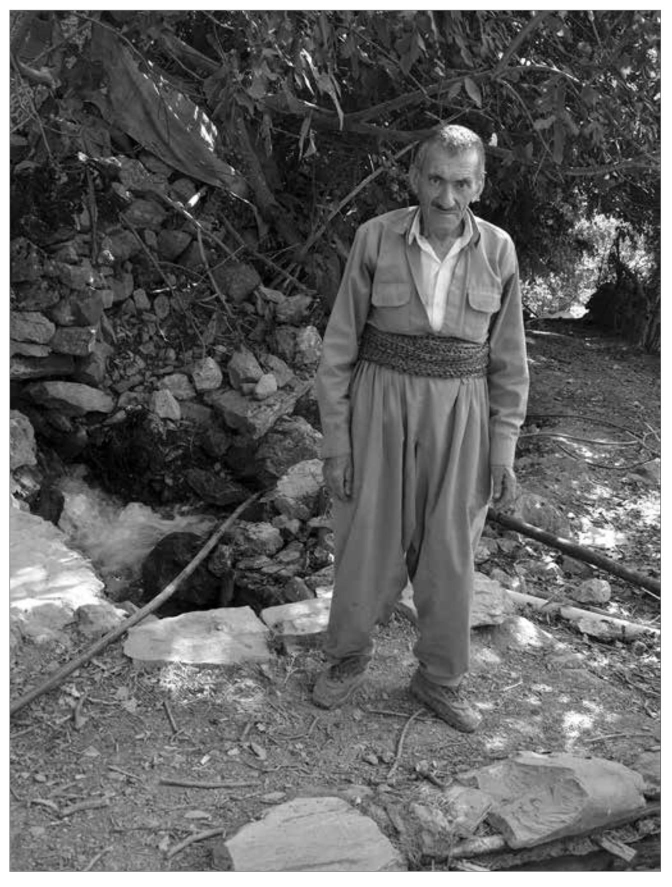
Diese Täler und Berge sind Zeugen von hunderten Geschichten, die sich hier in der Vergangenheit ereigneten. Die Geschichte des alten Manns, des Mîrav, ist nur eine von ihnen.

In der Nähe der irakisch-iranischen Grenze, die Südkurdistan von Ostkurdistan trennt, an den Hängen der höchsten Gipfel der Kandilberge, die etwa fünfundzwanzig Kilometer nordöstlich des Dokan-Sees liegen, Liegen die Dörfer Sinemoke, Surede, Aşgulkey und Sergenilye. Die Dörfer sind umgeben von Gärten, die reich an Weinreben, Feigen, Granatäpfeln, Maulbeeren und Pfirsichen sind. Jedes der Dörfer besteht aus rund fünfzig Häusern. Und sie alle sind wie eine Schatztruhe alter Epen Mesopotamiens.

Wir erreichen diese wundervollen Orte im regnerischen Frühling. Der Winter war dieses Jahr hart und schneereich. Den Wechsel der Jahreszeiten betrachten die Dorfbewohner als einen Segen. Denn während der Schnee so langsam schmilzt, entstehen Rinnsale, die zu kleinen Bächen anschwellen. Das Wasser dieser Bäche ist so kalt, dass man es kaum wagt, mit der Hand hineinzufassen, geschweige denn es zu trinken. Die Bäche wagen ihren Weg die Berge hinab und vereinigen sich zu einem fließenden Strom. Dieses Zusammenströmen der Bäche gleicht mit seinem Rauschen einem wahren Orchester. Als der Fluss das Dorf erreicht, welches wir besuchen, wird er etwas langsamer. Hier wird ein Teil des Flusses zur landwirtschaftlichen Bewässerung abgeleitet. Gleich hinter dem Dorf vereinigt er sich dann mit einem größeren Fluss, gewinnt erneut an Geschwindigkeit und fließt dann in das Herz des Dokan-Sees.

Welche Epochen, welche Geschichten, welches Glück und welches Leid, welche Zerstörung und welchen Widerstand dieser Fluss, der unserem Dorf Leben gibt, gesehen hat, liegt im Verborgenen. Doch das Wasser des Flusses fließt klar. Und wir können davon ausgehen, dass der Fluss – ebenso wie unserem Dorf – auch in der Vergangenheit der Natur, den Tieren und den Menschen Leben gegeben hat.

In vielen Religionen und Mythologien, bei den kurdischen, iranischen und arabischen Völkern genauso wie bei den indigenen Völkern Amerikas, Afrikas und Asiens spielt das Wasser in den Schöpfungsmythen eine herausragende Rolle. Aus diesem Grund betrachtet man in unzähligen Gesellschaften überall



Mîrav – »Herr des Wassers« Foto: Devriş Çimen

auf der Welt das Meer, den See, den Fluss oder die Quelle als Heiligtum.

Sowohl im Glauben der alten Sumerer als auch in den mesopotamischen Glaubensschriften der Zoroastrier ist das Wasser etwas Heiliges. Dem Wasser werden eine produktive Rolle bei der Schöpfung und somit göttliche Attribute zugeschrieben und es wird deswegen in diesen Glaubensvorstellungen auch besonders geachtet. Seine Beschmutzung wird als Sünde betrachtet. In dem Avesta, dem heiligen Buch des Religionsstifters Zarathustra, findet man mehrfach Stellen, die diese Vorstellung vom Wasser festhalten.

So wird an einer Stelle des Yasna – ein Bestandteil des Avesta – Wasser mit dem Herrn (Ahura) gleichgestellt. Und in derselben Religion ist von einem Engel namens »Apāmnapāt« die Rede, der allein damit betraut ist, das Wasser zu schützen.

Der Mîrav mit seinem feinen Gesicht, dem wir in den Bergen Kandils begegnen, schützt genau wie Apāmnapāt das Wasser des Gebirges. Er ist etwa siebzig Jahre alt und wird Onkel Hasan Mankak genannt. Seine Rolle kommt dem zoroastrischen Engel auch deshalb gleich, weil er sich darum kümmert, dass vom Fluss aus das Wasser gerecht auf die umliegenden Dörfer verteilt wird. Mit seiner weichen Stimme erklärt er uns: »Wenn es das Wasser dieses Flusses nicht geben würde, dann gäbe es auch kein Leben in den Dörfern. Hier wäre alles trocken. Die Menschen würden dann die Dörfer verlassen und sich selbst überlassen. Dieser Fluss ist also für die Menschen hier nicht nur eine Wasserquelle, sondern die Quelle des Lebens.« Die Art, wie er zu uns spricht, erinnert an einen Märchenerzähler. Doch die Worte, die er mit uns teilt, sind keine Märchen, sondern ein Teil des Lebens der Menschen hier.

In der gesamten Menschheitsgeschichte sind in der Nähe von Flüssen und an den Küsten der Meere Zivilisationen entstanden. Wann die Menschen wohl das verborgene Wasser dieser Berge ausfindig gemacht haben? Das kann uns der Mîrav auch nicht beantworten. Aber er schildert uns eindrücklich, wie das Wasser aus den Bergen das Leben in den Dörfern heute bestimmt: In jedem Frühling, noch bevor der Regen aufhört, kommen die alten Menschen der Dörfer Sinemoke, Surede, Aşgulkey und Sergenilye zusammen. Sie müssen für die Zeit von Anfang Juni bis Ende Oktober einen Mîrav wählen. Denn die Schäden am Flussverlauf, die im Winter und Frühling entstanden sind, müssen behoben werden. Nur so kann der Fluss auch den Dörfern als Lebensquell dienen. Der Mîrav in diesem Jahr ist unser Erzähler, Onkel Hasan Mankak.

Die Augen des Mîrav glänzen, als er langsam seine Hände in den Fluss taucht, um das kalte Wasser zu trinken. Er erklärt uns, dass mit dem Beginn des Sommers die Erde trockener und dann auch mehr Wasser benötigt wird. Dann ist es besonders wichtig darauf zu achten, dass der Fluss an keiner Stelle unnötig an Wasser verliert.

Der Mîrav hat die Aufgabe, für fünf Monate im frühen Morgengrauen flussaufwärts bis zur Quelle des Wassers hochzusteigen und seinen Verlauf zu kontrollieren und instand zu halten. Steine, Äste und andere Gegenstände, die sich im Flussverlauf befinden, werden von ihm entfernt. Bei seiner Rückkehr, wieder am Wasserlauf entlang, ist dann die Sonne in der Regel bereits untergegangen. Der Mîrav ist somit der Herr des Wassers. Seine Aufgabe ist es, die Begegnung des Wassers mit der Natur, den Gärten, den Blumen, den Schmetterlingen, den Knospen, den Bienen, aber auch mit dem Kleinvieh, den Hühnern, den Menschen und vielen anderen Lebewesen zu ermöglichen. Aus diesem Grund wird er Mîrav genannt, also der Herr des Wassers. Der Begriff setzt sich nämlich aus den beiden kurdischen Wörtern »mîr« (der Herr) und »av« (das Wasser) zusammen.

Onkel Hasan Mankak erzählt uns, dass er ein alter Kommunist sei. Das passt zu seiner Tätigkeit als Mîrav. Er sorgt dafür, dass das Wasser gerecht auf die Dörfer verteilt wird. Denn seine

Aufgabe ist es auch, den Fluss alle zwei Tage umzuleiten. Jedes der vier Dörfer, die von dem Fluss leben, kommt also nacheinander für jeweils zwei Tage an die Reihe. Unser Mîrav erzählt, dass er für die Umleitung manchmal zwar auch eine Schaufel benötige. Aber in der Regel reiche es aus, mit den passenden Steinen den Verlauf des Wassers geschickt in die richtige Richtung zu lenken. Dadurch sorge er dafür, dass ein Teil des Wassers vom Hauptstrom über kleinere Kanäle in das jeweilige Dorf gelange, das gerade versorgt werde. Über die Kanäle wiederum kommt das Wasser dann zu den Häusern und den Gärten des Dorfes. Dieses Wasser reicht vollkommen aus, um den Wasserbedarf der Bewohner und ihrer Tiere und Felder vollständig zu decken. Aber damit das auch wirklich gelingt, muss die Verteilung völlig gerecht ablaufen. Und so kommt es, dass nur Menschen, denen von allen Seiten großes Vertrauen geschenkt wird, zum Mîrav gewählt werden. Falls wirklich einmal jemand aus berechtigten Gründen mehr Wasser benötige, könne der Mîrav auch eine Ausnahme machen, erklärt uns der Onkel. Aber falls jemand auf eigene Faust den Fluss umleite, gebe es Ärger. »Es fällt mir schwer«, so der Mîrav, »aber dann muss ich den Betreffenden aufsuchen und mich leider Gottes mit ihm streiten. Ich versuche ihnen allerdings immer in Ruhe zu erklären, dass ihr Verhalten nicht richtig ist. In den meisten Fällen sehen sie es ein und entschuldigen sich. Damit versuchen wir diese Situation dann auch zu beenden.«

Der Mîrav sei kein Beruf, erklärt uns unser Onkel. Es sei Dienst an der Gesellschaft, ein freiwilliger Dienst. Man müsse sich aber dazu in gewisser Weise auch berufen fühlen, denn nur Menschen, die gerne einen Dienst für ihre Mitmenschen leisten, könnten diese Verantwortung übernehmen. Und es gehe hierbei nicht nur um die Mitmenschen. Denn letztlich sei die Aufgabe des Mîrav auch ein Dienst an der Natur und am Wasser selbst.

»Wenn mein Leben dazu noch ausreicht und die Dorfältesten mich erneut mit dieser Aufgabe betrauen, würde ich sie gerne wieder übernehmen«, sagt Onkel Hasan Mankak. Er habe bereits in der Vergangenheit zwei Mal diese Aufgabe übernommen. Er mache diese Arbeit gerne. Es sei keine Arbeit, bei der es ums Geldverdienen ginge. Am Ende seiner »Amtszeit« sammeln die Dorfbewohner untereinander ein wenig Geld, um es dem Mîrav für seinen Dienst zu geben. Er teilt uns mit einem Lächeln mit, dass dies keine Summe sei, mit der man reich werde. Das sei ohnehin nicht sein Ziel. »Ich kümmere mich neben meiner Aufgabe auch noch weiterhin um meinen kleinen Garten. Das reicht für mich aus. Nicht das Geld macht einen glücklich. Mich macht es glücklich zu sehen, wie mit dem Wasser des Flusses die Pflanzen über das Jahr hinweg wachsen, Früchte geben und die Menschen und anderen Lebewesen ernähren.«

Ich glaube ihm diese Worte. Denn als er uns in sein Haus einlädt, aus dem es nach frisch gebackenem Brot duftet, wird uns von Neuem klar, wie reich das Herz dieses Mannes ist. Er hat in diesem Haus mit seiner Frau sieben Kinder großgezogen. Nun teilt er das Haus mit einem seiner Kinder und drei Enkelkindern. Während er die Wange eines seiner Enkelkinder küsst, huscht ihm dasselbe Lächeln über das Gesicht wie in dem Moment, als er seine Hand in das kalte Wasser des Flusses eintauchte. »Was ist Glück, wenn es nicht das ist!«, denke ich bei mir.

In den großen Städten fernab der Berge wird man die Arbeit eines Mîrav nicht mehr finden. Die Wasserversorgung wird dort durch staatliche Strukturen übernommen. Selbst die Privatisierung des Wassers – und damit die vollständige Unterordnung der Wasserversorgung unter das Diktat der Märkte und des Kapitals – wird diskutiert. Während im Mittleren Osten entlang des Tigris, des Euphrats und des Nils geschichtsträchtige Zivilisationen entstanden sind, werden heute in derselben Region erbitterte Kriege um Rohstoffe und Bodenschätze geführt. Und man muss kein Prophet sein, um zu ahnen, dass sich die kommenden Kriege in der Region um das Wasser drehen werden. Das übermäßige Bevölkerungswachstum, die kapitalistische Produktionsweise und das Wuchern der Städte führen dazu, dass der Menschheit immer weniger sauberes Trinkwasser zur Verfügung steht. Und so wie in der Geschichte entlang des Wassers unzählige Zivilisationen entstanden sind, so wird das Fehlen des Wassers dazu führen, dass Zivilisationen zugrunde gehen.

Nicht das Geld macht einen glücklich. Mich macht es glücklich zu sehen, wie mit dem Wasser des Stroms die Pflanzen über das Jahr hinweg wachsen, Früchte geben und die Menschen und anderen Lebewesen ernähren.

Der Mittlere Osten ist bereits heute großer Trockenheit ausgesetzt. Die Flüsse werden gestaut und von Staaten als politisches Druckmittel gegen ihre Nachbarn eingesetzt. Das noch fließende Wasser wird übermäßig verschmutzt oder zur Ware gemacht und auf den Märkten von Unternehmen in Plastikflaschen abgefüllt feilgeboten.

Während in unserem Zeitalter so vieles rund um das Wasser schief läuft, zeigt uns der Mîrav in den bergigen Dörfern des Kandils, wie gesellschaftlich-ethisches Verhalten mit dem Wasser aussehen kann. ♦

Das »Manifest der Jugend«

Diskussionsleitfaden für die revolutionäre Jugend

Buchvorstellung von Haki Gabar

»Die in den 1972ern hervortretende und heute als PKK bekannte Bewegung war keine Organisation, sondern eine ideologische, politische Strömung. (...) Als ich ihr beitrat, war sie nicht wie in der Anklageschrift behauptet eine Organisation. Sie war eine ideologisch-politische Strömung, die organisiert werden musste.« (Kemal Pir, 1981, Verteidigung vor Gericht)

Die PKK – von einer ideologischen Strömung zu einem gesellschaftlichen System

Die kurdische Freiheitsbewegung erlebte ihre Gründungsphase in Form einer sozialistischen Jugendpartei. Darauf folgte die Phase der Auferstehung und des Widerstands. Gegenwärtig durchlebt sie die Phase der Befreiung und des Aufbaus. Die von Kemal Pir, einem ihrer Gründungsmitglieder, vor Gericht noch als »ideologisch-politische Strömung« bezeichnete PKK wird fast vier Jahrzehnte später von der Kovorsitzenden des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Bese Hozat, in einem Interview so charakterisiert: »Es *[ist]* ungenügend, die PKK als eine Widerstandsbewegung zu definieren. Denn die PKK hat in ihrem 35-jährigen Aufstand das Paradigma der Demokratischen Nation hervorgebracht. Sie hat das demokratisch-konföderale System der Völker entwickelt. Sie hat als Alternative zum 5 000-jährigen etatistischen System das Projekt des Systems der demokratischen Völker aufgebaut und hat die Vorreiterrolle beim Aufbau dieses Systems eingenommen. Heute ist das von der PKK entwickelte demokratische, freie, geschlechterbefreite und ökologische System das einigende System für die Befreiung der Völker. (…) Die PKK hat, in der gegenwärtigen Situation, das Niveau einer Bewegung überwunden und ist nun zu einem gesellschaftlichen System geworden.«

Das sich wandelnde Sozialismusverständnis der kurdischen Freiheitsbewegung gibt in ihrem demokratischen und ökologischen Gesellschaftsmodell den Frauen und der Jugend als Avantgarde der Revolution den Raum zur autonomen Organisierung. Während die Frauen sich in Kurdistan innerhalb des demokratischen Konföderalismus eigenständig unter dem Dach der KJK (Komalên Jinên Kurdistan, Vereinigungen der Frauen Kurdistans) organisieren, tut die Jugend dies unter dem Dach der Komalên Ciwan (Koma Komalên Ciwanên Demokratik a Kurdistan, Gemeinschaft der Vereinigungen der Demokratischen Jugend Kurdistans).

Das Manifest der Jugend

Im März 2017 ist nun das von der kurdischen Jugendbewegung verfasste »Manifest der Jugend« in deutscher Sprache erschienen. Das Buch fasst die Entstehung, die Entwicklungsphasen, die Organisierungs- und Kampfweise der Jugendorganisierungen innerhalb der PKK zusammen. Insbesondere die organisatorische und ideologische Transformation der PKK-Jugendbewegung wird umfassend analysiert und die langfristig angelegte Strategie dargelegt. Während sich die ersten beiden Kapitel mit dem Phänomen Jugend und seiner Geschichte befassen und sich dabei eng an die Argumentationslinien der Gefängnisschriften Abdullah Öcalans halten, bilden die historische Entwicklung und Ideologie der apoistischen Jugendorganisation den Kern des Buches. Was es so bedeutend und einzigartig macht, ist der Umstand, dass es als einzige Abhandlung in deutscher Sprache die Geschichte der Jugendbewegung und die Einflüsse des Paradigmas des demokratischen Konföderalismus auf ihre aktuelle Politik und Strategie hin ganzheitlich untersucht. So heißt es selbstkritisch in der Einführung: »Es war unsere Absicht ein Strategiepapier zu entwickeln, das klar aufzeigt, welche Strategie die Jugendbewegung, dem Paradigma Rêber Apos entsprechend, verfolgen muss. All die hier formulierten Gedanken stellen eine jugendspezifische Herangehensweise an die Ideen Rêber Apos dar.«

»Die Identität der Jugend richtig definieren«

In diesem Sinne wird nach der Einleitung die Identität der Jugend definiert und beleuchtet und anschließend die Annäherungsweise der herrschenden Systeme an die Jugend behandelt. Hierbei wird sich insbesondere mit der These auseinandergesetzt, dass die Jugend so wie das Geschlecht kein physisches, sondern ein gesellschaftliches Phänomen sei. So heißt es im Manifest: »Die Jugend ist in Hinblick auf das Leben, die Gefühle und Gedanken eine gesellschaftliche Kategorie, die eigene, unverwechselbare Merkmale und einen dementsprechenden Charakter trägt, die sie von anderen gesellschaftlichen Kreisen abgrenzt.« Jedoch bedarf es auch für die Jugend einer Bewusstwerdung ihrer Merkmale und progressiven Rolle in der Gesellschaft. Um diese Bewusstwerdung der Jugend zu verhindern und ihre Energie in kontrollierte Bahnen zu lenken, nutzten die Herrschenden seit Beginn der kapitalistischen Zivilisation verschiedenste systematisierte Methoden, die bis zur Gerontokratie, »Knabenlese«[1] oder Päderastie reichen, die in diesen Kapiteln dargestellt werden.

Jugendgeschichte – die Geschichte neu schreiben

»Mit der falschen Geschichte kann man nicht richtig leben. Je besser wir die Entwicklung der Gesellschaft begreifen, desto besser können wir das richtige Leben aufbauen.« (Abdullah Öcalan)

Die offizielle Geschichtsschreibung ist immer die Geschichte der Herrschenden. Indem sie nur ihre Geschichte aufschreiben ließen, rissen sie auch die Definitionsmacht an sich. So wie patriarchale und positivistische Betrachtungsweisen durch die Exklusion und Kolonisation der Frau die Geschichte und Identitäten verzerren und verfälschen, so wird dasselbe auch mit der Geschichte der Jugend getan. Denn in allen Epochen wurde immer noch eine andere Geschichte erlebt, auch wenn sie kaum geschrieben wurde, so ist es auch mit der Geschichte der Unterdrückten, der Frauen und der Jugend: »Die Jugend wurde, trotz ihrer aktiven Teilnahme an gesellschaftlichen und politischen Kämpfen durch die gesamte Geschichte hinweg nicht mit ihrer eigenen Identität definiert. Der Kampf mit ihrer eigenen Identität hat sich erst sehr viel später entwickelt. Bis zum Erreichen dieser Stufe hat sie innerhalb allgemeiner gesellschaftlicher Widerstände wirkungsvoll Platz eingenommen und unter den Bedingungen der Moderne in realsozialistischen und nationalen Befreiungsbewegungen aktiv ihre Rolle gespielt.«

In diesem Sinne wird im Manifest die Herangehensweise an die Jugend in realsozialistischen und nationalen Befreiungsbewegungen bewertet und mit Beispielen revolutionärer Jugendführer, wie Jakow Michailowitsch Swerdlow, der mit 26 Jahren in das erste Zentralkomitee der bolschewistischen Partei aufgenommen wurde, oder dem guineischen jugendlichen Widerstandsführer Amílcar Cabral, die Beteiligung von Jugendlichen an gesellschaftlichen und politischen Kämpfen aufgezeigt und Bewusstsein für die eigene Jugendgeschichte entwickelt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die 68er-Jugendbewegung gelenkt, die im Manifest als »erste Jugendrevolution der Geschichte« und »Mentalitäts- und Kulturrevolution« bezeichnet wird. Ihre Auswirkungen weltweit, im Mittleren Osten und insbesondere auf die Türkei werden dabei dezidiert unter die Lupe genommen.

Aus diesem Kapitel wird nochmals ersichtlich, dass die PKK ihre Wurzeln in dem Aufbruch nationaler Befreiungsrevolutionen wie in Cuba, Vietnam, Nicaragua und Palästina sowie in der 68er-Jugendbewegung hat und sich auch in deren sozialistischer Tradition sieht. So formuliert Öcalan in Bezug auf die revolutionären Studentenführer Deniz Gezmiş, Mahir Çayan und İbrahim Kaypakkaya: »Wenn es diese ehrenvolle Haltung von ihnen nicht gegeben hätte, hätte es die PKK nicht gegeben.«

Die PKK und die patriotisch-revolutionäre Identitätsbildung der Jugend Kurdistans

Im dritten Kapitel werden nach einer kurzen Skizze der Situation, in der sich die Jugend vor den Einflüssen der 68er-Bewegung und der Entstehung der PKK befand, die verschiedenen strategischen Phasen der kurdischen Freiheitsbewegung aus Sicht der Jugend behandelt. Nach der Schilderung der unzureichenden Herangehensweise an die jugendliche Identität im Realsozialismus und den nationalen Befreiungsrevolutionen wird der Unterschied zur PKK zum Ausdruck gebracht: »Im Wesen der apoistischen Bewegung und der PKK findet sich der Jugendgeist. Die Essenz der apoistischen Bewegung ist ihre Existenz als Jugendbewegung. Nach ihrer Entstehung ist sie zu keiner ArbeiterInnenbewegung oder irgendeiner Volksbewegung geworden, sie ist als Jugendbewegung geboren und eine solche geblieben. (...) Die Jugendbewegung hat sich in eine Parteibewegung verwandelt. Die spezielle Herangehensweise an die Jugend hat hingegen niemals an Gültigkeit verloren.«

Bis die Jugend sich mit der Ausrufung und Entwicklung der »Vereinigung der Patriotischen Jugend Kurdistans« (Yekîtiya Xortên Welatparêzên Kurdistan) im Jahr 1987 autonom zu organisieren begann, hatte sich die »Volksbefreiungsarmee Kurdistans« (ARGK) als »Jugendarm der Guerilla« bezeichnet. Durch die Bemühungen der jungen Frauenaktivistinnen wurde im Jahr 1991 eine Namensänderung zur »Union der Jugendlichen aus Kurdistan« (Yekitîya Ciwanên Kurdistan) voll-

1 Entführung, Zwangsislamisierung und -rekrutierung von (meist männlichen) Jugendlichen im Osmanischen Reich.

zogen, da das Wort »xort« in dem Glauben, es bedeute Jugend, gewählt worden war, begrifflich jedoch nur junge Männer umfasste. Bis zum internationalen Komplott organisierte sich die Jugend Kurdistans vornehmlich in Nordkurdistan, der Türkei und in Europa fortan unter dem Namen YCK. Im Manifest heißt es zu deren Bedeutung für den Kampf der Jugend: »Die YCK hat eine sehr wichtige Rolle für die neue Identitätsgewinnung und Avantgardewerdung der Jugend Kurdistans innerhalb des Kampfes gespielt. Die Jugend hat einen eigenen Geist geschaffen. Die YCK war für den Selbstausdruck der Jugendlichen innerhalb der Freiheitsbewegung eine sehr wichtige Etappe. Sie hat eine wichtige Rolle in der Entwicklung des demokratischen Volkskampfes gespielt.«

Mit dem internationalen Komplott und den darauffolgenden Entwicklungen, seien es die internen Liquidationsbestrebungen oder die von Abdullah Öcalan vorangetriebene strategische Neubestimmung, wurde nicht nur die PKK, sondern auch ihre Jugendorganisation aufgerüttelt: »Nach dem internationalen Komplott ereignete sich ein strategischer Wechsel. Auch für die Jugendbewegung begann so eine sehr schmerzhafte Phase. Der Fokus auf den Kampf um Frieden und Demokratie und die zweitrangige Rolle des bewaffneten Kampfes im Rahmen des strategischen Wechsels hat die Jugendbewegung sehr vielseitig beeinflusst. Vor dem Wechsel gab es eine vollständig am Krieg orientierte Organisierungs- und Arbeitsweise. Als der Krieg in den Hintergrund rückte, trat die Frage in den Vordergrund, welche Aufgabe die Jugendbewegung hatte. Denn bisher bestand ihre Aufgabe u. a. darin, den bewaffneten Guerillakampf zu stärken und zu unterstützen. So war lange unklar, wie die Arbeitsweise in der neuen Phase entwickelt werden sollte.«

Die Transformation der Freiheitsbewegung und die »Gemeinschaft der Vereinigungen der Demokratischen Jugend Kurdistans«

»Wir haben zweimal in unserer Geschichte die Praxis der Kritik und Selbstkritik in einer sehr tiefen Form angewendet. Einmal während unserer Entstehung und einmal während des Paradigmenwechsels. Kritik und Selbstkritik sind unsere Prinzipien. Dies ist auch ein Grund dafür, wieso wir unbesiegbar sind. (…) Es gab auch zum Beispiel in der Türkei den alten Kommunisten Mihri Belli, der vor kurzem gestorben ist. Er sagte zu mir, dass er die PKK dafür bewundere, dass sie alles offen und ohne Zurückhaltung schreiben würde. Das habe keine Kommunistische Partei eines sozialistischen Landes geschafft und dafür bewundere er die PKK. Das stimmt, wir genieren uns nicht, denn wir vertrauen unserer Ideologie, unserer Linie, uns selbst, unseren Genoss_innen, unserem Volk. Wenn wir kein Vertrauen hätten, könnten wir dies alles nicht machen. (…) Die PKK steht zu allem, was sie macht, sei es schlecht oder sei es gut. Sie ist keine Bewegung, die nur zu ihren guten Seiten steht.« (Cemil Bayık, KCK-Kovorsitzender)[2]

Im vierten Kapitel wird ein authentischer Einblick in die Phase der Transformation der kurdischen Jugendbewegung und in die Diskussionen um die strategische Neubestimmung nach dem internationalen Komplott von 1999 gegeben. Im Manifest werden die Auswirkungen der chaotischen Phase auf die Jugendbewegung mit einem »wirklichen Zerfall« beschrieben. Die in dieser Phase gegründete und nicht lange bestehende »Bewegung der Freien Jugend Kurdistans« (Tevgera Ciwanên Azad a Kurdistanê) konnte den Anforderungen nicht wirklich gerecht werden. So wurde die autonome Organisierung der jungen Frauen, bis zur Gründung der »Vereinigung der jungen Frauen« (Komalên Jinên Ciwan) im Jahr 2011, lange Zeit als zweitrangig angesehen.

Während die »schmerzhafte Phase« des Umbruchs und der Veränderung innerhalb der organisierten Jugendstruktur bis ins Jahr 2009 andauerte, war es die Jugend in Bakur/Nordkurdistan und der Türkei, die dem Vernichtungskonzept des türkischen Staates, das er mit der Verschleppung Öcalans einleitete und in den folgenden Jahren zu Ende bringen wollte, mit unterschiedlichen Kampagnen Einhalt gebot. Mit diversen Kampagnen wie der »Muttersprachen-Kampagne« oder der »Lebende Schutzschilde«-Kampagne, die insbesondere von den Studierenden vorangetrieben wurden, leistete die Jugend einen wesentlichen Beitrag gegen die Liquidationsbestrebungen der Türkei und die Angriffe auf die Stellung der kurdischen Führungspersönlichkeit Öcalan in der kurdischen Gesellschaft.

Im Jahr 2009 kann die Jugendbewegung auf eine gestärkte organisatorische Struktur und ideologische Linie blicken, die nicht wenig durch die Gefängnisschriften Öcalans gestärkt wurden. Im Manifest heißt es dazu: »Im Jahr 2009 ist die Jugendbewegung allmählich zu einem eigenen System geworden, hat in den vier Teilen Kurdistans und in Europa ihre Arbeiten und ihre Kaderkraft vergrößert. Kurzgefasst: Sie ist zu einer echten ›Jugendbewegung‹ geworden. Durch diese Erfahrung und Kraft wurde im Jahr 2009 der dritte Komalên Ciwan Kongress mit breiter Beteiligung aus den vier Teilen Kurdistans und Europa verwirklicht. Die grundlegende Feststellung und Frage war folgende: Die Jugend ist nun eine Organisation und eins mit der Linie der Bewegung geworden. Kann die Jugend nun die Avantgarde werden?«

---

2 http://www.kommunisten.eu/index.php?option=com_content&view=article&id=3655:der-paradigmenwechsel-in-der-politik-der-pkk-exclusiv-interview-mit-cemil-bayik&catid=45:interviews&Itemid=95; http://www.kommunisten.eu/attachments/3655_Cemil_Bayik_Interview_Teil_3.pdf

Der demokratische Jugendkonföderalismus als neue Utopie der Jugend

»Die Jugend, die es in der Jugendkulturrevolution von 1968 mit dem Slogan ›Eine andere Welt ist möglich!‹ erfolgreich schaffte, zu einer wirksamen Kraft zu werden, wird diesmal mit der Entwicklung eines eigenen, demokratischen, konföderalen Jugendsystems eine andere Welt möglich machen.« (aus: Manifest der Jugend)

Im fünften Kapitel des Buches legt die Jugendbewegung ausführlich ihr revolutionäres Konzept als Alternative zur kapitalistischen Moderne dar. Angesichts der globalen Realität des Kapitalismus, »in der die Gesellschaft und der Mensch sich im Todeskampf befinden, wo das Geld über alles und jeden herrscht, in dem ein sinnentleertes Leben und alltägliche Beziehungen verherrlicht werden und alles die Gesellschaft und den Menschen Betreffende zur Ware gemacht wird«, betont sie die Notwendigkeit »revolutionärer Praxis und revolutionären Lebens« für den Aufbau der demokratischen Moderne. Aus ihren Ausführungen bringt die kurdische Jugendbewegung klar zum Ausdruck, dass sie sich in der Makroperspektive als Teil des weltweiten antikapitalistischen und sozialistischen Widerstandes, gar als »treibende Kraft des demokratisch-revolutionären Jugendkampfes« weltweit betrachtet. Während sie die 68er-Jugendbewegung als ihr »grundlegendes Erbe« definiert, legt sie klar und deutlich ihre Prinzipien des Antikapitalismus, der demokratischen Nation, des radikalen Demokratieverständnisses und die Verbundenheit mit dem Begründer des demokratischen Konföderalismus, Abdullah Öcalan, dar.

In diesem letzten und längsten Kapitel des Buches werden neben der Rolle der Jugend im Aufbau der demokratischen Nation die Organisierungslinie, Aktionslinie sowie Bildungs- und Kaderpolitik des demokratischen Jugendkonföderalismus ausführlich behandelt. Der demokratische Jugendkonföderalismus wird hierbei definiert als »ein umfassendes gesellschaftliches System. Innerhalb dessen kann es Organisationen, Plattformen, Zusammenschlüsse und Bündnisse geben, doch der demokratische Jugendkonföderalismus überschreitet all dies. Es ist ein Jugendsystem, in dem die sozialen, politischen, kulturellen und alle fundamentalen Aktivitäten der Jugendlichen ihren Ausdruck finden. Wir können den demokratischen Jugendkonföderalismus als außerstaatliche Organisierung und Lebenssystem aller jugendlichen Kreise der Gesellschaft bezeichnen. Er ist die Gründung eines nichtstaatlichen Lebens der Jugend.« (aus: Manifest der Jugend)

Fazit

Zusammengefasst gibt das Manifest der Jugend den Stand der Diskussionen innerhalb der kurdischen (Jugend-)Bewegung wieder. Dabei beschränkt es sich nicht auf Perspektiven für Kurdistan und den Mittleren Osten allein. Die Jugendbewegung, die heute zusammen mit der Frauenbewegung die Avantgarde der Revolution in Rojava – die auch eine Revolution der Jugend ist – darstellt, macht sich ernsthafte Gedanken über die Idee eines weltweiten demokratischen Jugendkonföderalismus und will einen »internationalen revolutionären Jugendgeist« anfachen. Sie spiegeln die Utopien, Hoffnungen und Bedenken in einer Zeit wider, in der die kurdische Jugend zwischen dem Aufbau und der Verteidigung einer alternativen Gesellschaft steht. Das Buch kann sein eigentliches Ziel erst dann erreichen, wenn es, wie es das PKK-Gründungsmitglied Duran Kalkan im Vorwort formuliert, »zu einer Bildungsanleitung und einem Diskussionsleitfaden in den Händen der revolutionären Jugend wird«. Dieser Vorstoß kann eine Antwort auf die weltweite Suche der Jugend nach Auswegen aus der Krise der kapitalistischen Moderne sein und skizziert den Weg zum demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. ♦



Manifest der Jugend
ISBN: 978-3-945326-44-2
204 Seiten, Mezopotamien Verlag

Essa Moosa – ein Kämpfer für Gerechtigkeit

Nilüfer Koç, Nationalkongress Kurdistan (KNK)

Einen Tag, bevor uns Judge Essa Moosa in den Morgenstunden des 26. Februar 2017 für immer verließ, telefonierte ich ein letztes Mal mit ihm. Bis zum letzten Moment wollte er seine Arbeit in sicheren Händen wissen. Er wusste, dass er nicht mehr viel Zeit hatte. Mit seiner ruhigen Stimme ließ er mich wissen, dass er gehen wird. Etwa sieben Minuten lang gab er mir Anweisungen, für die Zukunft der kurdischen Revolution. Eines hat er immer wieder betont: »Die Revolution, die ihr führt, ist schon längst nicht mehr nur eure. Eure Revolution wird auch die Zukunft der arabischen Völker mitbestimmen.« Und immer wieder betonte er, vergesst nicht, dass ihr Kurden eure Ideen für Demokratie im Nahen Osten Öcalan zu verdanken habt. Ihr müsst ihn befreien.

Aus seiner Stimme spürte ich, dass ich ihm Garantien geben musste. Er wollte, dass ich verspreche, dass wir die Revolution zum Erfolg bringen würden, dass wir uns weiter für die Freiheit von Öcalan einsetzen und bei unserem Kampf auch an die Freiheit der anderen denken und sie miteinschließen müssen. Ich antwortete ihm, er solle wissen, dass Völker und Frauen, die die Freiheit einmal geschmeckt haben, diese bis zum Letzten verteidigen werden. Mehrmals habe ich ihm versprochen, dass unser Kampf nicht aufhören werde, da Tausende von uns, und auch er, viele Opfer für die Revolution aufgebracht haben. Dass wir in Kurdistan – und er in Südafrika – viele großartige Freunde für die Freiheit verloren und wir unseren Völkern die Freiheit versprochen haben.

Am nächsten Morgen kam die traurige Nachricht, die sehr sehr schmerzhaft war. Ich fühlte diesen Stillstand, dieses Erstarren. Wie kann Mr. Moosa, wie ich ihn in den letzten 20 Jahren genannt hatte, einfach weg sein?

Ich habe bisher nie für jemanden einen Nachruf geschrieben. Nicht für die tausenden Hevals, die ich kenne, die gefallen sind. Ich war der Auffassung, dass ich meine Arbeit in der Revolution immer besser machen müsste, um die gemeinsamen Träume, Wünsche und Hoffnungen zu realisieren, für die, die uns verlassen mussten. Ihr Nichtdasein gibt dem Leben immer einen bitteren Beigeschmack. Das Genießen bei durchschnittlichen Dingen ist immer begleitet von einem Schmerz. Denn wir wissen von der anderen Realität, die nicht auf die Bühne kommt. Wir wissen, welche Heldentaten Frauen und Männer in unserer Revolution vollbracht haben. Wir kennen also die ganze Wahrheit, auch die hinter der Bühne. Und wenn Mr. Moosa über das Apartheid-Regime und dessen Brutalität erzählte, fühlte ich mich doch so angesprochen.

Zum ersten Mal schreibe ich für einen Genossen, Freund und Heval: Essa Moosa. Mit 81 Jahren verließ er uns. 81 Jahre waren geprägt vom Kampf um Gerechtigkeit. In Südafrika, zur Zeit des Apartheid-Regimes, war Mr. Moosa ein furchtloser Revolutionär, der Tausende von Menschen in den Gerichtssälen vertreten hat und deswegen selbst mehrmals gefangengenommen worden ist. Bei einem gemeinsamen Besuch 1997 bei dem ehemaligen Erzbischof Desmond Tutu erzählte mir Tutu über seine Freundschaft mit Mr. Moosa. Tutu wollte mir klar machen, mit wem ich es zu tun hätte. Er sagte, die Apartheid-Polizei habe ihn bei einer der unzähligen Demonstrationen erneut festgenommen. In der überfüllten Zelle habe er den Wärtern mit lauter Stimme zugeschrien, er wolle seinen Anwalt Essa Moosa sprechen. Aus der überfüllten Zelle gegenüber schrie dann Essa Moosa zurück und antwortete, sorry, Erzbischof, ich sitze auch in einer Zelle.

Essa Moosa hat seinen Beruf nicht erlernt, um einen besseren sozialen und wirtschaftlichen Standard zu erlangen. Er war mit Leib und Seele ein Revolutionär. Er kämpfte in seinem Beruf für Gerechtigkeit. Tausende von Mandanten verteidigte er, ohne Geld zu verlangen. Er war in seinem Privatleben ein einfacher und bescheidener Mensch. Er hat keinen Wert auf materielle Reichtümer gelegt, und so hat er auch seine neun Kinder erzogen.

Mr. Moosa war ein Mensch mit klaren Prinzipien, die aus seinem Geist für Gerechtigkeit entsprangen. Es kann über ihn gesagt werden, dass er ein Mann ohne Feinde war. Sowohl von seinen Freunden als auch von seinen Feinden hat er stets



Essa Moosa und Nilüfer Koç Foto: ANF

de der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte nicht eingreifen?

Mr. Moosa war auch ein gläubiger Muslim. Für mich war das etwas Neues. Einst hatte er mich zur Fastenzeit Ramadan zu sich nach Hause zum Fastenbrechen eingeladen. Ich hatte die Gelegenheit, die Frage, die mich lange beschäftigt hatte, zu stellen. Nämlich dass er in seiner Politik sehr links sei, aber dennoch sich an die 5 Gebote des Islam hielte. Er war nämlich auch in Mekka gewesen und hieß Hadji Essa Moosa. Seine Antwort lautete: »Ich bin ein muslimischer Sozialist.«

Respekt genossen. Zu diesem Schluss sind die meisten seiner Freunde gekommen. Er war ein Mann, der auch seine Gegner gerecht behandelte.

1994 erfuhr Südafrika die Befreiung vom Apartheidsystem. Aber es fand kein Systemwechsel statt, welches die Demokratie tatsächlich gefestigt hätte. Im neuen Südafrika konnte neben dem weißen Kapitalismus nun auch der schwarze existieren. Heute ist das Land geprägt von Korruption, und der einst revolutionäre ANC trifft auf immer mehr Unzufriedenheit innerhalb der schwarzen Bevölkerung, was sich bei den letzten Wahlen mit starken Stimmenverlusten zeigte.

Mr. Moosa wurde vom Staatspräsidenten Jacob Zuma gebeten, die Kommission zur Bekämpfung der Korruption als ranghoher Richter a. D. zu übernehmen. Soziale Gerechtigkeit für Südafrika war eines der Hauptziele von Mr. Moosa. Kurz bevor er sich von uns verabschiedete, sagte er in einem letzten Treffen mit dem Vorstand der Kurdish Human Rights Action Group (KHRAG) in Kapstadt, dass sie aus Kurdistan mehr lernen müssten in Sachen soziale Gerechtigkeit für Südafrika. Er hatte mehrmals die Gelegenheit, sich in Bakur (Nordkurdistan/Türkei) selbst ein Bild vor Ort zu machen. Von unseren alternativen Verwaltungsstrukturen, die er kennenlernen konnte, war er sehr fasziniert. Auch das Modell von Rojava hatte es ihm angetan.

Zuletzt hatten wir uns auf der Öcalan-Konferenz im Juli 2016 im südkurdischen Silêmanî/Sulaimaniyya gesehen. Dort war er einer der Hauptredner gewesen. In seiner Rede wies er auf die Illegalität der Entführung und auf die Haftbedingungen von Öcalan hin und sagte, dass hier auch der Kernpunkt der Bedeutung Öcalans liege. Warum, so war seine Frage, wür-

Ein weiteres seiner Hauptthemen war auch die Palästina-Frage. In zahlreichen Komitees in Südafrika hatte er sich sehr für die Freiheit des palästinensischen Volkes eingesetzt.

Mit der kurdischen Frage kam Mr. Moosa Anfang der 1990er in Berührung, nachdem einige kurdische Studierende aufgrund der Verfolgung durch den türkischen Staat Zuflucht in Kapstadt gesucht hatten. Damals führte er eine Anwaltskanzlei und unterrichtete viele neue Anwälte für den Kampf um Gerechtigkeit.

Aktiv wurde er für die Kurden Anfang 1997. Im Frühjahr 97 gründete er den Verein Kurdish Human Rights Action Group (KHRAG) in Kapstadt. Dies war die Zeit, in der ich ihn kennenlernte. Unsere erste gemeinsame Aktion war, die Lieferung der 70 Militärhubschrauber, die Südafrika an die türkische Regierung verkaufen wollte, zu stoppen. Binnen mehrerer Wochen harter Arbeit ist es gelungen, die Thematik öffentlich zu machen – der Verkauf wurde gestoppt. Im selben Jahr hatten die Kurden den »Musa Anter Friedenszug« von Europa in die Türkei und nach Kurdistan organisiert. Mit Mr. Moosa schafften wir es, ANC-Abgeordnete für diese Aktion zu gewinnen.

Es folgte weiteres Engagement von Mr. Moosa, er wurde Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der European Union Turkey Civil Commission EUTCC, dann gründete er die International Peace and Reconciliation Initiative IPRI, außerdem führte er die schon genannte KHRAG.

Er hat unglaublich viele Menschen in Südafrika zu Freunden des kurdischen Volkes gemacht. Letztes Jahr führte er die erste kurdische Konferenz in Kapstadt gemeinsam mit KHRAG. Auf dieser Konferenz sprachen u. a. der HDP-Ko-Vorsitzende

Selahattin Demirtaş, der PYD-Ko-Vorsitzende Salîh Muslîm, der Ko-Vorsitzende des KNK Rebwar Rashid und die YPJ-Kommandantin Jiyan. Darüber hinaus hatte er Gespräche zwischen der kurdischen Delegation und der südafrikanischen Regierung veranlasst.

Wo immer Mr. Moosa anrief, öffneten sich die Türen. Ging man über die belebte Longstreet in Kapstadt, begrüßten ihn unzählige Menschen mit großem Respekt. Für jeden hatte er ein Lächeln bereit – seine Freundlichkeit kam von innen.

Es mag einem kitschig vorkommen, aber Mr. Moosas Vorname Essa bedeutet übersetzt Jesus, der Nachname bedeutet Moses. Man könnte sagen, dass er den Frieden in sich hatte wie Jesus ihn historisch symbolisierte. Er hatte Prinzipen, wie sie Moses über die Gebote definierte.

Wenn es nach Mr. Moosa gegangen wäre, müssten sich alle für die kurdische Sache einsetzen. In Kurdistan, vor allem bei den kurdischen Friedensmüttern in Wan (Van), hatte es ihn überwältigt, als die Frauen ihn nach Mandela, dem ANC und Südafrika fragten und sich informieren wollten. Dabei waren die meisten Mütter nie in der Schule gewesen, wie sie ihm erzählt hatten. Er hat gesehen, dass der Kampf Südafrikas bis nach Kurdistan gekommen war.

Den türkischen Staat hatte Mr. Moosa auch konkret kennengelernt. Er war im Rahmen der Imralı-Delegation 2005 gemeinsam mit Prof. Dr. Norman Paech und vielen anderen Rechtsexperten in Istanbul und Ankara gewesen, um eine Genehmigung für einen Besuch bei Herrn Öcalan zu erhalten. Die Türkei hatte ihm weitere Schwierigkeiten bereitet, als er zu einer internationalen Konferenz nach Istanbul reisen wollte. Die Reise ging über Dubai. Er wurde schließlich daran gehindert, in die Türkei einzureisen.

Es gibt sehr viele nichtkurdische Freunde des kurdischen Volkes. Manche aus humanitärer, manche aus linker Überzeugung. Aber wenigen gelingt es, den Kern der kurdischen Revolution zu verstehen und zu erfassen. Mr. Moosa konnte es aufgrund seiner revolutionären Erfahrungen in Südafrika. Er hatte sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die Unterschiede zwischen der PKK- und der ANC-Revolution verstanden. In der PKK erkannte er den Kern, nämlich Abdullah Öcalan. Ich habe selten nichtkurdische Menschen erlebt, die sich so intensiv mit Öcalan befasst haben wie Mr. Moosa. Je tiefer er in die kurdische Materie eintauchte, desto mehr kam er zu Öcalan. Seine Begeisterung für ihn hatte auch damit zu tun, dass Öcalan die Fehler der Revolution von Südafrika in der kurdischen Bewegung korrigierte, nämlich die Idee der demokratischen Nation, d. h. Aufbau eines Systems, das alle Komponenten trotz Differenzen miteinschloss. Für Mr. Moosa war Öcalan jemand, der nicht ausschließt. So war auch Mr. Moosa. Er war ein muslimischer Sozialist, ohne Menschen nach Klasse, Herkunft oder Religion zu kategorisieren. Jedes Mal, wenn ich in Südafrika war, lernte ich die interessanten Menschen kennen, die Mr. Moosa in das Boot der KHRAG geholt hatte. Es waren Schwarze, Weiße, Abgeordnete, Fotografen, Journalisten, Gewerkschafter, Christen, Juden, Muslime, Studierende, Arme, Reiche ...

Kurze Zeit später, nachdem Mr. Moosa von uns gegangen war, bin ich wieder mal nach Kapstadt gereist, um seine Arbeiten – wie versprochen – weiter zu organisieren, damit nichts zum Stillstand kommt. Bei diesem Mal bin ich sehr ungern nach Kapstadt gereist. Ich hatte Angst, nicht mit dem Gefühl zurechtzukommen, dass mit seinem Fortgang eine Leere entstanden war. Am nächsten Morgen traf ich mich mit dem KHRAG-Vorstand und informierte sie über meine Planung. Aber meine Augen suchten nach Mr. Moosa. Eine unglaubliche Leere hat er hinterlassen. Er kam und kam einfach nicht. Wir besuchten seine Familie. Der Stuhl in der linken Ecke seines Wohnzimmers war dieses Mal leer. Sonst hatte er immer dort gesessen und mir erzählt, was wir so alles machen müssen.

Ich hatte Mut gefasst, um am Tag meiner Abreise gemeinsam mit unseren kurdischen Freunden in Kapstadt seine Grabstätte zu besuchen. Auf einem kleinen Holzbrett war sein Name geschrieben, Hadji Essa Moosa. Es war unbegreiflich, wie konnte dieser großartige Mann, der große Mensch in dieses kleine Grab passen.

Öcalan sagt, der Tod ist da, um dem Leben Wert beimessen zu können. Mr. Moosa hat ein großes Leben gehabt. Mit Kurdistan hat er seine Gerechtigkeit über die Grenzen getragen. Mit Öcalans Gedanken hatte er noch mehr Freude und Überzeugung bekommen, um auch in seinem hohen Alter so zu handeln, als wäre er noch sehr jung. Mit 81 Jahren war er ein heval, und genoss unseren absoluten Respekt, der ihm gegenüber ganz natürlich war. Wir standen auf, wenn er ins Zimmer kam. Das tun wir als Kurden zum Zeichen unseres Respekts. Wenn er sprach, wussten wir, dass er vom Leben sprach. Er wusste, was er sagte, denn alles, was er sagte, hatte er in seiner Revolution in Südafrika erfahren.

Mr. Moosa, Du fehlst uns. Unsere Ehrung – Dir als heval gegenüber – wird der Kampf für Gerechtigkeit in Kurdistan, im Nahen Osten und weltweit sein. Es war für uns, im Besonderen für die, die Dich persönlich kennengelernt haben, eine große Ehre und Freude, Dich als heval bei uns gehabt zu haben. Deine Arbeit in Südafrika wird fortgesetzt, Deine Errungenschaften in der KHRAG und IPRI werden wir wie unseren Augapfel hüten. Versprochen ist versprochen! ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse

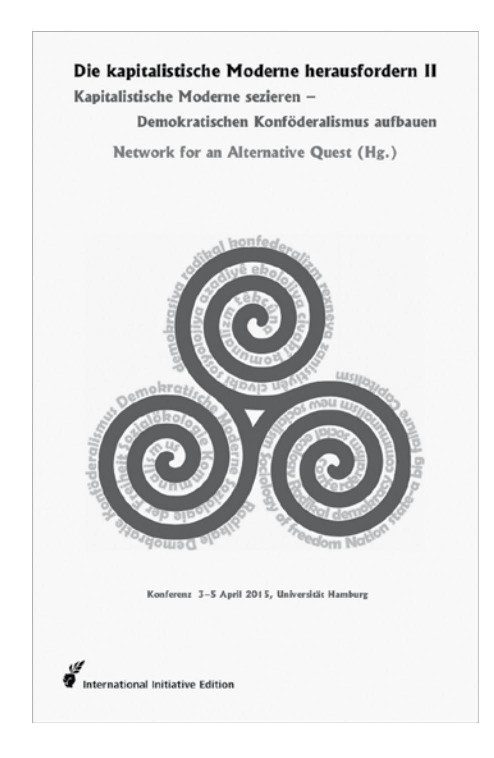
Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Baumpflanzaktion im Medya-Verteidigungsgebiet am Geburtstag von Abdullah Öcalan

Rückseite:
Plakat zum diesjährigen 13. Zîlan-Frauenfestival

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Soeben erschienen: Die kapitalistische Moderne herausfordern II
Kapitalistische Moderne sezieren - Demokratischen Konföderalismus aufbauen (2015)



Kurzbeschreibung:
Dieses Buch versammelt alle Redebeiträge, die auf der Konferenz »Die kapitalistische Moderne herausfordern II: Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen« 2015 in Hamburg gehalten wurden.
Diese Konferenz, drei Jahre nach der ersten, bot ein weiteres Mal eine Plattform, auf der Intellektuelle, AktivistInnen und Bewegungen zusammenkommen, Erfahrungen teilen und Verbindungen knüpfen konnten. Die Teilnehmenden kamen aus verschiedene Teilen der Welt und diskutierten gemeinsam Sozialwissenschaften, Industrialismus, Frauenbefreiung, Ökonomie, Kommunalismus und Abdullah Öcalans Konzept des demokratischen Konföderalismus sowie Paradigma und Praxis der kurdischen Freiheitsbewegung. Ideologische Diskussionen über brennende aktuelle Fragen trafen auf alternative Praktiken aus Kurdistan und aller Welt. All dies ergab ein vielfältiges Programm.

Dieses Buch enthält Beiträge von:
Gülistan Kahraman, Norman Paech, Elmar Altvater, Reimar Heider, Abdullah Öcalan, Muriel Gonzales, Kenan Ayaz, David Harvey, Radha D'Souza, Rojda Yıldırım, Tamir Bar-On, Havîn Güneşer, Emine Ayna, Asya Abdullah, Michael Panser, Federico Venturini, Silke Helfrich, Saniye Varlı, David Graeber, Penny Vounisiou, Azize Aslan, Ehmed Pelda, Rengîn Rênas, Fidan Yıldırım, Sara Aktaş, Nazan Üstündağ, Dilar Dirik, Arno-Jermaine Laffin, Dimitrios Roussopoulos, Alex Mohubetswane Mashilo, Joám Evans Pim, Mustefa Ebdî, Necîbe Qeredaxî, Şirzad Kamangar, Selma Irmak, John Holloway, Andrés Pierantoni Giua, Janet Biehl und Gönül Kaya.

Erschienen bei:
International Initiative Edition
Network for an Alternative Quest
Mezopotamien Verlag
Erscheinungsdatum 2017
380 Seiten, 14,90 €
ISBN9783945326664



ISSN 0935-5375